

18. Dezember 1923

MAX COHEN · DIE DEUTSCHE FÜHRUNG

IN immer kürzeren Abständen folgen die Regierungskrisen in der deutschen Republik auf einander. Schon durch diese Häufung wird die Bedeutung, die man ihnen in der Öffentlichkeit beimißt, naturgemäß herabgesetzt. Der Hauptgrund für ihre immer geringere Bewertung liegt aber im Tatsächlichen, das heißt darin, daß die deutsche Politik seit Jahr und Tag keine der vielen das deutsche Volk drängenden Aufgaben einer irgendwie befriedigenden Lösung nähergebracht hat. Sie hat ihre Erledigung vielmehr durch falsche Maßnahmen oder Unterlassungen immer schwieriger, die Gesamtlage immer verworrener gemacht, so daß es nicht wunderzunehmen braucht, wenn weite Kreise in Deutschland den politischen Ereignissen immer teilnahmsloser gegenüberstehen. Die verschiedenen Krisen des Kabinetts Stresemann habei deshalb die Öffentlichkeit kaum erregt. Und es war vielleicht mehr als eine Äußerlichkeit, daß an dem Tag der Reichstagsabstimmung, die über das Schicksal des Kabinetts entschied, am 23. November, der in der deutschen Wirtschaft zurzeit mächtigste Mann, Hugo Stinnes, nicht als Abgeordneter im Reichstag sondern in Düsseldorf bei den Verhandlungen mit der Mission interalliée de contrôle des usines et des mines war. Die Düsseldorfer Entscheidung dieses Tages war in der Tat von erheblich größerer Bedeutung für das Schicksal Deutschlands als die Berliner. Man braucht diese Entwicklung: daß das Schicksal des deutschen Volkes zurzeit nicht bei der nationalen Gesamtvertretung sondern bei einer bestimmten Wirtschaftsgruppe liegt, wirklich nicht zu begrüßen. Aber man muß zugeben, daß diese Deklassierung der Politik in Deutschland von Rechts wegen erfolgt; denn die Kenntnis- und Mutlosigkeit der politischen Parteien des neuen Deutschlands ist, mag es sich um außenpolitische, wirtschaftliche oder innenpolitische Fragen handeln, so evident, daß die Machtlosigkeit des überalterten Reichstags dadurch selbstverständlich wird. Das ist in den einzelnen Phasen der Entwicklung, die zu diesem Ergebnis führten, hier stets dargetan worden. Es ist daher nicht notwendig das noch einmal im einzelnen auszuführen. Da das deutsche Volk stets darunter hat leiden müssen, so kann naturgemäß jetzt keine irgendwie geartete Genugtuung darüber aufkommen, daß Analyse und Voraussagen sich als richtig erwiesen haben; vielmehr nur der Wunsch, daß jene politische Farbenblindheit endlich einer klarern Erkenntnis wirtschaftlicher Notwendigkeiten und größerer, nicht aus dem Tag stammender außenpolitischer Zusammenhänge weichen möge.

Das ist um so notwendiger, als wir uns am Beginn einer neuen Periode der Außenpolitik befinden, die wir, wenn wir selber es nur wollen, zu unseren Gunsten gestalten können. Mit der endlich notgedrungen vorgenommenen Beendigung des Ruhrkriegs ist eine politische Phase beendet worden, die der deutschen Nation fast den Tod gebracht hätte. Welche Lebenskräfte dieser sinnlose Kampf gegen sich selbst dem deutschen Volk entzogen hat, ist hier vor 3 Wochen in nüchternen Zahlen gezeigt worden. Und er hat sie ihm vollkommen unnütz entzogen. Denn man mußte wissen, daß dieser Krieg, den man heraufbeschworen hatte, nicht gewonnen werden konnte. Es ist schmerzlich sagen zu müssen, daß in der eigenen Partei, in der Sozialdemokratie, maßgebende Persönlichkeiten und Organe zur Fortsetzung des sogenannten passiven Widerstands noch zu einer Zeit aufgefordert haben, in der längst zu erkennen war, daß jeder weitere Tag nur die Folgen der unausweichlichen Niederlage ins Gigantische vergrößern mußte. An der Wiedergutmachung dieser Folgen müssen wir nun mit allen Kräften arbeiten. Aber es wird noch eine ganze Weile dauern, bis das Ruhrgebiet, das in normalen Zeiten so große Überschüsse an ganz Deutschland ablieferte, diese seine Funktion wieder ausüben kann; vorerst wird es ohne die Unterstützung des übrigen Deutschlands kaum auskommen können. Um die deutsche Wirtschaft wieder zur vollen Anwendung ihrer Produktionskraft zu bringen, genügen nicht lokale Bemühungen, genügen auch nicht die Anstrengungen einzelner Wirtschaftsgruppen. Wenn die politische Leitung Deutschlands es nicht fertig bringt die nun einmal bestehenden Grundtatsachen europäischer Gesamtpolitik richtig zu sehen, so nützt keine Geschicklichkeit im einzelnen, wie sie Stresemann ohne Zweifel eigen ist; sie erweckt nur trügerische, unerfüllbare Hoffnungen. Keine parlamentarische Routiniertheit, keine politische Wendigkeit wird dem deutschen Außenminister helfen können, wenn er nicht den Wesenskern der Entscheidung erfaßt, die in der englisch-französischen Auseinandersetzung liegt. Noch so flammende schablonenhafte Protestresolutionen werden jedenfalls die Gefahr die Rheinlande und das Ruhrgebiet ganz zu verlieren nicht beseitigen. In rechtsgerichteten Kreisen Deutschlands, die in früheren Zeiten klareres Verständnis für außenpolitische Zusammenhänge gezeigt haben, wird diese Gefahr heute so sehr verkannt, daß man dort mit dem Gedanken spielt das Rheinland "vorübergehend" preiszugeben, um auf diese Weise den Rest des Deutschen Reiches besser zu erhalten. Wenn die Abtrennung des Rheinlands zur harten Wirklichkeit würde, merkte man allzubald, welcher Trugschluß in dieser Auffassung liegt. Daß sie sich überhaupt an irgendwelchen Stellen in Deutschland festsetzen konnte, liegt an der britischen Politik, die dem deutschen Anglophilen einredet, eine vorübergehende Trennung des Rheinlands, vielleicht (warum auch nicht?) auch des Ruhrgebiets, sei gar nicht eine so schlimme Sache. Freilich, in einem vom Reich losgelösten, nach englischer Anregung "internationalisierten" Rheinland könnte Großbritannien eine ausschlaggebende Rolle spielen und hätte so auf dem Festland ein Bollwerk gleichzeitig gegen Frankreich wie gegen Deutschland.

Das wichtigste europäische Interesse Englands ist eben: die sich anbahnende deutsch-französische Zusammenarbeit zu verhindern. Und dieses Ziel würde England mit Hilfe eines separierten Rheinlands in der Tat leicht erreichen und noch obendrein den Deutschen Frankreich als den Hauptschuldigen an dieser Loslösung denunzieren. Dann wäre endlich Deutschland (was ja auch

den Wünschen mancher Kreise bei uns zu entsprechen scheint) ein Protektorat Großbritanniens, das als solches schlecht und recht leben könnte, dessen wirtschaftliche Leistung sich aber bescheiden in den Grenzen zu halten hätte, die dem englischen Interesse auf Wahrung seines wirtschaftlichen Übergewichts ohne produktive Höherleistung entsprechen. Frankreich, dessen Interesse dem gerade entgegengesetzt ist, das ein mit vollen Kräften produzierendes Deutschland als Glied eines werdenden europäischen Gesamtkomplexes braucht, hat sich von England unabhängig gemacht und geht jetzt daran die wirtschaftlichen Früchte seines Sieges an der Ruhr zu pflücken. Doch diese Früchte haben nur Wert, wenn das Ruhrgebiet selber wieder in die Höhe kommt. Und dieses wiederum bedeutet eine Befruchtung der ganzen deutschen Wirtschaft. Diese gleichlaufenden Interessen des französischen und des deutschen Volkes sind es, die das durch das Anschwellen seiner Arbeitslosenzahl besorgte England durchkreuzen möchte. Anstatt die Arbeitslosigkeit durch die Erschließung neuer Produktionsgebiete aufzuheben, ist es natürlich einfacher den Besitzstand durch die Beseitigung störender Rivalität zu wahren. Und daher, gar nicht aus irgendwelchen diabolischen Absichten seiner Staatsmänner heraus (die vielmehr alle ganz treuherzig das Weltinteresse, das sich in England verkörpert, wahrzunehmen glauben), muß die englische Politik sich Frankreich entgegenstellen, das Deutschland zur Zusammenarbeit zwingen will. Darum arbeiten die englischen Staatsmänner mit allen Mitteln an einer politischen und "moralischen" Einkreisung Frankreichs und benutzen dabei die deutsche Politik, die sie so gegen das deutsche Volk arbeiten lassen, als wesentlichsten Hilfsfaktor.

Es scheint so, als ob endlich große Teile der westlichen Industrie begriffen haben, daß die Niederhaltung der deutschen Produktion unabänderlich wird, wenn man es nicht endlich möglich macht sich mit Frankreich über die Grundlagen einer deutsch-französischen Kooperation am Rhein und an der Ruhr zu verständigen. Und hier liegt die Möglichkeit für das deutsche Volk eine neue Epoche deutscher Wirtschaft zu beginnen, die heute freilich unter weit schwierigeren Bedingungen geführt werden muß als vor Jahr und Tag, da sie ohne große Opfer hätte durchgesetzt werden können. Man braucht sich nur der fast vergessenen und doch noch so nahe liegenden Zeit zu erinnern, da man für 100 oder 1000 oder auch 10 000 und 100 000 Mark einen Dollar erwerben konnte, um zu ermessen, was in dieser Zeit vertan worden ist. Jene Politik der deutsch-französischen Zusammenarbeit hätte schon damals zu einer Erhöhung der Produktionsleistung Deutschlands geführt. Diese ist freilich ohne Intensivierung und Verlängerung der Arbeit nicht zu erreichen. Aber wieviel einfacher hätte man es damals gehabt diese Mehrleistung zu erzielen! Doch als diese Forderung in den Sozialistischen Monatsheften erhoben wurde, fiel man über die her, die sie aussprachen, statt sie selbst sachlich zu prüfen und dadurch zu erkennen, daß sie eben nach alle dem Hin und Her doch nicht umgangen werden kann. Heute begegnet das Verlangen nach vermehrter Produktionsleistung, auch durch das Mittel einer Verlängerung der Arbeitszeit, kaum noch irgendwo ernsthaftem Widerspruch, wenn auch manche Parteiorgane immer noch nicht den Mut zu einem offenen Bekenntnis finden können. Die Arbeiter selbst haben sich eben als viel einsichtiger erwiesen denn ihre Funktionäre. Sie sind zur Mehrarbeit bereit: einfach weil sie einsehen, daß es ohne sie heute nicht geht. Daß damit das hohe kulturelle Postulat des (niemals

schematisch aufzufassenden) Achtstundentags nicht preisgegeben wird, daß vielmehr gerade durch die Verlängerung der Arbeitszeit in der Wiederaufbauperiode die spätere Inkraftsetzung des Achtstundentags gewährleistet wird: diese Erkenntnis wird in den weiten Schichten der Arbeiterschaft heute, wenn auch nicht klar formuliert, so doch sicher gefühlsmäßig erfaßt. Welche Verminderung des Ansehens der Partei wie der Gewerkschaft ist damit verknüpft, daß die Zustimmung zur Mehrarbeit jetzt gegen ihren Willen erzwungen ist! Ganz anders stünde die politische wie die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse heute da, wenn sie sich rechtzeitig zur Trägerin der Produktionspolitik gemacht, wenn sie das, was doch geschehen mußte, aus eigenem Antrieb getan und damit auch den Dingen eine soziale Gestaltung gegeben hätte, die man jetzt vermissen muß. Wenn die Partei sich nicht gescheut hätte damals, als es nottat, sich der Unpopularität auszusetzen und den Massen zu sagen, welche Opfer, Opfer der Arbeitskraft, auch von ihnen erwartet werden, so wäre sie zur Retterin des Volkes geworden. Sie hätte dann, Schritt für Schritt, bei den positiven Erfolgen, die eine solche Politik gebracht hätte, das seit 1918 sinn- und kraftlos vergeudete, fast unendlich scheinende Kapital an Vertrauen, das den sozialistischen Parteien im November 1918 entgegengebracht worden war, wiedergewinnen und so auch die politische Leitung des deutschen Geschicks übernehmen können. Statt dessen sehen wir die Partei, die im November 1918 die ganze Macht im Reich hatte, heute aus fast allen politischen Machtpositionen verdrängt; und sie, der in früheren Zeiten nichts lieber war als neue allgemeine Wahlen, weil sie auf ihre sich steigende Anziehungskraft mit unbedingter Sicherheit rechnen konnte, mußte jetzt im Dezember 1923 sich vor nichts mehr fürchten als vor einer Auflösung des Reichstags. Heute sitzt die Sozialdemokratie im Reich wieder auf den von vielen Parteigenossen ja stets herbeigesehnten Bänken der Opposition, aber einer Opposition, die ihre frühere innere Kraft verloren hat, weil die deutsche Öffentlichkeit desillusioniert ist, die Partei daher auf einen Zuwachs aus unbekanntem Reservoir nicht mehr rechnen kann.

Die Partei, die sich selbst in diese Lage gebracht hat, muß gleichwohl den Weg ins Freie finden. Hierzu fehlen ihr objektiv nicht die Kräfte. Denn das Massiv ihrer Macht, eben die Arbeiterklasse, bleibt ja doch bestehen. Es kommt nur darauf an, daß es gerade wieder für die Partei besteht. Das kann diese nur bewirken, wenn sie jetzt eine entschlossene Wendung zur produktiven Politik macht und durch reale Ergebnisse, nicht mehr durch Leitartikel einer an Auszehrung leidenden Parteipresse, für die Partei wirbt. Will sie das, so muß sie aber zunächst begreifen, wo wir heute stehen.

Der neue Abschnitt der Außenpolitik, der mit dem Versuch einer deutsch-französischen Kooperation unter der Führung der Industriellen, nicht der Reichsregierung, eingeleitet wurde, geschieht unter im Innern gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen. Während das erste Stadium der Geldverschlechterung die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt nicht beeinträchtigte, sie allerdings in ihrem Wesen umgestaltete, da sie nunmehr nicht auf der bessern Qualität der Erzeugung sondern auf Valutadumping beruhte, ist ihr zweites Stadium durch den erschreckenden Mangel an Konkurrenzfähigkeit charakterisiert, von dessen Überwindung alles abhängt. Jetzt erleben wir den (stürmischen) Anfang einer wirklichen

Teuerung, nicht etwa eine bloße Geldentwertung. Diese Warenteuerung ist mit sogenanntem bessern Geld allein nicht zu beseitigen, wenn auch der Fortfall der alle Waren verteuernenden Risikoprämie, die von allen mit der Herstellung und dem Verkauf der Waren beteiligten Stellen auf die normalen Preise geschlagen wurde, eine gewisse Erleichterung bringt. Wertbeständiges Geld können wir schaffen durch Balancierung des Etats, durch eine Sanierung unserer staatlichen Verwaltung, die ein für allemal der Inanspruchnahme der Währung für staatliche Bedürfnisse ein Ende macht. Aber mit der Geldentwertung ist noch nicht die Warenteuerung beseitigt. Diese liegt an dem allgemeinen Produktionsverfall Deutschlands und kann nur aufgehoben werden, wenn das nationale Gesamtprodukt auf die dem nationalen Gesamtbedürfnis und den auf dem deutschen Volk liegenden Wiedergutmachungsverpflichtungen entsprechende Größe gebracht wird. Daher ist stark vermehrte Arbeitsleistung jedes einzelnen für alle Rettungsversuche, mit welchen besonderen Mitteln sie auch unternommen werden mögen, die wichtigste Voraussetzung.

In der ganzen Zeit seines Bestehens hat dieser Reichstag sich nicht ein einziges Mal mit der ausschlaggebenden Frage der Produktionserhöhung in ernsthafter Weise befaßt. Diese eine Tatsache kennzeichnet die Qualifikation dieses Parlaments als Vertretung des Volkes zu fungieren. Sie macht die zunehmende Tendenz ohne ihn, mit Ermächtigungsgesetzen, zu regieren verständlich. (Allerdings ist es noch die Frage, ob die Ermächtigten nun das Gebot der Stunde besser begriffen haben und sich entschließen werden das Notwendige zu tun.) Alle auf dem weiten Gebiet der Produktionsmaßnahmen und Arbeitsleistungen notwendig werdenden Veränderungen in Deutschland werden sich nun ohne die Mitwirkung des deutschen Parlaments vollziehen; sie müssen sich durchsetzen, weil sie notwendig sind, und der Reichstag der deutschen Republik, der alle die Jahre dabei gestanden hat, als ob diese Dinge ihn nichts angingen, wird nun, reduziert auf einen kleinen Ausschuß, vertrauliche Mitteilungen über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten zur Kenntnis nehmen dürfen. Das ist kein rühmliches Ende. So unrühmlich wird nicht einmal der Vorläufige Reichswirtschaftsrat das Zeitliche segnen, wenn er, vermutlich recht bald, dem endgültigen Reichswirtschaftsrat Platz macht (der auch nicht im entferntesten dem hier verlangten Wirtschaftsparlament, der Kammer der Arbeit, deren Zeit trotz allem kommen wird, gleicht). In ihm sind doch wenigstens die für unser nationales Schicksal so bedeutungsvollen Fragen der Produktionssteigerung mit Ernst und Eifer, wenn auch nicht immer mit Objektivität und mit Mut, behandelt worden.

Die Ausschaltung des Reichstags hat für das deutsche Volk symbolische Bedeutung: Sie zeigt die Zurückdrängung der politischen Führung durch die wirtschaftliche. Die Gefahr dieses Kurses liegt darin, daß es sich eben nicht um die Vertretung der Gesamtwirtschaft sondern nur um interessierte Gruppen handelt. Immerhin, sie werden, aus ihren Lebensbedürfnissen heraus, dem ersten Schritt auf dem richtigen Weg im Westen weitere folgen lassen müssen. Und so wird das deutsche Volk sich diese Ersatzführung gefallen lassen müssen, bis es durch Selbstbestimmung, durch eigene Einsicht und eigenen Entschluß, zur wirklichen Führung kommt.



LUDWIG QUESSEL · AM AUSGANG DES RUHRKRIEGSJAHR



IN der Geschichte wird das Jahr 1923, das nun seinem Ende entgegengeht, als das Jahr des Ruhrkriegs fortleben und als ein Schulbeispiel dafür, wie ein begabtes, arbeitsfreudiges und sparsames Volk durch eine falsche Außenpolitik in tiefstes Elend und grauenvolle moralische Verwilderung gestoßen werden kann.

Alle 12 Monate dieses Jahres waren von dem Ruhrkonflikt erfüllt. Er wurde eingeleitet durch das Cunosche Reparationsangebot, das ein Angebot der Nullen war, weil es sich erbot für den Wiederaufbau der Ruinen Nordfrankreichs in den Jahren 1923 und 1924 0 Goldmark in bar und 0 Goldmark in Sachen beizusteuern, ein Angebot, das in Paris und Brüssel nicht anders denn als Hohn empfunden werden konnte. Nach diesem Reparationsangebot, das den geheimen Wünschen Englands entsprach und auf britische Einflüsterungen zurückzuführen ist, weil es die deutsch-französische Verständigung, zu der die Rathenauschen Sachlieferungsverträge die Grundlage geschaffen hatten, zerschlug und zerstörte, war der Kampf mit Frankreich nicht mehr zu vermeiden. Wir wissen heute, daß der Ruhrkrieg schon nach 3 Monaten endgültig verloren war. Aber diejenigen, die geschlagen worden waren, die im Wirtschaftskrieg eine Niederlage nach der andern erlitten hatten, fanden nicht den Mut ihre Niederlage einzugestehen und Deutschland durch ein rechtzeitiges Friedensangebot vor dem Schlimmsten zu retten. Es vollzog sich im Frühjahr 1923 im Grunde das selbe Trauerspiel wie 1918. Obwohl der Krieg verloren war, wurde er in der Hoffnung auf das große Wunder fortgesetzt. Und wie immer, sollte das Wunder natürlich von England kommen. In England aber regte sich keine Hand Deutschland zu helfen. Bonar Law, der Poincaré zur Ruhrbesetzung viel Glück gewünscht hatte, dachte gar nicht daran sich für Cuno zu engagieren. Wie Bonar Law konnte natürlich auch Baldwin das Cunosche Reparationsangebot der Nullen nicht offen gutheißen. Da er aber andererseits fürchten mußte, daß ohne eine prodeutsche Geste der Ruhrkonflikt zu früh zu Ende gehen könnte, was den englischen Interessen nicht entsprochen hätte, so fand er den Ausweg die Ruhrbesetzung (die ja zuerst von England (Lloyd George) angeregt worden war) durch seine Kronjuristen für ungesetzlich erklären zu lassen. Es war dies ein echt englischer Streich, dessen Sinn, abgesehen von Deutschland, in der Welt kaum verkannt wurde. Als der Mißerfolg der auf die Hilfe Englands eingestellten Politik nach 6 Monaten Ruhrkrieg offenbar geworden, erfolgte der Sturz des Kabinetts Cuno. Vernunft und Wahrheit hätten jetzt verlangt, daß das Kabinett Stresemann eine klare Frontstellung gegen die Cunopolitik eingenommen und ihre schweren Vergehen vor aller Welt an den Pranger gestellt hätte. Aber auch das neue Kabinett, das den Ruhrkrieg schnell hätte beendigen können, weil es für das Reparationsangebot der Nullen, das ihn hervorgerufen hatte, nicht verantwortlich war, fand nicht den Mut dem Volk die volle, ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Das Kabinett Stresemann glaubte vielmehr sehr klug zu handeln, wenn es behutsam unter dem Deckmantel der alten eine neue Politik einleitete, die darauf gerichtet war Frankreich zu bestimmen auf die Anerkennung seines Sieges im Ruhrkrieg durch den Besiegten (Deutschland) zu verzichten. Natürlich

ging Frankreich darauf nicht ein. Ein solcher Verzicht hätte bestimmt die Folge gehabt, daß die deutsche anglophile Presse wieder einmal England als den starken und uneigennütigen Retter Deutschlands gefeiert hätte. Es hätte dies aber auch sicher zu einer neuen Dolchstoßlegende den Anstoß und dem Revanchismus und Nationalismus einen mächtigen Auftrieb gegeben. Beides konnte Frankreich nicht wünschen, und so blieb denn das Verlangen des ersten Kabinetts Stresemann, daß Frankreich von der offenen und unzweideutigen Anerkennung seines Sieges an der Ruhr absehen möge, unerfüllt. Man darf wohl sagen: zum Glück des deutschen Volkes, das dadurch vor einer neuen und schweren Selbsttäuschung bewahrt wurde.

Die Klagegesänge des ersten Kabinetts Stresemann darüber, daß es bei seinem Bestreben die Kapitulation im Ruhrkrieg zu verschleiern in Paris auch nicht das geringste Entgegenkommen gefunden habe, sind bekannt. Nicht sinnlose Härte gegen Deutschland hat Poincaré in dieser Frage unerbittlich gemacht. Im Licht der europäischen Politik gesehen, kämpfte an der Ruhr England mit dem deutschen Degen gegen Frankreich. Daß England an der Ruhr eine schwere Niederlage erlitten hat, konnte nur durch Deutschland, durch die vollkommen bedingungslose Einstellung der deutschen passiven Resistenz und durch die Wiederaufnahme der England so unbequemen deutschen Sachleistungen zum Ausdruck kommen. Aus eigenem Entschluß eingestellt hat freilich das Kabinett Stresemann die passive Resistenz nicht, es zog es vor unter sinnloser Opferung von Goldmilliarden sie hilflos zusammenbrechen zu lassen, wodurch Frankreichs Sieg allerdings ungewollt noch eklatanter wurde. Auch die Weigerung des zweiten Kabinetts Stresemann die von den Siegern der Ruhrindustrie auferlegten Sachleistungen zu finanzieren hat viel dazu beigetragen die Lage in Europa zu klären. Es führte zu dem Düsseldorfer Abkommen, das jetzt der Welt zeigt, daß Frankreich, mag auch der britische Einfluß in Berlin noch so stark sein, durch das Ruhrgebiet das Machtmittel in die Hand bekommen hat Wiedergutmachungsleistungen, die London via Berlin ihm vorenthält oder vorenthalten sollte, sich jederzeit selbst zu holen.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß nach dem französischen Sieg an der Ruhr auch bisher konsequent englisch orientierte Blätter (man lese nur den Leitartikel der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 2. Dezember 1923) zu der Erkenntnis gelangt sind, es müsse jetzt die welthistorische Feststellung gemacht werden, daß die französische Politik zum erstenmal seit der Napoléonischen Zeit die englische Vorherrschaft in Europa erschüttert habe. In der Tat, Frankreich hat durch die Festigkeit und Zielklarheit seiner kontinentaleuropäischen Politik einen ganz neuen Zustand geschaffen. Das Düsseldorfer Abkommen, das unter Ausschaltung Londons zustande gekommen ist, kann mit Fug und Recht als eine Etappe in der Weltgeschichte bezeichnet werden. Der wirtschaftliche Charakter dieses Abkommens darf seine europäische Bedeutung nicht verdecken. In England ist man sich über sie, die in Deutschland nur von wenigen begriffen wird, völlig im klaren. London weiß, daß dieses Düsseldorfer Abkommen der Beginn einer wirtschaftlichen Unabhängigkeitserklärung Europas ist. Man fürchtet dort, daß daraus schließlich eine allgemeine deutsch-französische wirtschaftliche Zusammenarbeit erwachse, die dann ohne weiteres eine Beherrschung des europäischen Marktes durch die deutsche und die französische Produktion

bedeutete. Ein kontinentaleuropäischer Stahl- und Eisentrust, unabhängig von angelsächsischen Einflüssen, ist das Schreckbild, das die Gemüter in London erregt. Kein Zweifel, jedes englische Kabinett, mag es den Namen Baldwin, Lloyd George oder MacDonald tragen, wird jetzt die letzten Anstrengungen machen, um die Vereinigung der französischen Erze mit der deutschen Kohle, die ganz Europa zugute käme, und die geeignet ist dem Schaffen des ganzen Festlands neue Impulse zu geben, noch in letzter Stunde zu vereiteln. Das Düsseldorfer Abkommen zu sprengen oder zu unterhöhlen wird die Aufgabe jeder britischen Regierung sein. Zweierlei Wege öffnen sich dafür. Die neue Regierung Englands kann auf das Kabinett Marx-Stresemann einen Druck ausüben, damit dieses die Ausführung des Abkommens sabotiert. Sie kann sich aber auch selbst in das Abkommen hineindrängen, indem sie ihren Anteil an den Früchten des französischen Sieges über Deutschland verlangt. Dadurch würde allerdings der paradoxe Zustand entstehen, daß Deutschland derjenigen Macht, für die es an der Ruhr kämpfte und litt, für die es 12 Goldmilliarden opferte, nunmehr auch noch überdies einen Tribut leisten müßte. Sollte es England gelingen sich einen Anteil an der Ruhrindustrie zu sichern, so wäre damit der wirtschaftliche Effekt des Abkommens für Frankreich und Deutschland zwar nicht aufgehoben, wohl aber verringert. Vor allem aber wird es der englischen Regierung darauf ankommen das deutsch-französische Zusammenwirken auf direktem Weg zu verhindern und London zu dem Punkt zu machen, wo die französischen Erze den Anschluß an die deutsche Kohle suchen müssen.

Die Anzeichen sprechen dafür, daß man in Paris die britischen Ziele klar erkannt hat. In Berlin hatte man zunächst kein Auge dafür. Laut verkündete man, daß das Kabinett Marx den selben außenpolitischen Weg verfolgen will, den die 3 Kabinette Stresemann gegangen waren. England quand même! Auch wenn Deutschland darüber zugrundegeht. Eine andere deutsche Politik als die den Schemel der englischen Herrschaft zu bilden können sich die meisten nicht vorstellen. Aber sie täuschen sich in der Annahme, daß es England bald wieder gelingen werde den alten Einfluß in Europa zurückzugewinnen. Von den beiden Kräften, die den Erfolg in der auswärtigen Politik sichern: Klugheit und Macht, sind zurzeit die stärksten Reserven bei Frankreich. Man kann sagen, daß die britische Politik alles andere als klug beraten war, als sie Deutschland zu dem Reparationsangebot der Nullen anregte. Der Ausgang des Ruhrkriegs beweist dies. England hat Deutschland im Ruhrkrieg geopfert, aber diese Opferung hat ihm keinen Segen gebracht. Die französische Politik hat sich nicht nur als die stärkere Kraft sondern auch als die weiterschauende Klugheit erwiesen.

Und schließlich werden es die Dinge selber bewirken, daß auch die deutsche Politik die Zeichen der Zeit begreift und es ablehnt weiterhin den Degen Englands zu spielen. Der Schritt, den die deutsche Regierung am 15. Dezember in Paris, durch die Unterredung des deutschen Geschäftsträger von Hoesch mit Poincaré und den ihr folgenden Meinungs austausch, machte, kann, mit Absicht oder durch den folgerichtigen Zwang der Geschehnisse, zu jenem Einvernehmen über das gemeinsame Interesse führen, das den Anfang auch einer deutschen Europapolitik bedeutete. Es ist ein anderes Europa, das sich vor den (geschlossenen) Augen Deutschlands aufzubauen begonnen hat. Noch sieht der durch die altliberale deutsche Tradition Be-

fangene seine Umrisse nicht. Aber eine Tatsache drängt sich ihm doch allmählich auf: Frankreichs Machtstellung in Europa kann jetzt nicht umgeworfen werden, auch wenn Deutschland immer neue Opfer für die Wiederaufrichtung der britischen Suprematie über den Kontinent bringt. Deutschland kann sich selbst vernichten, aber es wird ihm nicht gelingen das Rad der europäischen Geschichte zurückzudrehen. Und daher haben wir, am Ausgang dieses weltgeschichtlich entscheidenden Jahrs, das deutsche Volk aufzurufen: sein Schicksal von der englischen Lenkung abzulösen, es im Verein mit seinem Nachbarvolk im Westen selber zu gestalten, so seine nationale Unabhängigkeit wiederzugewinnen und sich stark zu machen für die Schaffungsaufgaben, zu deren Erfüllung es berufen ist.

MAX SCHIPPEL · SCHUTZZOLL UND REICHSPOLITIK IN ENGLAND



WIE bei der letzten so hat auch bei der gegenwärtigen Wahl in England, am 6. Dezember, die von der Regierung ausgegebene Wahlparole so wenig das hervorragendste, geschweige denn das ausschließliche Kampfbild, gebildet, daß von einem eindeutigen Ergebnis abermals kaum gesprochen werden kann.

Im November vorigen Jahres erhob sich das Land in erster Linie gegen die haltlose auswärtige Schaukelpolitik Lloyd Georges, die vor allem den berechtigten Interessen und der ganzen Machtstellung Frankreichs nicht gerecht wurde, und die soeben gegenüber der Türkei eine ganz gefährliche und demütigende Lage heraufbeschworen hatte. Parteiöffentlich in den Vordergrund gerückt waren jedoch vor Jahresfrist wesentlich andere Probleme. Diesmal hatte die nimmerruhende Frage der Reichszollpolitik die Parlamentsauflösung herbeigeführt, mit einem ganz plötzlichen, fast zufälligen Ruck, der an sich schon einer sachlich vorbereiteten tiefergreifenden Entscheidung wenig günstig war. Die weite Arbeiterbewegung faßte denn auch vorwiegend etwas Grundverschiedenes, nämlich die rasche Beseitigung und Milderung der erschreckenden Arbeitslosigkeit, als Kampfpreis ins Auge, und wenn sie hierbei den Präferential- und Schutzzöllen, gleichviel welcher Ausdehnung und Ausgestaltung, einen verhältnismäßig nebensächlichen Wert beimmaß, so wird man als Sozialist diese mehr allgemeine Auffassung durchaus verstehen können, ohne die Bedeutung der augenblicklichen handelspolitischen Stellungnahme der Arbeitermassen (für unbeschränkten Freihandel und gegen jeden Protektionismus) zu überschätzen. Für die vor einem Jahr noch getrennt marschierenden Asquith- und Lloyd George-Liberalen endlich galt es vor allem das beiden Flügeln Gemeinsame hervorzukehren und zugleich die Verbindung mit der aufstrebenden Arbeiterpartei nicht zu verlieren. Die Zollfrage hat sich auch dabei keineswegs rein auswirken können.

Daß sie gar nicht so einfach liegt, haben zudem die Liberalen in der Vergangenheit selber anerkannt, wenigstens soweit sie, gerade unter der Ministerpräsidentschaft Lloyd Georges, der Koalition angehörten. Denn in diese Koalitionszeit fällt der bedeutungsvolle erste Beginn jener tatsächlichen mütterländischen Präferentialzollpolitik, die zunächst Bonar Law und darauf Stanley Baldwin fortzuführen suchten. Es war das Finanzgesetz von 1919 gewesen, das zum erstenmal in beträchtlichem Maß Vorzugszölle für die

überseeischen Reichsgebiete gebracht hatte, und zwar für Tee, Kakao, Kaffee, Zichorie, Zucker, Traubenzucker, Melasse, Saccharin, für Tabak, Spirituosen, Motorsprit, Wein, Korinthen, getrocknete oder eingemachte Früchte und für die den neuen Zöllen von 1915 unterliegenden Erzeugnisse: Kraftwagen, Motorräder, Uhren, Musikinstrumente, kinematographische Filme. Die Ermäßigung für die britisch kolonialen Herkünfte betrug bei den Zöllen von 1915 $33\frac{1}{3}\%$, bei den Weinen 30 bis 50 %, sonst im allgemeinen $16\frac{2}{3}\%$. Die Bresche in der traditionellen und, wie man meinte, theoretisch gebotenen Freihandelspraxis war also bereits recht ansehnlich, und nur der unabhängige Liberalismus unter Asquith hatte sich im entscheidenden Augenblick zu scharfem Widerstand nach heute bei den Wahlen beliebtem Zuschnitt aufgegriffen.



OHNE die erneute Reichskonferenz, die den ganzen Oktober ausfüllte, mit ihren Anregungen, Aufforderungen und Beschlüssen wäre der Stein vorläufig überhaupt noch nicht wieder ins Rollen geraten. Naturgemäß will jede solche Umbildung Zeit und Weile haben. Die Gladstonesche irische Homerulepolitik begann, wie man nicht vergessen sollte, 1885, und nach den verschiedensten Niederlagen und Wiederaufläufen ist sie dennoch erst im Jahr 1922 zum endgültigen Sieg gelangt, so daß der Präsident des irischen Freistaats Cosgrave im Oktober zum erstmalig als Gleichberechtigter neben den Vertretern des Mutterlandes und der Dominien im Rat des Gesamtreichs saß. Die jüngste Reichskonferenz enthüllte zugleich manche Schwächen und Widersprüche des ganzen Chamberlainismus (man kann den Ausdruck ruhig beibehalten), und besonders die mutterländische Regierung trug offensichtlich diesen Schwierigkeiten so sehr Rechnung, daß eine eindrucksvolle, imponierende Wahlparole, etwa wie die vom Jahr 1906 beim ersten Appell an die Wähler, sich nach dieser Richtung unmöglich herausbilden konnte.

Abschwächend wirkte schon, daß heute die wichtigste und geschichtlich um die Präferentialgewährungen verdienstvollste britische Siedlungskolonie zeitweilig etwas stiller geworden war. Canada ist mit seinem großen südlichen Nachbarn, den Vereinigten Staaten, kaum minder als mit England zu einer tiefen wirtschaftlichen Schicksalsgemeinschaft verknüpft. Wie die Grenzen fließen die umfassendsten Transportbeziehungen unlösbar in einander über, nicht nur an den Großen Seen, dieser einzigartigen Binnenverkehrsstraße. Amerikanisches Kapital begründet und unterstützt die canadischen Industrien, amerikanische Farmerzuwanderung hilft den ganzen Mittel- und Fernwesten besiedeln. Umgekehrt gehen canadische Agrar- und Forsterzeugnisse in Massen nach den Mühlen, Schlachthöfen, Papierfabriken und Häfen der Union. Die ostwestliche Orientierung der ganzen bisherigen canadischen Entwicklung bietet vielleicht das schlagendste Beispiel dafür, wie im Völkerleben rein natürliche, wirtschaftsgeographische Tendenzen durch das gleichförmige, niemals nachlassende Eingreifen einer zielbewußten Politik umgeformt und abgelenkt werden können. Aber die nordsüdwärts wirkenden wirtschaftlichen und allgemein kulturellen Zusammenhänge sind damit durchaus nicht aufgehoben, und gerade neuerdings haben sie sich mehr denn lange zuvor bemerkbar gemacht. An dem besondern Verhältnis zu den Vereinigten Staaten hat sich die volle diplomatische Bewegungsfreiheit dieses Dominions zuerst emporgerankt. Handelspolitische Reziprozitätsverträge mit der Union erschienen mehr als einmal wichtiger als eine etwaige Vorzugsbehandlung im Vereinigten Königreich. Im Augenblick, vor allem nach den letzten,

Canada schwer treffenden Tarifgesetzen der Union, ist diese eherne Schicksalsverkettung von neuem stärker zum Bewußtsein gekommen, und in der Person des heutigen Premiers verkörpert sich diese Verbindung in ganz besonderer Weise: Mackenzie King war während seiner politischen Ruhezeit (infolge Nichtwiederwahl) Angestellter und eine Art sozialpolitischen Vertrauensmannes Rockefeller's. Die jüngste Wiederzulassung canadischen Lebewiehs nach England hat das nordamerikanische Dominion zweifellos dankbar empfunden; aber die Wiederherabsetzung der letzten vereinsstaatlichen Korn- und Viehzölle, die sich fast ausschließlich gegen die canadische Konkurrenz richteten, würde erst recht wie eine förmliche Erlösung begrüßt werden. So hält sich Canada zurzeit vorsichtiger als früher zurück.

Dem Mutterland wiederum bleiben nach wie vor gerade auf dem wesentlichen Gebiet die Hände gebunden. Es will sich an Zölle auf die eigentlichen agrarischen Massenerzeugnisse, auf Brot und Fleisch, nicht heranwagen, und es hat deshalb den agrarproduzierenden großen Siedelungskolonien im Grunde bislang nur Nebensächliches zu bieten. Selbst bei der heutigen Agrarnot in England sieht das Baldwin'sche und das tarifreformerische handelspolitische Programm von den grundlegenden Agrarzöllen im kontinentaleuropäischen Sinn ab: »No tax on wheat and corn« verkündigte Baldwin ausdrücklich Anfang Oktober in der Freihandelshalle in Manchester. Zuletzt nahm die Hilfe für die Landwirtschaft immerhin eine festere Form an: Die Regierung erklärte sich bereit für jeden Acker gepflügten Landes eine Anbauprämie und Subvention von 1 Pfund Sterling zu zahlen. Die Pächter scheinen dies für eine sehr zweifelhafte Zuwendung, angesichts der gleichzeitig in Aussicht genommenen Industriezone, gehalten zu haben. Auf jeden Fall ist auf diesem Weg keine Differentialbegünstigung für die Korn-, Fleisch- und Wollzufuhren Canadas, Australiens, Neuseelands und Südafrikas zu erreichen. Das vorgeschlagene Verfahren würde bestenfalls die Bedrängnis des englischen Farmers, durch mittelbaren Zuschuß zum Weltmarktpreis, lindern, keinesfalls jedoch die koloniale Zufuhr gegenüber dem Wettbewerb der nichtbritischen großen Ausfuhrländer irgendwie positiv fördern. Bei der Wolle empfahl man deshalb vielseits den etwas verschlungenen Ausweg: einen Ausfuhrzoll in den Kolonien (Australien, Südafrika) zu erheben und diesen gegenüber dem Mutterland fallen zu lassen. Das könnten wiederum die Kolonien nur dann in Aussicht nehmen, wenn sie durch den Ausfuhrzoll keine große internationale Absatzer schwerung auf den neutralen Märkten zugunsten der nichtbritischen Konkurrenz (Argentinien) zu befürchten hätten, und unter allen Umständen wären Risiko und Opfer dabei auf die Kolonien abgewälzt, während man umgekehrt endlichen Gegenleistungen Englands für die längst gewährten kolonialen Zollbegünstigungen entgegensah.

Für diese Interessenkonflikte bot die Londoner Konferenz abermals keine Lösung. Von der bloßen Unzufriedenheit der Bradforder Wollengewerbe, der Nottinghamer Spitzenfabrikation und von den ähnlichen Klagen der vermeintlich oder wirklich durch Valutadumping geschädigten Industrien anderer Art kann jedoch eine Schutzzollbewegung niemals ihr Leben fristen. Eher kann man noch an die Wahrscheinlichkeit glauben, daß das allseitige Höherschrauben der Zolltarife in Europa und Übersee England mit der Zeit zwingen werde sich einen Verhandlungstarif zu schaffen, wie er in der Tat im Regierungsprogramm und in der Wahlagitation mehr als früher eine Rolle spielte.



BALDWIN setzte, wie besonders seine beiden Reden in Swansea und Plymouth Ende Oktober bewiesen, große Hoffnungen auf die Arbeiter, genau wie seinerzeit Chamberlain, dem er freilich an Eindringlichkeit der Beweisführung und Rede nicht entfernt gewachsen war. Zur Bekämpfung der um sich greifenden Arbeitslosigkeit seien die Regierungsvorschläge unentbehrlich; man dürfe sich nicht den unbeschränkten Angriffen von Gegnern wehrlos aussetzen, die sich selber daheim durch Zollwälle gegen unliebsame Konkurrenz schützten:

„Das Strebeziel des Tradeunionismus ist die Sicherung eines gewissen Lebensstandards . . . Aber während der Arbeiter durch seine gewerkschaftliche Organisation sich bemüht seine Lebensansprüche zu wahren, legt er die Hände in den Schoß, wenn es sich darum handelt die Gefährdung seines Lebensstandards durch Waren zurückzudrängen, die durch Arbeit, mit der er nicht zu konkurrieren vermag, hergestellt sind . . . Für unser Land ist zurzeit das Problem der Arbeitslosigkeit die Grundfrage, und es steht mir außer Zweifel, daß, wenn wir so weiter wursteln wie bisher, wir schließlich vor einer noch schwerern Arbeitslosigkeit stehen werden. Ich bin zu der Anschauung gelangt, daß wir diese Gefahr nur loswerden, wenn wir den heimischen Markt sichern. Hier handelt es sich um eine Lebensfrage, je nach ihrer Lösung wird unser Volk stehen oder fallen . . . Auf Unterstützung der orthodoxen Liberalen rechne ich dabei keinen Augenblick. Aber ich wäre sehr überrascht, wenn die orthodoxe Arbeit jeden Beistand versagte. Die Arbeit ist naturgemäß protektionistisch.“¹

Hier unterschätzt Baldwin, wie seinerzeit Chamberlain, noch immer viel zu sehr die eigentümliche englische politische Massenpsyche, wie sie seit den großen Auseinandersetzungen zwischen Landlordismus und Industriekapital über die Korn- und Rohstoffzölle sich herausgebildet und bisher noch immer wie ein fester, unbeweglicher Kristall erhalten hat: allerdings sicher nicht für alle Zeiten, und innerlich sogar bereits genügend erschüttert, um unter Umständen einen plötzlichen Meinungsumschlag denkbar zu machen. Könnte doch sowohl der alte Chartismus wie der spätere sozialdemokratische Radikalismus sich im Spott über die "bürgerlichen" Freihandelsillusionen gar nicht genug tun, an die man sich trotzdem bei jeder antiprotektionistischen Kundgebung und Agitation anklammert.

Schließlich aber wurzelte der ungehemmt oppositionelle Grundzug der letzten Arbeiterwahlbetätigung, wie schon im Anfang hervorgehoben, in einer ganz andern und an sich durchaus berechtigten Auffassung. Je mehr die konservative wie die liberale Parteipolitik zur Beseitigung der grassierenden Arbeitslosigkeit kleine und kleinste Mittel, ohne größere Belastung und Belästigung der beati possidentes anempfahl und Stimmenfang bedenklichster Art trieb, desto wichtiger war es neue, tieferschürfende Klassenforderungen herauszuarbeiten und um sie eine stetig anschwellende Schar von überzeugten, der Größe der Aufgabe bewußten Anhängern zu sammeln. Führer wie MacDonald und Sidney Webb bieten Bürgschaft, daß der Wortradikalismus den realpolitischen Sinn nicht allzu bedrohlich überwuchert.

Die englische Arbeiterpartei hat auf diese Weise den Kern der britischen handels- und kolonialpolitischen Reichsorganisationsfrage immer wieder umgehen können. Mit ihm in vollem Ernst sich auseinanderzusetzen wird ihr erst beschieden sein, wenn ihr die volle Mitentscheidung und Verantwortlichkeit auf diesem Gebiet zufällt. Manches wird sie dann anders ansehen.

1) Siehe *The Manchester Guardian Weekly* vom 2. November 1923 Protection as Government's Election Policy.

VICTOR ENGELHARDT · DER GEGENWÄRTIGE STAND DER JUNGSOZIALISTISCHEN BEWEGUNG



ER es unternimmt, nach eigener Beobachtung, den gegenwärtigen "Stand" einer "Bewegung" wie der jungsozialistischen zu schildern, sieht sich alsbald 2 Hindernissen gegenüber. Die Inhomogenität der die Bewegung tragenden Elemente verbietet ein Urteil, dem alle Träger der Bewegung zustimmen könnten. Man muß versuchen das qualitativ oder quantitativ Dominierende zu erfassen. Auf diese Forderung treffen wir bei jeder historischen Arbeit. Sie hat mit der besondern Aufgabe: Gegenwart, das heißt jüngste Vergangenheit, zu packen, nichts zu tun. Die Schwierigkeiten müssen durch die nach Typen strebenden historischen Methoden überwunden werden. Einer Untersuchung rückliegender Tage gegenüber sind wir höchstens durch die oft große Lebendigkeit der aus dem "Typus" herausfallenden Elemente im Nachteil. Sie geben den Typus nicht zu und verdunkeln für den Außenstehenden durch lebhaftige Agitation das gewonnene Bild.

Weit gefährlicher ist die in der Gegenwärtigkeit der Probleme liegende Klippe. Bewegung hat stets 2 Komponenten. Dem vorwärtstreibenden Strom sind Wellen überlagert, die in unruhigen Tagen zu Wogen anwachsen können. Da ist es nicht leicht zu entscheiden, ob der hinreißende Schwung einer Wassermasse im Strom liegt oder im Wogen, das wenige Augenblicke nachher seine Richtung umzukehren vermag. Der Sturm der Not, der Deutschlands Gänge durchfegt, peitscht auch die Gewässer des jungsozialistischen Stroms und täuscht uns vielleicht Bewegungen vor, die, an historischen Zeiten gemessen, bedeutungslos sind. Nur wenn wir das, was die Gegenwart bietet, in den gesamten bisherigen Lauf der Jugendbewegung einordnen, sind wir vielleicht in der Lage Vergängliches von Epochalem zu trennen. Gerade diese Trennung aber muß letztes Ziel unserer Orientierung in der Gegenwart sein, denn nur sie kann wirkliche Orientierung vermitteln. Die Schwierigkeiten der Trennung fallen mit den Schwierigkeiten einer Orientierung überhaupt zusammen. Ich habe an anderer Stelle den strukturellen Verlauf der Jugendbewegung ausführlich geschildert¹ und kann mich darum hier, ohne historische Belege zu bringen, auf die formelhafte Wiedergabe des für uns wichtigen Teils der Resultate beschränken.

Mit einer Flucht ins romantische Land hat die Jugendbewegung begonnen. Mit revolutionärer Negation betrat sie historisch wirksame Bahnen. Reaktion war die notwendige Folge. In gesteigerter Jugendpflege versuchte die alte Generation die ihr heiligen Werte zu retten. Jugend wurde so zu neuer ernsthafter Auseinandersetzung mit dem Alten, soweit es noch wirkende Werte umschloß, gezwungen. Das Älterwerden der die Jugendbewegung konstituierenden Elemente wirkte im selben Sinn. Mit der Autonomieerklärung begannen die Jahre bewußter Problematik. Durch Krieg und Revolution wurde die Entwicklung beschleunigt. Rascher als vielleicht gut war sah sich die Jugend auf die Stufe des Tatwillens gehoben. Tat war die einzige Antwort auf die Probleme. Was Probleme wälzend beisammen sein konnte, zerfiel damit in einzelne, scharf geschiedene Gruppen. Trotzdem war der Grundwille allen gemeinsam. Er rankte sich um das

1) Siehe Engelhardt Die deutsche Jugendbewegung als kulturhistorisches Phänomen /Berlin 1923/.

Problem der Gemeinschaft und unterstellte die Jugend der Spannung der Zeit. Individualismus war der Sinn der Epoche, gegen die sich Jugend erhob. Der Individualismus hatte mit dem Abwerfen stärkster autoritativer Familienbindung die Höhe erklommen. Gleiches individuelles Erleben führte die Jugend zusammen. Der Individualismus hob sich in letzter Vollendung selber auf; Gemeinschaft wurde die Aufgabe einer Jugend, die sich im extremsten Individualismus befreite. Gemeinschaft als Ziel der Jugend durchlief alle formalen Etappen ihrer Bewegung. Vom unbewußten Erlebnis kam sie zur bewußten Problematik des Gemeinschaftsgedankens, und Lösung der Probleme fand sie im Willen Gemeinschaft werden zu lassen.

Die gegebene, aus den Tatsachen abstrahierte Reihe gestattet den historischen Ort des Jungsozialismus ziemlich genau zu fixieren. Zwar liegen keimartige Anfänge schon vor dem Krieg. Das Problem der mehr als 18 Jahre alten Mitglieder der Arbeiterjugend beschäftigte den Parteitag von 1912. Im Krieg kamen die Keime nicht zur Entfaltung. Erst von 1920 an spielen die Jungsozialisten in der Partei und der Jugend eine bedeutendere Rolle. Übersetzen wir dieses Datum in die historischen Koordinaten der Jugendbewegung, so fällt die Entstehung der Jungsozialisten bereits in die nachproblematische Zeit. Es handelt sich tatsächlich um die Bildung einer jener tatbestimmten Gruppen, von denen wir sprachen. Damit ist nicht gesagt, daß der Wille zur Tat nun sofort klare Formen annehmen mußte. Er konnte es gar nicht. Neu geborene Kollektivindividuen (als solche möchte ich die Gruppen bezeichnen) unterliegen auch irgendwie der biologischen Formel. Was die Jugendbewegung als Ganzes erlebte, mußten sie kurz wiederholen, schon um über ihre besondere Stellung Klarheit zu gewinnen. Die Jugend der Jungsozialisten war tatsächlich von wilder, oft wirrer Problematik erfüllt. Die Jungsozialistischen Blätter, nach Brögers Willen bisher »Spiegel« der Bewegung, zeigen es deutlich.

In der Problematik war man sich des Zusammenhangs mit den Freideutschen durchaus bewußt. Im Anschluß an die Meißnerformel rief man nach Autonomie. »Jugend« sagte Gustav Radbruch »ist nicht nur Vorstufe zum Leben sondern ein Stück Leben mit selbst eigenem Daseinsrecht.«² Die im Autonomiegedanken liegende Opposition hatte, im Gegensatz zu den Kindheitstagen proletarischer Jugendbewegung, rein geistigen Sinn. »Die den Arbeiterjugendvereinen erwachsenen Parteigenossinnen und -genossen« heißt es in den Kieler Leitsätzen vom 1. Januar 1921 »können ihrer ganzen seelischen Einstellung nach nicht ohne weiteres den Schritt zur allgemeinen Arbeiterbewegung machen, denn diese ist in ihrem innern und äußern Leben so einseitig verstandesmäßig und materialistisch gerichtet, daß sie die in der Jugend vorhandenen und durch den Krieg neu belebten irrationalen Regungen nicht mehr befriedigen kann.« Die Opposition gegen die Alten vermochte in der proletarischen Jugendbewegung allerdings niemals so scharfe Formen anzunehmen wie in bürgerlichen Kreisen, da in der praktischen Arbeit Junge und Alte zusammengingen, und der Gegensatz auf die Spannung zwischen wirtschaftlicher und ethischer Einstellung hinauslief. Sozialistische Jugend hat die Hinwendung unserer Epoche zum Menschen und seinen Problemen im tiefsten Herzen erlebt. Als höchstes Ziel

2) Siehe Radbruch Jungsozialistische Leitsätze, in der Festschrift zur Bielefelder Jungsozialistentagung /Berlin 1921/ Seite 20.

erscheint ihr der "sozialistische Mensch". Der frühern Generation wurde der Primat der Ökonomie zum Ruf im Kampf: Erst müssen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sich ändern, dann werden wir freie, glückliche Menschen besitzen. Jugend kehrt unter dem Einfluß der Zeitaufgabe die Denkfolge um und verwurzelt alles in der Seele des Menschen. Erst soll diese frei und groß sein, dann erst wird sozialistische Gemeinschaft erstehen. Nicht Welt und Umgebung durch Kritik vernichten ist erfolversprechende Tat sondern bei sich selbst beginnen, in sich selbst alle bösen, gemeinschaftswidrigen Kräfte zerstören ist Sozialismus.

Durch Voranstellung ethischer Auffassung sind weite Diskussionsreihen eröffnet, um so mehr, als die Anhänger nicht homogen sind, und das bloß ideale Wollen oft streng marxistische Dämpfung erfährt. Trotzdem klingt schon früh in allen wilden Debatten zwischen "wirtschaftlichen" und "geistigen" Richtungen eine gemeinsame Note. Man fühlt sich mehr oder weniger als Vollendung der Jugendbewegung. Die historische Stellung im Rahmen des Gesamtverlaufs macht sich geltend. Was sie verlangt, wird durch die Eigenart proletarischer Jugend stark unterstützt. Der junge Arbeiter, früh schon hinausgestoßen in den Kampf ums tägliche Brot, setzt der bloßen Romantik sozialer Ideen sehr bald ein erdennahes, nüchternes Wollen entgegen und führt die Bewegung dem rechten Gleichgewicht zwischen Idee und Wirklichkeit zu. Man kommt zur klaren Formulierung des Tatwillens und findet sich in ihm in größerer Einheit zusammen als auf dem Feld ideologischer Kämpfe.

Vereint sich die Eigenart der die Bewegung tragenden Individuen mit den der historischen Stellung entspringenden Kräften, so muß das Resultat epochale Bedeutung besitzen. Nur unter diesem Gesichtspunkt vermag man das Bekenntnis zur Politik richtig einzuschätzen, das sozialistische Jugend in der Osterwoche 1923 zu Hofgeismar abgelegt hat. Volk und Staat wurden bejaht. Politik ist Aufgabe des Menschen, ist Werk, das den einzelnen mit der Gemeinschaft verbindet.³ In der politischen Sphäre liegt die Gefahr vor die Bewegung hochspritzender Wogen für die vorwärtstreibende Strömung zu halten. Wir dürfen nicht vergessen, in welchen Zeiten man sich zu Hofgeismar fand. Die gesunde Auffassung, daß die Nation Aufgabe an der Menschheit sei, ging bei manchem in einem aufrauschenden Nationalismus unter, der sozialistischer Jugend durchaus fremd sein mußte. Er wird sich nicht halten, wenn wir erst vom Rausch des Ruhrkriegs ganz geheilt sind, er wird in einer Zeitspanne vergehen, die an der Geschichte gemessen nur kurz ist. Tagesnöte haben die Ruhe gestört und manchen verwirrt. Das Bekenntnis zur *Politik* aber wurde vom vorwärtstreibenden Strom getragen. In ihm fand die Jugend Antwort auf alle Probleme. Und die Antwort hieß *Tat*. Die Tat muß das Antlitz der Bewegung verändern. Aus den in geistiger Höhe genießend Streitenden werden vom Gestaltungswillen erfüllte Männer und Frauen. Ich sage absichtlich Männer und Frauen, nicht Jünglinge und Mädchen, wenn auch mancher meinen möchte, mit diesen Worten sei vom Ende der Jugendbewegung gesprochen. Ja, in gewissem Sinn ist die Jugendbewegung zu Ende. In einem andern aber fängt sie erst an.

3) Siehe hierzu auch *Deist Volk, Staat und Sozialismus*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 272 ff.

Die Revolution der Jugend war ein Aufbäumen gegen die Kultur der vor ihr lebenden Generation. Nur die Jugend selber konnte zerstören und aufbauen. Die "Alten" waren in ihre Werte verstrickt. Sie konnten nicht helfen, sie konnten nichts bieten. Nun hat die Jugend eigene Werte geschaffen. Sie sind Wirklichkeit geworden in unseren Tagen. Ich sage es nochmals: Sie sind wirklich geworden. Denn Wirklichkeit braucht nicht materiell zu sein. Ziele genügen. Träger dieser real gewordenen Werte sind die aus der Jugendbewegung kommenden Männer und Frauen. Eine erwachsene Generation ist, wenn auch in geringem Maß, vorhanden, eine Generation, zu der die nachströmende Jugend ganz anders stehen muß als zu den eigentlichen Alten. Vorgelebte Werte sind da, die in die Zukunft weisen, die *nicht* alt sind. Bis zu ihrer endgültigen Vollendung werden sie der aufwachsenden Jugend Ziel sein können, dem sie, an der Vollendung mitarbeitend, nachstrebt. Erziehung wird Selbsterziehung (im Neues schaffenden Sinn) immer stärker verdrängen. Der Begriff der Autonomie dürfte eine innere Wandlung erfahren. Die Jugend wird sich des Zusammenhangs mit dem Alter wieder stärker bewußt, weil sie bei den der Jugendbewegung Entwachsenen Ziele sieht, die jung sind, die den Zeiten voraneilen und nicht nachhinken, wie die überreif gewordenen Werte des Jahrhundertendes. Eine neue Epoche des schaffenden Mannes ist im Anzug.

Glauben wir so weit zu sein wie ich sagte (nur über das "so weit" wäre zu reden; das "überhaupt", wenn nicht heute, so morgen, steht fest), so hat die Erlanger Konferenz der Jungsozialisten im August dieses Jahres ebenfalls epochale Bedeutung. Auf ihr wurde jene Basisverbreiterung vollzogen, die den Übergang vom autonomen Abschnitt zum pädagogischen bedeutet.⁴ Zwischen der Masse der Arbeiterjugend und der kleinen Zahl von Jungsozialisten wurde durch Richtlinien eine ziemlich enge Verbindung geschaffen. Die praktische Folge dürfte aller Voraussicht nach ein starkes Hineinströmen der Achtzehnjährigen in die Jungsozialistischen Gruppen sein, die diese schließlich zur Massenbewegung erweitert. Nun muß sich erweisen, ob die Massen den Geist annehmen, den die Pioniere geschaffen haben, und ob aus ihnen die notwendig werdenden Förderer der bereits vorhandenen Werte erwachsen. Die Erlanger Beschlüsse sind ein Experiment, das gemacht werden mußte. Allerdings, wenn der Zeitpunkt zu früh war, ist vieles verloren. Die positiv politische Wendung der Jungsozialisten und das Alter vieler, die sich ihnen zurechnen können, spricht dafür, daß es gewagt werden durfte. Der Erfolg wird zeigen, ob sozialistische Jugendbewegung über den Willen zur Tat schon hinauskam und auf diese Weise zum Mann ward. Die nächsten Jahre sind nicht nur für die Jungsozialisten sondern für alle, die ihre Hoffnung auf die Jugend gesetzt haben, von größter Bedeutung. Die Jugendbewegung in ihrer bisherigen Form wird sicher erlöschen und, wo sie sich ans Gewesene klammert, bedeutungslos werden. Ob dieses Erlöschen Sieg und Vollendung oder Untergang ist, werden wir im Lauf weniger Jahre erfahren. Die kraftvolle Entwicklung des Jungsozialismus, der sich stark genug fühlt esoterische Schranken fallen zu lassen, in die politische Arena zu treten und auf breiter Basis zu wirken, erfüllt mit Glauben an den kommenden Geist.

4) Siehe das Sonderheft der *Jungsozialistischen Blätter* (10. Heft des 2. Jahrgangs, 1923): Kultur und Sozialismus.

KARL KOLLWITZ · DIE KRITISCHE LAGE DER KRANKENVERSICHERUNG



IN vertragsloser Zustand zwischen Krankenkassen und Kassenärzten, wie er, sich über den Hauptteil Deutschlands erstreckend, jetzt eingetreten ist, bedeutet einen neuen Gegenstand der Sorge in dieser sorgenreichen Zeit, und nicht bloß für die Beteiligten, er sollte es auch für die große Öffentlichkeit und für die gesetzgebenden Körperschaften sein. Wir sind gewöhnt worden die Dinge ihren schlimmen Verlauf nehmen zu sehen, und doch drängt in uns ununterdrückbar das Streben abstellbare Übel nicht zu dulden. Der vertragslose Zustand besagt, daß die bei den Orts- und Betriebskassen versicherten Arbeitnehmer plötzlich den Ärzten gegenüber Privatpatienten geworden sind, das heißt genau wie diese jede ärztliche Hilfeleistung bar zu bezahlen haben. Den Kassen gegenüber bleiben sie Versicherte und erhalten ihre Ausgaben ersetzt. Sie erfahren somit keinen unmittelbaren Schaden. Das Peinliche liegt für sie darin, daß sie das ärztliche Honorar aus ihrer Tasche auslegen und gegen Quittung des Arztes bei der Kasse abheben müssen. Es entsteht ihnen dadurch ein erheblicher Zeitverlust und eine neue Anforderung, wodurch die Inanspruchnahme des Arztes erschwert wird. Hinzu kommt, daß sie das Geld zum Auslegen oft nicht haben und es sich dann leihen oder bis zum Lohntag warten müssen. Die Kurzarbeiter und die zahlreichen Erwerbslosen (die Erwerbslosen sind bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin versichert) werden besonders hart betroffen. An die Wohlfahrtsärzte und die Polikliniken können sie sich auch nicht wenden, weil die ärztliche Organisation diesen aufgegeben hat nur in dringenden Fällen Hilfe zu leisten und Kassenmitglieder nicht zu behandeln. Es leuchtet ein, daß der vertragslose Zustand durch seine Auswirkungen, weit über die geschäftlichen Beziehungen zwischen Ärzten und Krankenkassen hinaus, geeignet ist wesentliche sozialhygienische Schädigungen zu erzeugen. Und davon werden die an sich schon durch die sozialen Verhältnisse schwer Belasteten am meisten betroffen.

Einem solchen Zustand gegenüber drängt sich als erstes die Frage auf. Mußte es so kommen? Bevor man diese Frage zu beantworten versucht, ist es notwendig sich die unmittelbare Veranlassung zu dem gegenwärtigen Zustand vor Augen zu führen. Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten waren seit jeher gespannt. Gespannte Verhältnisse zwischen 2 Kontrahenten pflegen immer gespannter zu werden, wenn es beiden schlecht geht, weil jeder dann seine schlechte Lage als Schuld des andern ansieht. Das war auch hier der Fall. Den Ärzten ging es schlecht. Infolge der rapiden Geldentwertung wurden ihre Kasseneinkünfte so entwertet, daß sie nicht mehr die Kosten deckten. Es gelang ihnen erst in erbitterten und zähen Kämpfen mit den Kassen allmählich die Kassenhonorare auf eine erträgliche, aber immer noch bescheidene Höhe zu bringen. Dazu kam, daß infolge der Ausdehnung des Kreises der Versicherungspflichtigen auch auf solche Bevölkerungsschichten, deren Einkommen weit über dem Einkommen des größten Teils der Ärzteschaft lag, die einträglichere Privatpraxis immer mehr eingeschränkt wurde. So entstand eine allgemeine Unzufriedenheit unter den Ärzten, und es bildete sich eine Kampf Stimmung gegen die Kassen her-

aus, die auf eine Kampfaufnahme drängte. Den Kassen ging es gleichfalls schlecht. Infolge der Geldentwertung verwässerten sich ihre Einnahmen. Andererseits stiegen ihre Ausgaben durch die Verteuerung aller Leistungen, zu denen sie verpflichtet waren, ins Ungeheure. Die Heilmittel, die Krankenhauskosten, die ärztlichen Honorare, das Krankengeld verschlangen gewaltige Summen. Bevor es den Kassen gelang eine erhebliche Erhöhung der Kassenbeiträge seitens ihrer Mitglieder durchzusetzen, drohte der finanzielle Zusammenbruch, und noch heute ist ihre Finanzlage trotz hohen Beiträgen äußerst schlecht. Es war erklärlich, daß sie erhöhten ärztlichen Honorarforderungen den schroffsten Widerstand entgegensetzten und die erhöhten Leistungen an die Ärzte für eine der Ursachen ihres Ruins ansahen. In diese äußerst gespannte Situation platzten wie Bomben 2 Verordnungen des Reichsarbeitsministeriums hinein, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 am 30. Oktober erlassen waren: die Verordnung über die Krankenhilfe bei den Krankenkassen und die Verordnung über Ärzte und Krankenkassen. Während diese in gemeinsamer Beratung mit Krankenkassen und Ärzten zustande gekommen war und die eingeschränkte Billigung beider Parteien gefunden hatte, war jene nur zwischen Krankenkassen und Regierung vereinbart worden, und die Ärzte sahen sich einer vollzogenen Tatsache gegenüber, deren Herannahen sie nicht einmal geahnt hatten. Dieses ohne ihr Mitwirken verfügte Gesetz enthielt so einschneidende Verfügungen, daß nur die Ablehnung a limine übrigblieb. Gleich der § 1 ist charakteristisch: »Die für eine Krankenkasse tätigen Ärzte sind verpflichtet eine nicht erforderliche Behandlung abzulehnen.« Man vergegenwärtige sich den Kautschukcharakter einer solchen Bestimmung. Und trotzdem sollte der Kassenvorstand das Recht haben bei mehrfachem Verstoß dagegen dem Arzt mit Nichtbeachtung entgegenstehender Verträge sofort fristlos zu kündigen. Die Berufung dagegen sollte keine aufschiebende Wirkung haben. Für 2 Jahre sollte die Kündigung wirksam sein. Eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium mit dem Ersuchen um Rücknahme der Verordnung war erfolglos. Der Minister erklärte, daß ihre Wiederaufhebung gesetzlich unmöglich sei. Er erließ Ausführungsbestimmungen, durch die die rigorosen Bestimmungen des Gesetzes gemildert wurden. Die Ärzteschaft erklärte demgegenüber, daß sie sich nicht mit einer Milderung sondern nur mit einer Aufhebung befriedigt fühlen könne. So kam es zu einer etwas übereilten Vorbereitung für den vertragslosen Zustand. In dieser Zeit höchster Spannung erschien der Erlaß des Reichspräsidenten, der die 2 schlimmsten Paragraphen aufhob und, wie man sagte, der Verordnung die Giftzähne ausbrach. Aber er kam so spät, daß es nicht mehr möglich erschien die beschlossene allgemeine Kündigung zurückzunehmen. Man wollte das ganze Gesetz beseitigt haben. Es kam zum vertragslosen Zustand auf der ganzen Linie.

Aus dieser kurzen Übersicht über die unmittelbare Veranlassung geht eins mit Sicherheit hervor: Wenn einmal der Reichsarbeitsminister infolge der drohenden Haltung der Ärzte sich genötigt sieht durch Erlaß von Ausführungsbestimmungen die Verordnung erheblich einzuschränken, und wenn ferner der Reichspräsident 2 der wesentlichsten Bestimmungen suspendiert, ist dies als ein Eingeständnis zu betrachten, daß die Verordnung über die Krankenhilfe bei den Krankenkassen über das Ziel hinausgegangen ist. Da sie andererseits nicht geeignet war sofort wesentliche finanzielle Ersparnisse zu bewirken, diese vielmehr erst allmählich erreicht werden konnten,

so läßt sich kein anderer Grund für ihre überstürzte Veröffentlichung und ihre Verheimlichung bis zur Veröffentlichung denken, als daß man die Ärzte vor ein *fait accompli* stellen und dadurch in eine Zwangslage bringen wollte. Statt der erwarteten Unterwerfung stieß man aber auf einen überraschend einmütigen und entschlossenen Widerstand. Die Regierung gestand dadurch, daß sie mehrere Paragraphen schleunigst außer Kraft setzte, ihren Fehlgriff ein. Die Politik war also kurzfristig und falsch gewesen. Eine weisere Politik hätte mindestens einen geschicktern *modus procedendi* wählen müssen. Auf die oben gestellte Frage, ob es so kommen mußte, kann man somit, von diesem Standpunkt aus, antworten: Nein.

Geht man aber über die nächste Veranlassung hinaus auf den Kern der Sache ein, so ergibt sich, daß der gegenwärtige Konflikt sich mit einer Art innerer Notwendigkeit aus der Gestaltung der Beziehungen zwischen den Krankenkassen und den Ärzten entwickeln mußte, und daß er nur ein Glied in der langen Kette der Konflikte ist, die sich seit Bestehen der Krankenkassengesetzgebung zwischen Ärzten und Krankenkassen herausgebildet haben. Will man nicht annehmen, daß auf beiden Seiten böser Wille vorliegt, was wider die menschliche Natur wäre, so muß es so liegen, daß ein andauernd sich erneuernder Konfliktsstoff fließt, der seine Quelle im Krankenkassengesetz hat. Man kann nun diese Konflikte und ihre ständige Ursache, eben das Krankenkassengesetz, einfach verurteilen, man kann sie aber auch als notwendige Reinigungsprozesse ansehen, die die Tendenz haben das der Gesellschaft aufoktroierte und in mancher Beziehung diktatorische Krankenkassengesetz so anzupassen und auszugestalten, daß es sich immer organischer in die Gesellschaftskonstitution einfügt.

Das Krankenkassengesetz war ein grandioser Versuch den sozialen Gedanken der gesellschaftlich organisierten Krankenhilfe in die Wirklichkeit zu übertragen. Es erwies sich bald als eine unvollkommene Skizze. Das Gebiet, das es gesetzlich zu umspannen suchte: die Krankheiten der Arbeiter, gehörte wie das Gebiet der Krankheiten überhaupt bis dahin zu den eigentlichen Reservaten der Individualität. In dieses delikate Gebiet führte es gesetzlichen Zwang und gesetzliche Vorschriften ein, die dem kranken Arbeiter die Selbstfürsorge entwandten und auch in sein freies Verhalten zum Arzt Zwangsbestimmungen brachten. Es schuf 3 Interessengruppen: die der Versicherten, die der Kassenleiter und -beamten und die der Kassenärzte. Je deutlicher sich diese ihrer immanenten Interessen bewußt wurden, um so mehr drängten sie gegen die vom Gesetz gezogenen Schranken. Die Arbeiter wollten nicht mehr schematisch und oberflächlich behandelt sein, sie verlangten nach freier Auswahl des Arztes und nach einer ärztlichen Behandlung, die die zur gegebenen Zeit beste Garantie für die Heilung ihrer Krankheit ermöglichte. Die Kassenleiter und Kassenbeamten erkannten immer mehr, daß sie ein Gebiet klaffender Gegensätze zu verwalten hatten. Die Durchführung der von der Regierung geformten Gesetzesvorschriften, die Aufstellung und Bilanzierung des Etats, die Notwendigkeit auf die sparsamste Weise zu wirtschaften und einen Reservefonds anzuhäufen, brachte sie in fortwährende Konflikte mit den Kassenmitgliedern und den Ärzten. Der Umstand, daß sie zugleich die Kassen zu organisieren, die Aufsicht und zugleich die Fürsorge über die Kranken zu übernehmen, die angestellten Kassenärzte zu kontrollieren und dazu noch äußerste Sparsamkeit zu üben

hatten, brachte sie mit sich selbst in Konflikte, deren Lösungsmöglichkeit sie in einer zunehmenden Erweiterung der gesetzlichen Vorschriften und ihrer Rechte erblickten. Die Kassenärzte endlich fühlten, je länger, desto stärker, das Bedürfnis nach freierer Betätigungsmöglichkeit, unabhängig von den Vorschriften und der Kontrolle eines aus Laien zusammengesetzten Kassenvorstands. Sie mußten für geringe Honorare, die ihnen kaum mehr als das Existenzminimum boten, umfangreiche Arbeit leisten. Daher drängten sie einerseits auf höhere Honorare und schützten sich vor Ausnutzung durch einen für die Kranken unbegreiflichen und oft unerträglichen Schematismus. Sie fühlten immer deutlicher und drückender das Unwürdige und Unbefriedigende ihrer Berufsausübung und der Stellung, die sie den Kassenvorständen und Kranken gegenüber einnahmen. In dieser schwierigen Lage bot sich ihnen in der Bewegung für freie Arztwahl und in dem Gedanken einer umfassenden Organisation der Ärzteschaft ein Ausweg, auf den sie seit den neunziger Jahren immer geschlossener hindrängten.

Ogleich die Regierung diesen wachsenden Interessengegensätzen durch fortgesetzte Umänderungen und Erweiterungen des Gesetzes und ein Heer von Bestimmungen und Ausführungserlassen Rechnung zu tragen versuchte, ließen sie sich nicht bannen. Vielmehr steigerten sie sich, namentlich seitdem es den Ärzten gelungen war sich über das ganze Reich in Form einer, früher Leipziger Verband, jetzt Hartmannbund genannten Organisation, und für Berlin im Großberliner Ärztebund zusammenschließen. Der Zuwachs an Einfluß, den der ärztliche Stand durch die Organisation erfuhr, zusammen mit der elenden sozialen Lage, in die er durch die chaotischen Verhältnisse der Nachkriegszeit geriet, ließen nun die Konflikte fast zu einer Dauererscheinung werden. Der Gipfelpunkt ist in dem vertragslosen Zustand erreicht, der die ganze Krankenkassengesetzgebung zu bedrohen scheint.

Aber eben nur scheint. Denn eine Gefährdung des Krankenkassengesetzes liegt nicht nur nicht im Interesse der Ärzte sondern widerspricht diesem durchaus. Mit der Beseitigung des Gesetzes würden die Ärzte den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Ihre Organisation würde zum großen Teil gegenstandslos werden, der Zustand der Vereinzelung des Arztes träte wieder ein, damit die Zersplitterung, und die verschärfte, jetzt durch die Organisation sehr gemilderte Konkurrenz der einzelnen Ärzte, die Proletarisierung großer Kreise der Ärzteschaft nähme zu, jede Planwirtschaft erreichte ihr Ende. Die Krankengesetzgebung ist eine wertvolle Errungenschaft, auf die wir stolz sein dürfen, eine ganz wesentliche Vorarbeit auf dem Weg der Sozialisierung des Heilwesens, auf den die ganze bisherige Entwicklung mit Notwendigkeit hindrängt. Wenn kleinere radikale Gruppen innerhalb der Ärzteschaft mit der Parole "Weg mit diesem ganzen Krankenkassengesetz!" agitieren, so tut dies ein Teil wenigstens in Nachahmung der bolschewistischen Methode: erst Altes zu zerstören, um angeblich Neues aufzubauen, einer Methode, die hier ebenso unwirtschaftlich wie doktrinär ist. Wenn nun auch nicht eine Gefährdung der sozialen Gesetzgebung in diesem Konflikt liegt, so ist er doch eine beklagenswerte Erscheinung, die so schnell wie möglich aus der Welt geschafft werden sollte, damit so wenig wie möglich Schade gestiftet werde. Andererseits wäre es in hohem Grad zu bedauern, wenn er so ein zwar schnelles, aber wieder nur vorläufiges Ende erführe und so zu einer Quelle neuer Konflikte würde.

Um dieses zu verhindern, scheint mir eine grundlégende Maßnahme notwendig, die in der 2. Verordnung vom 30. Oktober 1923 auch bereits ins Auge gefaßt ist: die Schaffung eines Ausgleichsorgans. Werden Vertreter gegensätzlicher Bestrebungen in eine Organisation zusammengeschlossen, so kann die Organisation nur Bestand haben, wenn ein Ventil geschaffen wird, durch das die immanenten Spannungen ausgeglichen werden. berall da, wo es gilt sich regende Tendenzen zu beachten, um sozialen Schäden vorzubeugen, muß der Entwicklung Spielraum gelassen werden. Die Interessenten müssen den Weg selbst finden, er darf ihnen nicht vorgeschrieben und aufgedrängt werden. Ein paritätisches Ausgleichsorgan scheint mir das einzige Mittel zu sein jene Aufgaben zu lösen. Es bringt die Möglichkeit die verschiedenen Interessen objektiv darzulegen und darauf fußend ihre Homogenisierung anzubahnen. Es müßte so organisiert sein, daß es das Vertrauen beider Parteien besitzt, und es müßte alle Garantien gegen Voreingenommenheit, Rotuschertum und Einseitigkeit bieten. Mir scheint der von der Regierung geschaffene Reichsausschuß ein für diese Zwecke geeignetes Organ zu sein. Nur ist zu wünschen, daß darin nicht nur die Kassenvertreter und die Ärzte, sondern auch nicht zur Kassenverwaltung gehörende Kassenmitglieder vertreten sind, ohne daß damit eine Majorisierung der rztenschaftsvertreter zugelassen wird. Daneben müßte das Schiedswesen im Sinn der 2. Regierungsverordnung ausgebaut werden, aber so, daß die Urteile des Reichsschiedsgerichts bindende Kraft für beide Kontrahenten besitzen, und ein Streik oder ein Vertragsbruch unmöglich wird. Vielleicht ließe sich eine Einigung zunächst auf der Basis durchführen, daß aus den beiden Verordnungen alle anderen Bestimmungen entfernt werden, und nur die Bestimmungen über die Bildung eines Reichsausschusses und der Schiedsgerichte erhalten bleiben.

Es ist zu wünschen, daß der Kampf sine ira und mit möglichst geringen Hrten durchgeführt wird. Das schlimmste Gift in unserm öffentlichen Leben sind die Schlagworte. Sie führen aus dem Bereich der begrifflichen Klarheit in den Bereich der Affektivität und klären niemals sondern verbittern die Menschen und verschärfen die Lage. Wir aber brauchen nicht ein Gegen- sondern ein Miteinander. Darum weg mit allen Schlagworten! Wir haben nicht langen Kampf sondern schnellen Frieden zu erstreben.

CHARLES BAUDELAIRE · DIE AUGEN DER ARMEN · ÜBERTRAGEN VON MAX HOCHDORF

SIE wollen also wissen, warum ich Sie heute hasse. Es wird Ihnen zweifellos schwerer werden es zu begreifen als mir meinen Haß zu erklären. Denn Sie sind ganz gewiß das schönste Beispiel der weiblichen Hartherzigkeit, das ich bis jetzt in meinem Leben kennen gelernt habe.

Wir hatten zusammen einen langen Tag verbracht, der mir kurz erschienen war. Wir hatten uns vorgenommen jeden Gedanken zusammen zu denken. Unser beider Seelen sollten von jetzt ab nur eine einzige bilden. Das war alles in allem kein besonderer Traum. Das ist nur der Traum, den alle Menschen träumen. Nur hat ihm keiner noch die Wirklichkeit geben können.

Es war Abend geworden. Sie waren ein wenig ermüdet. Sie wollten Sich vor einem Caféhaus niederlassen, das man eben neu hergerichtet hatte. Das

Caféhaus lag an der Ecke einer neuen Straße. Es stand noch ganz frisch im Putz und zeigte prahlerisch all den Glanz, den man noch nicht vollendet hatte. Drinnen aber war das Caféhaus blitz und blank. Selbst das Gas leuchtete mit jungfräulicher Flamme. Die Mauern strahlten auf in blendend weißem Glanz. Die Tischtücher leuchteten aus den Spiegeln. Das Gold der Rahmen und Verzierungen, all diese Pracht des Mythischen und Historischen, die an Möbeln und Mauern angebracht war, diente der Heiterkeit.

Gerade vor uns auf der Straße stand ein braver Mann von etwa 40 Jahren. Sein Gesicht war ermüdet, sein Bart war angegraut. An der einen Hand hielt er einen kleinen Jungen. Auf dem Arm trug er ein Kind, das noch zu schwach war, um selbständig zu gehen. Er hatte sich selbst zur Kinderwärterin gemacht und führte seine Kinder an die frische Luft. Alle Drei waren in Lumpen gekleidet. Sie blickten außerordentlich ernst. Die 3 Augenpaare starrten auf den neuen Glanz des Caféhauses. Sie bewunderten mit gleicher Andacht.

Die Augen des Vaters sprachen: »Wie das schön ist, wie das schön ist! Man sollte meinen, alles Gold der armen Welt hat sich auf diese Wände niedergelassen.« Die Augen des kleinen Jungen aber sprachen: »Wie das schön ist, wie das schön ist! Aber es ist ein Haus, das nur Leute betreten dürfen, die nicht wie wir sind.« Aber die Augen des kleinsten Kindes waren viel zu entzückt, um anderes als eine stumme und tiefe Freude auszudrücken.

Die Liederdichter sagen, daß das Glück die Herzen weich und empfindsam macht. Soweit es mich anging, hatten die Dichter recht. Diese Familie der Augen rührte mich nicht nur; ich schämte mich auch ein wenig über die Gläser und Flaschen, die auf unserm Tisch standen, und die größer waren als unser Durst.

Ich blickte Sie an, meine liebste Freundin, ich wollte Ihre Gedanken lesen. Ich blickte tief hinein in Ihre Augen, die so schön waren und so seltsam sanft, in Ihre grünlich schimmernden Augen, in denen die Launenhaftigkeit nur lebte und die Jenseitigkeit des schimmernden Mondes. Sie aber sprachen: »Diese Leute da mit ihren großen Kalbsaugen sind mir unerträglich. Könnten Sie nicht den Geschäftsführer bitten sie von hier fortzujagen?«

So schwer ist es, mein lieber Engel, mit seinen Gedanken zusammen zu kommen. So schwer ist es einem andern seine Gedanken mitzuteilen. So schwer selbst dann, wenn die Menschen sich lieben.

LUDWIG HILBERSEIMER · VON DER WIRKUNG DES KRIEGES AUF DIE KUNST

BEVOR man die Frage beantwortet, welche Wirkung der Krieg auf die Kunst ausgeübt hat, muß man zunächst feststellen, daß die Kunst der letzten Zeit vor dem Krieg ein völlig isoliertes Dasein führte, eine reine Artistenangelegenheit war, jede intensive Berührung mit dem Leben verloren hatte. Vergeblich hatte Ludwig Rubiner die Maler aufgefordert Barrikaden zu bauen, den geistigen Raum unseres Erlebens visionär zu schaffen, reale Beziehungen herzustellen. Der Krieg, der plötzlich hereinbrach, hat vielleicht gerade dadurch, daß er unseren Geistigen (wie übrigens auch den offiziellen Politikern) so völlig

unerwartet kam, eine vollkommene psychische Veränderung bewirkt, neuartige Beziehungen zur Umwelt geschaffen, neue Wertungen aufgestellt. Die Ursache dieser Veränderung ist nicht jene kurze Psychose, die einen vorübergehenden Rausch erzeugte, der allerdings alle Welt befahl, sich dann aber als ein unerhörter Vergiftungsprozeß auswirkte, jede Vernunft tötete, aus harmlosen Menschen Bestien machte. Sondern jene tiefgehende Modifizierung, die die Menschheit sozusagen chemisch veränderte, ihr altgewohntes Weltbild plötzlich zerstörte und nur langsam wieder ein neues erstehen ließ.

Wenn daher untersucht werden soll, welche Wirkung diese außerordentlichen Geschehnisse auf ein so isoliert scheinendes, aber doch völlig von der Zeit abhängiges Gebiet wie die Kunst ausgeübt haben, so kann keineswegs von der zweifelhaften Produktion geschickter Alleskötter, eifertiger Routiniers die Rede sein. Erfreut über die Zufuhr neuer Motive und Sujets, neuer Tatsachen aus dem Bereich des Stofflichen überschwemmten sie die Welt mit ihren Mißbildungen. Wir meinen daher nicht jene flink gemalten und gezeichneten Begeisterungsausbrüche versierter Geschäftemacher, die die so üblen Kriegszeitschriften füllen und für die Gesinnung eines ganzen Volkes zeugen sollen. Wir meinen, im Gegenteil, die Veränderung der menschlichen Psyche durch das Weltgeschehen, die Veränderung im Bewußtsein der Bildner. Wir möchten in das Bereich des Erlebens vordringen, wo die Tatsachen der Zeit den Konflikt im Menschen schaffen. Wir wollen daher nur solche Werke in Betracht ziehen, in denen dieser Konflikt nach Ausdruck ringt, das sind also Werke, in denen sich die Kunst in den Dienst des Menschheitsgedankens stellt.

Der Einfluß des Krieges auf die Kunst ist für Deutschland zunächst als negativ zu bezeichnen. Der deutsche Expressionismus, wie er sich während des Krieges ausbreitete, ist ein typisches Beispiel vollkommener Weltflucht, bedeutet eine radikale Abkehr von der Wirklichkeit, der man hoffnungslos gegenüberstand. »Die Furcht« schrieb Richard Huelsenbeck über diese Zeit »saß den Menschen in den Gliedern, sie ahnten, daß die große Sache, die von Hindenburg & Co. geführt wurde, sehr schief gehen würde. Man hatte eine exaltierte und romantische Einstellung zur Kunst und zu allen Kulturwerten. Es zeigte sich das alte Phänomen der deutschen Geschichte, daß Deutschland das Land der Dichter und Denker wird, wenn es einzusehen beginnt, daß es als Land der Richter und Henker abgewirtschaftet hat. Die Deutschen begannen sich im Jahr 1917 schon stark auf ihre Seele zu besinnen. Eine natürliche Abwehraktion einer bis zum äußersten getriebenen, abgehetzten und ausgesogenen Gesellschaft. Das war die Zeit, in der der Expressionismus anfang Modesache zu werden, da er seiner ganzen Einstellung nach dem Rückzug und der Müdigkeit des deutschen Geistes Vorschub leistete ... Der Expressionismus, der den Deutschen so viele willkommene Wahrheiten brachte, war demnach durchaus eine "nationale Tat". In der Kunst wollte er Abkehr von jeder Gegenständlichkeit, Verinnerlichung, Abstraktion.«

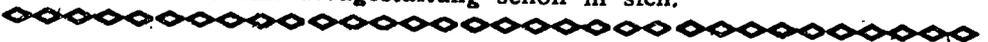
Dieser elfenbeinerne Turm, in den sich die Kunst geflüchtet hatte, wurde durch das Auftreten der Dadaisten gesprengt. Der Dadaismus, eine Züricher Artistenangelegenheit, wuchs sich in Deutschland schnell zum politischen Aktivismus aus. Er erstrebte mit negativen Mitteln positive Wirkungen. Die Berliner Dadasoireen nahmen manchmal den Charakter politischer Ver-

sammlungen an. Dada hatte sich, statt weiter Kunst zu machen, einen Gegner gesucht, stellte sich in direkten Gegensatz zu abstrakter Kunst, betonte den Kampf, die Bewegung. Hieraus erwuchs endlich Protest, positives Bekenntnis, Wille zur Tat.

Aus der Dadaistenbewegung gingen in Deutschland die paar wirklich politischen Künstler: George Grosz, Otto Dix, Rudolf Schlichter, Georg Scholz, hervor. Das sind kämpferische Geister, die sich konsequent für die Bestrebungen des Proletariats einsetzten, sich an den politischen Kämpfen aktiv beteiligten. Als strenge Beobachter wandten sie sich dem Gegenständlichen zu, der Wirklichkeit, die sie mit provokatorischer Aufrichtigkeit bloßstellten. Die prägnante Sachlichkeit ihrer Werke enthüllt die Physiognomie dieser Zeit. Sie verwandeln die Welt in ein zynisches Variété, bilden sie zum Lachkabinett mit grotesken Monstrositäten um, machen lächerlich und entlarven zugleich. Sie kämpfen für eine neue Weltordnung. Sie verzeichnen mit kalter Strenge den Tatbestand. Sie lassen den Aufschrei eines vergewaltigten Ethos hören. Einer der ihrigen ist auch der Flame Frans Masereel, der während des Krieges für die Genfer Tageszeitung La Feuille politische Zeichnungen machte: zur Bekämpfung des Krieges und der aus ihm hervorstachsenden Hydra der Schieber. Tiefe Menschheitsliebe steigerte seine Erfindungskraft, erlaubte ihm täglich das gleiche Thema neu abzuwandeln. Mit vitaler Energie machte er seine Mittel seinen Zwecken dienstbar, er steigerte die Ausdruckskraft seiner Blätter, er ließ neue und weitere Zusammenhänge erkennen.

Frei von solchen Tendenzen ist das Werk der Käthe Kollwitz. Reine Menschlichkeit wurde in ihr aktiv. Es ist erstaunlich, mit welcher Kraft sie ihre Mittel beherrscht. Das Gegenständliche wird durch die Stärke ihrer Vision in eine geistige Sphäre gerückt. In einer Holzschnittfolge Krieg berichtet sie über die Weltkatastrophe. Sie objektiviert darin ihr persönliches Erleben und gibt es dann in markanten Blättern von kaum je erschauter Eindringlichkeit wieder. Das Opfer der Mutter, die Hingerissenheit der Freiwilligen, die nichts von sich, alles von der Sache fühlen, die Trauer der Eltern, das Zusammenbrechen der Witwe, die durch das gemeinsame Leid zusammengeschlossenen Mütter und vor allem das unsagbar Stumpfe und darum bis ins Letzte Erschütternde des Volkes, an dem sich ein nicht begriffenes, aber alles umgreifendes Schicksal vollzieht, stellt sie völlig unpathetisch dar: ohne Attribute, mit unendlicher Schlichtheit und gerade darum mit absoluter Größe des Ausdrucks.

Die Blätter der Käthe Kollwitz sind das einzige wahrhaftige Zeugnis einer direkten Wirkung des Krieges auf die Kunst in Deutschland. Allerdings ein Zeugnis, das noch nach Generationen in die Seelen der Menschen dringen wird. Daß bei den anderen die Aufnahmeorgane nicht ausreichten, um die Gewalt des äußeren Ereignisses innerlich zu fassen und sich selbst so als Teil der Gemeinschaft zu empfinden, daß deren Geschick, wie bei Käthe Kollwitz, als das eigene erlebt wird: dieses Nichtsein soll nur festgestellt, nicht beurteilt werden. Wir müssen annehmen, daß die Generation unserer Zeit es als ihre Pflicht empfindet die Dinge selber zu gestalten und nur darum es verabsäumt sie darzustellen. Aber eine Darstellung wie die Kollwitzsche schließt eine Neugestaltung schon in sich.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Ludwig Quessel

Italienisch-griechischer Konflikt Am 27. August wurde die mit der Grenzfestsetzung beauftragte italienische Mission auf griechischem Gebiet bei Janina ermordet. Die Mörder hatten das albanische Automobil, das dem italienischen vorausfuhr, unbehelligt gelassen, sie hatten auch nicht das griechische Automobil, das infolge einer Panne etwas verspätet an den Ort des Überfalls gelangte, angegriffen sondern sich lediglich gegen die Insassen des italienischen gewandt. Da sich keinerlei Raubabsichten bei dem Verbrechen nachweisen ließen, mußte man es als einen politischen Mord auffassen, der augenscheinlich gegen Italien gerichtet war. Den Tätern gelang es unerkannt in die albanischen Berge zu entkommen. Bald nachdem in Rom das Attentat bekannt geworden war, entschloß man sich Griechenland dafür verantwortlich zu machen. Mussolini klagte die griechische Regierung zwar nicht offen des Mordes an, aber er ließ in seinen Kundgebungen durchblicken, daß er sie als verantwortlich betrachtete. Italien richtete deshalb 2 Tage nach dem Mord, am 29. August, an Griechenland ein sehr scharfes Ultimatum, das eine Reihe von Sühnehandlungen vorschrieb und die Zahlung von 50 Millionen Lire verlangte. Am 30. August antwortete Griechenland in einer Note, in der es den Völkerbund als Schiedsrichter anrief und die Zahlung der 50 Millionen Lire verweigerte. Am Tag darauf besetzte Italien die Insel Korfu, wobei eine alte Zitadelle und eine Kaserne bombardiert wurden, in der sich 150 Gendarmen befanden. Man kann wohl annehmen, daß diese nicht daran dachten aktiv gegen eine Kriegsflotte und ein Landungskorps von mehreren Tausend Mann vorzugehen. Die Besetzung von Korfu bestimmte die griechische Regierung sich an die Botschafterkonferenz in Paris zu wenden. Durch die Noten vor und nach der Besetzung Korfus rief Griechenland gegen Italien 2 Gerichtshöfe auf: die Botschafterkonferenz und den Völkerbundsrat. Dieser nahm am 1. September von Griechenland ein Exposé entgegen, was Italien veranlaßte am 5. September die Zuständigkeit dieses internationalen Gerichtshofs zu bestreiten. Demgegenüber erklärte am Tag darauf der Völkerbundsrat, auf einen Vor-

schlag Quinones de Léons, daß er in dieser Sache zuständig sei. Und indem er die Protokolle seiner Sitzungen offiziell der Botschafterkonferenz zusandte, entstand eine gewisse Zusammenarbeit beider Körperschaften. Am 7. September sandte die Botschafterkonferenz an Griechenland eine Note, die wesentliche Anregungen des Völkerbundsrats enthielt und die Forderungen Mussolinis nicht unerheblich abschwächte. Die griechischen Sühnehandlungen sollten, anstatt allein gegenüber Italien, auch gegenüber England und Frankreich ausgeführt werden, was ihnen das Demütigende nahm. Des weitern bestimmte die Konferenz, daß die 50 Millionen Lire von Griechenland auf einer Schweizer Bank zu hinterlegen und an Italien erst dann auszuzahlen seien, wenn die Schuldigen nicht entdeckt werden sollten. Am 9. September nahm Griechenland die Forderungen der Botschafterkonferenz an, worauf Italien Korfu freigab. Damit war der Konflikt liquidiert, um dessen friedliche Beilegung die französischen Vertreter in der Botschafterkonferenz und im Völkerbundsrat sich verdient gemacht haben.

Fiumefrage Der italienisch-griechische Konflikt übte, wie kaum anders zu erwarten war, auch einen starken Einfluß auf die Lage in dem Fiumefreistaat aus, dessen Fortbestehen gegenüber italienischen Annexionsabsichten von Belgrad verlangt wird, wenn an der Adria ferner Friede herrschen solle. Infolge der Unsicherheit der Lage legte am 17. September der Vizepräsident der Verfassungsgebenden Versammlung von Fiume, Depoli, der seit März 1922 die Regierung von Fiume leitete, sein Amt nieder. Daraufhin ernannte der italienische Ministerrat den General Giardino zum Militärgouverneur von Fiume und erteilte ihm den Auftrag die öffentliche Ordnung in dem kleinen Freistaat zu sichern und seine Verwaltung wahrzunehmen. Jugoslawien wurde von Rom dahin verständigt, daß die Ernennung des Generals Giardino keine Änderung des Status des neutralen Staates bedeute. Begründet wurde diese Maßregel mit der Erklärung, Italien sehe keinen andern Weg das Chaos und die Anarchie in Fiume zu beenden. Man begreift leicht, daß diese Mitteilungen in Belgrad um so weniger beruhigend wirken konnten, als dort bekannt gewor-

den war, daß Bulgarien zur Ausrüstung von Banden in Mazedonien gewaltige Kriegsmateriallieferungen erhalten hatte (250 000 Gewehre, 4000 Maschinengewehre, 600 Geschütze), die als von Italien herrührend angesehen wurden. Kein Wunder, daß Jugoslawien im Fall eines militärischen Konflikts mit Italien auch mit offenen oder versteckten Feindseligkeiten Bulgariens rechnen zu müssen glaubt. Eine wirkliche Lösung der Fiumefrage ist noch nicht gefunden worden (siehe auch die Rundschau Nationale Bewegung, in diesem Band Seite 624 f.). Die Beilegung des italienisch-griechischen Konflikts wirkte abschwächend auch auf den italienisch-serbischen. Ob die Zukunft einen Ausgleich der Gegensätze an der Adria bringen wird, muß abgewartet werden.

Tangerstatut Am 12. Dezember unterzeichneten die französischen, englischen und spanischen Bevollmächtigten auf der Tangerkonferenz in Paris das neue Übereinkommen über den Bau und die Verwaltung des Hafens Tanger. Man weiß, welche Rolle die Tangerfrage seit Beginn dieses Jahrhunderts gespielt hat. Im Jahr 1902 brachte sie die französisch-englischen Verhandlungen über Marokko zum Scheitern. England beanspruchte damals den Besitz dieser Stadt, um die Straße von Gibraltar auch von der afrikanischen Seite her zu beherrschen. Die Meerenge wäre damit England ganz ausgeliefert gewesen, was Frankreich bestimmte den britischen Vorschlag abzulehnen. Die 1904 wieder aufgenommenen Verhandlungen endeten mit geheimen und öffentlichen Vereinbarungen, aus denen die Entente cordiale zwischen England und Frankreich hervorging, die bekanntlich ihre Spitze gegen Deutschland richtete. England verzichtete nun zwar auf die Hoffnung sich in Tanger niederzulassen, aber es legte eine politische Hypothek auf diese Stadt. Frankreich mußte sich verpflichten den »besondern Charakter« Tangers in einem Statut anzuerkennen, über dessen Interpretation seit 21 Jahren gestritten wird. Um die Bedeutung Tangers richtig zu würdigen, muß man sich erinnern, daß der Zugang zu den beiden abendländischen Meeren durch 3 Meerengen erfolgt: Gibraltar, Suez und die Dardanellen. Vom Standpunkt Europas aus gesehen ist Gibraltar die wichtigste. Die Dardanellen führen in das Schwarze Meer wie in eine maritime Sackgasse. Der Suez-

kanal erleichtert lediglich den Zugang nach Indien. Die Meerenge von Gibraltar dagegen verbindet Süd- mit Nordeuropa, Vorderasien und Nordafrika mit den westlichen und nördlichen Ländern Europas. Was Frankreich im besondern betrifft, so stellt die Straße von Gibraltar die Verbindung zwischen seinen Mittelmeerhäfen und denen des Atlantischen Ozeans her, weshalb französische Geographen sie auch den "Kanal unserer beiden Meere" nennen. Frankreich sieht nun an dem Kanal seiner beiden Meere England drohend in seiner Festung Gibraltar sitzen und Spanien als den Herrscher über den größten Teil der beiden Küsten. Man begreift, daß Frankreich ein Gegner jener britischen Politik sein muß, die es nicht zulassen will, daß es sich in Tanger ähnlich wie England in Gibraltar und Spanien in Ceuta einen festen Platz an dem Kanal seiner beiden Meere errichtet. Dazu kommt die große Bedeutung, die Tanger als Hafenplatz für das unter französischer Oberhoheit stehende Scherifenreich hat. Die Neutralisierung Tangers, die das Statut von 1904 vorsieht, besagt im Grunde, daß die Wirkung der Kanonen von Gibraltar nicht durch die Kanonen von Tanger gefährdet werden darf. Darauf besteht England. Auch im neuen Statut von Tanger findet sich die Bestimmung, daß dieser Hafenplatz nicht befestigt werden dürfe. Der Standpunkt der britischen Admiralität ist also auch jetzt bei den Pariser Verhandlungen in diesem Punkt voll gewahrt worden. Dagegen hat es Frankreich durchgesetzt, daß der Sultan als Souverän Tangers anerkannt worden ist, so daß, wenn man von der Fremdenkolonie, die besondere Rechte autonomer Natur besitzt, absieht, auch Tanger nunmehr unter französischer Oberhoheit steht. Bei den Verhandlungen über das neue Statut von Tanger war England natürlich bemüht die Gegensätze zwischen Frankreich und Spanien in der Tangerfrage möglichst zu vertiefen. Dank dem Entgegenkommen der französischen Diplomatie gegenüber Spanien scheint dies aber nicht gelungen zu sein. In Paris ist man sich darüber klar, daß auch Spanien die Straße von Gibraltar als den Kanal zwischen seinen beiden Meeren in Anspruch nehmen kann, daher die spanischen Wünsche weitgehende Berücksichtigung verdienen. Frankreich wünscht aufrichtig, daß diese Wunde, die die französisch-spanischen Beziehungen bisher sehr ungünstig beeinflusste, sich endlich schließen möge.

Kurze Chronik Die für die Wiederaufnahme der Arbeit an der Ruhr von Deutschland vorgeschlagene deutsch-französisch-belgische Kommission wurde am 10. Oktober von der belgischen und der französischen Regierung einmütig abgelehnt, da beide Siegerstaaten im *Ruhrkrieg* die Einmischung Berlins in die Ruhrangelegenheiten für den Neubeginn der Sachleistungen als ungünstig ansahen. Die Arbeitsaufnahme ist mittlerweile so weit gediehen, daß Frankreich und Belgien das Aufhören des passiven Widerstands im Ruhrgebiet am 10. Dezember amtlich festgestellt haben. ◊ Der Präsident der Tschechoslowakischen Republik traf am 16. Oktober in Paris ein, um einheitliche Richtlinien für die *tschechisch-französische Politik* festzulegen. ◊ Am 10. November wurde in Warschau ein Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen *Polen und Finnland* unterzeichnet. ◊ Die Nationalversammlung von Angora proklamierte am 30. Oktober die *Türkische Republik*, zu deren Präsidenten Mustafa Kemal gewählt wurde.

Innenpolitik / Hermann Schützinger

Deutschland Die deutsche Republik ist, das darf man bei der Beurteilung der Vorgänge der letzten Monate nicht vergessen, nur das Notgebilde eines Zusammenbruchs. Ein neues, einheitliches Deutschland war im November 1918 nicht geschaffen worden; nur die dynastischen Spitzen waren abgebrochen, sonst hatte sich wenig verändert. Der Reichspräsident glaubt nun das Erzeugnis des 11. August 1919 lediglich durch die eiserne Zange des militärischen Ausnahmezustands zusammenhalten zu können. Vielleicht hat aber gerade die Starrheit dieses Ausnahmezustands, der in den Händen politisch wenig versierter Militärs zu einem peinigen Knebel statt zu einem Kraftelement des staatsbeherrschenden Massenwillens geworden ist, dazu beigetragen das deutsche Volk der notdürftig begonnenen Selbstregierung wieder zu entwöhnen. Die Ungleichheit in der Handhabung dieses gefährlichen Instruments hat in den angeblichen Zentren der verfassungsfeindlichen Bewegung in Deutschland, nämlich in Sachsen und Bayern, schwere Erschütterungen ausgelöst. Gegen Sachsen wurde eine "Polizeiaktion" eingeleitet, um wieder "verfassungsmäßige Zustände" herzustellen. Eine moderne Polizeiaktion gegen die Bevölkerung eines

Industriestaats muß, wenn sie nicht zum offenen Brand führen soll, in erster Linie mit polizeilichen, dann erst mit militärischen Methoden durchgeführt werden. Die natürliche Folge einer nichtpolizeilichen Aktion zeigte sich darin, daß man an allen Ecken und Enden des sächsischen Wirtschaftsgebiets Verzweigungsakte der Bevölkerung erlebte. So wird eine kommunistische Putschbewegung in Mitteldeutschland künstlich genährt, die im Verein mit der bayrischen Fronde gegen das Reich den Bestand der Republik ernstlich gefährden kann. Kein Verbot, nur positive Politik hilft. Es hat keinen Zweck sich die Augen zu verbinden und gegenüber den Gesetzen der Staatenbildung Wunder zu erwarten. Da man nicht die Einsicht und den Mut gehabt hat rechtzeitig die deutschen Staatsnotwendigkeiten zu erfüllen (Neugliederung des Reichs, Innenaufbau mit Hilfe eines produktiven Zweikammersystems, Neufundamentierung der Außenpolitik im kontinentaleuropäischen Sinn), so lockern sich die Steine vom Bau der Weimarer Verfassung an der Donau und am Rhein. Ob die deutsche Arbeiterklasse, die als Vertreterin des deutschen Einheitsstaats und der europäischen Völkerdemokratie auftritt, die Macht besitzt den Zerfall des Reiches zu verhüten, steht dahin. Man darf jedenfalls nicht verkennen, daß sich ihre Vertretung, Partei wie Gewerkschaft, durch ihr Versagen in den 5 Jahren seit Beendigung des Weltkriegs, durch ihre Mißachtung der Aufbauerfordernisse, durch ihre Ablehnung der notwendigen Produktionserhöhung, durch ihre schablonenhafte Arbeiterpolitik und ihre atloliberal-anglophile außenpolitische Einstellung selbst um Macht und Ansehen gebracht hat. Es bedarf jetzt einer grundsätzlichen Neuorientierung und einer gewaltigen Kräftekonzentration, um das verlorene Terrain wiederzugewinnen.

Die nächste Aufgabe der deutschen Innenpolitik ist: das Kabinett Marx, das sich am 1. Dezember konstituiert hat, zu einer gesamtpolitischen Arbeitsgemeinschaft auszubauen. Das ist aber nur auf der Basis einer neuen Außenpolitik möglich, die das Schicksal Deutschlands trägt.

Frankreich Die innere Entwicklung hat in Frankreich dazu geführt, daß breite Schichten der Bevölkerung eine entschieden friedensfreundliche und verständigungsbereite Richtung unterstützen, um deren politische Auswertung sich die Ligue française

pour la défense des droits de l'homme et du citoyen mit ihren jetzt 120 000 Mitgliedern (in über 1000 Sektionen) bemüht. Seit ihrer aus der Dreyfusaffäre herrührenden Gründung haben sich in der Liga für Menschenrechte die hervorragendsten Vorkämpfer der Völkerveröhnung wie Fernand Buisson, Gabriel Séailles, Sève zusammengefunden. Über diese vor allem in der französischen Volksschullehrerschaft lebendige Richtung zur kontinentaleuropäischen Verständigung hin unterrichtet eine Schrift Rudolf Lehmanns Die französischen Volksschullehrer als Schrittmacher der Friedensbewegung /Ludwigsburg, Verlag Friede durch Recht/. Der Ständige Ausschuß der französischen Lehrerverbände, der Amicales, unterzeichnete 1912 für seine 98 000 Mitglieder eine Petition an die Regierung, in der eine unkriegerische Lösung aller Konflikte gefordert wird. Daß auch während des Krieges diese Stimmung der Verständigung in der französischen Lehrerschaft nicht erstorben war, beweist eine Resolution der Lehrer des Seinedepartements von 1916. Diese Lehrer gehen in ihrer Abneigung gegen jede nationalistische Beeinflussung der Jugend so weit, daß sie sogar jeden Versuch die Jugend auf die militärische Schulung vorzubereiten (also das, was man bei uns im Krieg die Ertüchtigung nannte) strikt ablehnen, weil sie darin eine Gefahr für die Gesinnung sehen. Das geistige Frankreich, das Frankreich der France, Barbusse, Jouve, Vildrac, das Frankreich, in dem unter anderen eine mutige Lehrerin, Madeleine Vernet, in der Wochenschrift La Mère Educatrice unaufhörlich gegen den Haßgedanken kämpft, ist in Deutschland so gut wie unbekannt.

Das französische Volk selbst ist nicht im entferntesten "imperialistisch"; es will den Frieden, aber es hat durch den Krieg so viel gelitten, daß es sein seelisches Gleichgewicht noch nicht ganz wiedergefunden hat. Ein tiefempfundenes und klar herausgearbeitetes Bild der Geistesverfassung des modernen Frankreichs gibt uns das von der Weltjugendliga in Wien herausgegebene Buch Georges Walz' Das andere Frankreich, das hier schon mehrfach besprochen wurde (siehe die Rundschau Geistige Bewegung, in diesem Band, Seite 371 f.). Im Mittelpunkt der Schrift steht die von dem französischen Abgeordneten Marc Sangnier im Dezember 1921 veranstaltete Pariser Zusammenkunft pazifistischer Jugendverbände aller Länder. Dieser Faden wurde im

Juli dieses Jahres in Hellerau bei Dresden und dann im August in Freiburg im Breisgau von Marc Sangnier weitergesponnen. Der Freiburger Kongreß war durch und durch von dem Willen zur Verständigung zwischen den deutschen (hauptsächlich den jungkatholischen) und den französischen Vertretern getragen (siehe hierüber auch den Artikel Kochs Die Jugend und die deutsch-französische Verständigung, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 533 ff.). Für die deutsch-französische Verständigung von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die in Frankreich und Belgien viel gelesene Monatsschrift Europe, herausgegeben von René Arcos und Paul Colin /Paris, F. Rieder & Cie./. Vor allem marschiert der Verständigungsgedanke in der französischen Jugend. 2 Studentenversammlungen der Weltjugendliga in Paris, in der angesehene Politiker und Gelehrte, wie Painlevé, Godard und Aulard, sprachen, hatten außerordentlichen Erfolg. Seit kurzem erscheint auch in Paris eine internationale Jugendzeitschrift La Jeune Europe. Von der selben Seite wurde auch eine internationale Studiengruppe L'Effort gegründet.

Um über die wahre Volksstimmung in Frankreich informiert zu sein, muß man vor allem die große Provinzpresse, den Progrès de Lyon, den Petit Marseillais, die Dépêche de Toulouse, von Pariser Blättern die Ere Nouvelle, die Jeune République, den Progrès Civique und andere lesen. Der Progrès Civique zum Beispiel, mit einer Auflage von 150 000, hat im Frühjahr einige ganz ausgezeichnete Artikel von Caillaux und Charles Gide über die Undurchführbarkeit des Versailler Vertrags gebracht. In Straßburg erscheint die République, ein Blatt, das durch sachliche und vornehme Kritik wohlthuend von der chauvinistisch klerikalen Presse des (nach bei uns anscheinend unausrottbarer Auffassung "deutschen", in Wahrheit überfranzösischen) frühern Reichslands absticht.

Die französische Innenpolitik ist zurzeit von den Ausstrahlungen des Reparationsproblems und der in ihm zum Ausdruck kommenden französisch-englischen Auseinandersetzung, dem Kampf gegen die Teuerung und der Nähe der allgemeinen Wahlen, die im Mai 1924 stattfinden sollen, beherrscht. Man erkennt bereits die wichtigsten Umrisse des bevorstehenden Kampfes. Der "Ruck nach links" ist im heutigen Frankreich unverkennbar geworden. Die Hauptursache dafür liegt in dem Antiklerikalismus, der weite Kreise

in Frankreich erfaßt hat, in der Teuerung der Lebensbedürfnisse aller Art durch die Erhöhung aller Lasten und Abgaben und in der natürlichen Reaktion gegen die Herrschaft des Nationalen Blocks. Dabei ist zu betonen, daß die karikaturistische Vorstellung, die wir uns in Deutschland gewöhnlich von dieser parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft machen, den Tatbestand wesentlich verkennt. Wie könnte mit ihr die Umgruppierung wichtiger Teile des Nationalen Blocks zu dem sich bildenden Linksblock und die nicht unwahrscheinliche parlamentarische Unterstützung Poincarés durch diesen Linksblock verstanden werden? Der neue Block der Linken wird hauptsächlich von der Paul Boncour- und Léon Blum-Gruppe der französischen Sozialisten, den Radikalen und dem linken Flügel des Nationalen Blocks, mit Leuten wie Loucheur, Painlevé und Herriot, getragen sein. Die Selbstausschließung der Kommunisten wird es Poincaré unter Umständen möglich machen mit diesem Linksblock zu regieren. Es ist nämlich völlig falsch zu glauben, der französische Ministerpräsident habe sich mit dem bestehenden Nationalen Block vollkommen identifiziert. In Frankreich kann ein Staatsmann, der 7 Jahre lang den Präsidentensitz innehatte, noch dazu in der Zeit einer so außerordentlich nationalen Krise, in einem gewissen Maß außerhalb der Parteien stehen. Jedenfalls wird das französisch-deutsche Reparationsproblem mit einem Linksblock wie mit einem Nationalen Block, mit oder ohne Poincaré, auf der Basis der kontinentaleuropäischen Verständigung gelöst werden müssen.

Die in Aussicht stehenden Kammerwahlen haben bereits zu einem bemerkenswerten Vorpostengefecht geführt, dadurch daß die sogenannte Majoritätsprämie des Wahlgesetzes neuerdings zur Debatte stand. Nachdem der Ministerrat unter dem Vorsitz Millerands sich mit der Prüfung der noch nicht angenommenen Artikel der Wahlrechtsvorlage befaßt hatte, wurde Poincaré ermächtigt für die Beseitigung der Majoritätsprämie ohne Stellung der Vertrauensfrage einzutreten. Die Radikalen beschlossen einstimmig die Beibehaltung der Majoritätsprämie zu fordern. Die Gruppe für das Proportionalwahlrecht, deren Mitglieder verschiedenen Fraktionen angehören, beschloß ihrerseits einstimmig gegen die Beibehaltung der Majoritätsprämie zu stimmen. In der entscheidenden Kammersitzung beantragte zunächst der Radikale Israel,

gemeinsam mit dem frühern Finanzminister Klotz, daß der Artikel 4, der die Beseitigung der Prämie vorsieht, aus der Vorlage ausgeschaltet werde. Nach ihm empfahl Klotz die Annahme des Antrags, der von Marc Sangnier im Namen des Kammerausschusses für das Wahlrecht bekämpft wurde. Hierauf gab Poincaré die kurze Erklärung ab, daß die Regierung im Einvernehmen mit dem Ausschuß um Beibehaltung des Artikels 4 ohne Stellung der Vertrauensfrage ersuche. Die Kammer beschloß dann mit 15 Stimmen Mehrheit die Ausschaltung des Artikels 4 aus der Vorlage; 290 Abgeordnete stimmten gegen, 275 für den Regierungsantrag. Auf die politischen und soziologischen Probleme des Proportionalwahlrechts und seiner Verfälschung durch das Listenwahlrecht in Deutschland und Frankreich soll später hier noch zurückgekommen werden (siehe dazu auch die weiter unten in der Kurzen Chronik mitgeteilte 2. Preisaufgabe der Heidelberger Universität).

Österreich Österreich wird seit der "Rettungsaktion" des Völkerbundes wie ein von Siechtum genesenes Wunderkind bestaunt. Diese gegen die österreichische Sozialdemokratie erzwungene Gesundung eines todkranken Wirtschaftsgebildes zwingt uns zu gründlicher innerer Besinnung über die Produktionsgestaltungskraft unserer Partei. Darüber helfen auch die äußeren Erfolge im Wahlkampf oder wenigstens die Selbstbehauptung der österreichischen Partei nicht hinweg. Die Sozialdemokratie hat auch in Österreich, wenn auch nicht im gleichen Maß wie im Reich, versagt. Es rächte sich eben an ihr der Mangel an staatspolitischer Durchbildung, die Hintansetzung wichtiger Produktionspostulate und der einseitige Drill in der Partei auf das Agitatorische hin. In Wien ward der Zerfall der Monarchie vorübergehend zu einer Kraftquelle für das Proletariat. Die Organisation der Arbeiterklasse, ihre Führung durch Männer, die geistig die Ereignisse meisterten und nicht, wie die deutschen Genossen, immer durch sie vorwärts gestoßen werden mußten, verschafften der Sozialdemokratie einen beherrschenden Einfluß. Aber sie verstand ihn nicht dauernd zu nutzen. Sie fand nicht die Kraft des Entschlusses Trägerin der Produktion zu sein, machte sich vielmehr rein demagogisch-politisch von den Wünschen der im Produktionsprozeß stehenden Wählermassen abhängig. Otto

Bauer betont in seinem Buch *Die österreichische Revolution* (Wien, Wiener Volksbuchhandlung), daß es Aufgabe der Marxisten in solchen Zeiten revolutionärer Gärung und Erregung sei das subjektive Bewußtsein den objektiven Bedingungen und Möglichkeiten der wirtschaftlichen Lage anzupassen. Das bedeutet nicht "bremsen" sondern unter Umständen auch vorwärtstreiben. Dazu hatte die österreichische Partei während der Kampffahre der Nachkriegszeit ein großes Gut bewahrt; ihre Einheit; sie hätte es leicht gehabt alle Kräfte an ihrem Ort nutzbar zu machen. Es wäre auch unrecht, wollte man verkennen, daß sie, anders als die reichsdeutsche Bruderpartei, einiges geleistet hat. Die Schaffung eines republikanischen Heeres durch den Genossen Deutsch ist eine Tat, die in Deutschland Gleichwertiges nicht hat. (Nur dem Wirken Severings in Preußen kommt, in seiner Festigkeit und besonnenen Zähigkeit, ähnliche Bedeutung zu.) Aber in der Hauptsache versagte auch in Österreich die Sozialdemokratie. Den wirtschaftlichen Wiederaufbau überließ man dem Regiment Seipel-Zimmermann; um den Preis des Verlustes staatlicher Selbstbestimmung, an dem also die Sozialdemokratie mitschuldig ist. Heute gehört die Krone zu den stabilsten Valuten, seit Jahresfrist hat sich ihr Wert fortdauernd erhöht und ist dann fast unverändert geblieben. Im Gefolge dieser Wandlung hat sich eine tiefgreifende Gesundung des wirtschaftlichen Gesamtkörpers angebahnt.

Das Defizit ist gegenüber dem Herbst des vorigen Jahres stark zurückgegangen, und besonders die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben sind über alles Erwartete gestiegen. Selbst die hohen Lasten, die durch die starke Arbeitslosigkeit und die Massenpensionierung von Beamten zu tragen waren, konnten kein Gegengewicht gegen diese günstigen Faktoren bilden. Mit Jahresanfang begann die neue Notenbank ihre Tätigkeit, und das Versprechen keine Noten mehr für den Staatsbedarf zu drucken wurde streng innegehalten. Die Deckung der Noten erreichte nicht weniger als 70 % gegenüber einem Sollstand von 20 %. Diese Entwicklung muß sich jetzt noch viel günstiger gestalten, weil seither die große Völkerbundanleihe zustande gekommen ist, aus der der Notenbank bedeutende Mengen an Devisen zufließen müssen. Die Kurssteigerung und Überzeichnung der Anleihe zeigt, daß der Kredit Österreichs im Ausland höher ist als man angenommen hat. Die innere

Reformarbeit hielt gleichen Schritt mit den Auslandskrediten. Der Regierung wurden bekanntlich weitgehende Vollmachten erteilt, um im Rahmen des finanziellen Reformprogramms bis Ende 1924 alle notwendigen Verfügungen ohne Befragung des Parlaments treffen zu können. Ein Hauptproblem bildet die Verringerung der Staatsangestellten; nicht weniger als 100 000 von 240 000 wurden "abgebaut". Seipel zeigt in dieser Frage absolute Festigkeit. Um das Defizit der Bundesbahnen zu vermindern, reduzierte man die übermäßigen Fahrtvergünstigungen der Angestellten und schraubte die Tarife in die Höhe. Die Bundeszuschüsse an die Länder und Gemeinden wurden eingestellt, die Zölle auf Goldbasis erhöht. Mit den Organisationen der Eisenbahngestellten wurde ein Abkommen getroffen, um eine Ausdehnung und bessere Ausnutzung des Arbeitstags zu erzielen. Der Staatshaushalt wurde vollkommen ins Gleichgewicht gebracht. Die Lage der Industrie bessert sich von Monat zu Monat; die Zahl der Arbeitslosen ging von 170 000 im Februar auf 87 000 im August und 50 000 im November zurück.

So bildet Österreich in dem europäischen Ringen zwischen nationaler Diktatur und sozialer Demokratie ein Plus auf der letztgenannten Seite. Was es jetzt geworden ist, verdankt es der notgedrungenen in Angriff genommenen Produktionspolitik, die auch zu einer parlamentarischen Konsolidierung, bei Erhaltung des sozialdemokratischen Elements in Verwaltung und Wehrmacht, führte. Das ist natürlich nur eine Interimslösung. Die eigentliche Lösung muß die Vereinigung Deutsch Österreichs mit dem Deutschen Reich bringen, die, im Oktober 1918 in den Sozialistischen Monatsheften verlangt, beim Novemberumsturz aus Ängstlichkeit und Mangel an konstruktivem Sinn schmählich versäumt wurde. Sie hängt jetzt an der deutsch-französischen Verständigung, die eine allgemeine europäische Aufbaupolitik ermöglicht.

Ungarn

Auch Ungarn, das im Jahr 1919 mit den Gewaltmethoden des Bürgerkriegs allen anderen Völkern Europas vorangegangen ist, will innenpolitisch nicht zur Ruhe kommen. Am 30. August wurden in Budapest 20 Führer einer geheimen Gesellschaft verhaftet, die die Errichtung einer Militärdiktatur anstrebten, um Siebenbürgen von den Rumänen zu befreien. Die hierauf angestellte Untersuchung er-

gab, daß die Staatsbeamten, vor allem die jüngeren, zu einem großen Teil Mitglieder geheimer staatsfeindlicher Organisationen sind. Entschuldigend erklärte der Ministerpräsident Graf Bethlen in der Nationalversammlung, die Ursache dieser Erscheinung sei in der Rachepolitik der Nachbarvölker zu suchen (siehe auch die Rundschau Nationale Bewegung, in diesem Band Seite 627 f.).

Wertvolles Material zum Studium des revolutionären Ungarns hat Oskar Jaszi in seinem Werk *Magyariens Schuld — Ungarns Sühne* /München, Verlag für Kulturpolitik/ zusammengetragen. Seine Warnungen werden neuerdings wieder durch den Fall Ulain aktuell. In den Händen dieses ehrgeizigen "völkischen" Führers der Erwachenden Ungarn wurde ein Vertrag zwischen den Führern der bayrischen und der ungarischen Konterrevolutionäre gefunden, der beide Gruppen zu einem gemeinsamen Schlag gegen die deutsche und die ungarische Verfassung zusammenschweißt und vor allem das Ziel der Niederwerfung Tschechiens (dieses gesunden aller mitteleuropäischen Staaten und, da in gleicher Weise Frankreich wie Deutschland nahestehend, Trägers des kontinentaleuropäischen Gedankens) aufstellt. Die Aufdeckung des ungarisch-bayrischen Putschplans brachte übrigens die Beweise dafür zutage, daß sich bereits beachtenswerte Fäden zwischen Rom, Madrid, Budapest, München und Sofia gesponnen hatten. Das Streben nach einer Arbeitsgemeinschaft der intereuropäischen Fascistenbewegung wird damit sichtbar; inwiefern sie sich verwirklichen soll, muß die Zukunft zeigen. Bei der innern Wesensverschiedenheit beispielsweise zwischen der deutschen völkischen, eine geistige Verengung und Schwächung Deutschlands bewirkenden Bewegung, und dem geistig weiten, den wirklich nationalen Gedanken erfassenden italienischen Fascismus ist ein praktisches Zusammenwirken, wenn sich die verschiedenen Gruppen erst näher kennen lernen, recht unwahrscheinlich.

Italien

Am 28. Oktober fand in Rom unter Entfaltung eines außerordentlichen Prunks die 1jährige Jubelfeier des "Marsches der Fascisten auf Rom" statt. Sowenig eine derartige Parade nach unserm Geschmack ist, muß sie trotzdem als Markstein einer innenpolitisch höchst wichtigen Periode des italienischen Staatslebens gewürdigt werden, zumal sehr beachtenswerte Ausstrahlungen die-

ser Bewegung in politischer und sozialer Beziehung auf dem ganzen Kontinent zu verzeichnen sind.

Damit soll die deutsche nationalsozialistische Bewegung keineswegs auf eine Stufe mit dem italienischen Fascismus gestellt werden. Während in Italien durch den Staatsstreich Mussolinis eine revolutionäre Tat großen Stils ausgeführt wurde, geboren in den Köpfen dissentierender sozialistischer Führerpersönlichkeiten (siehe darüber die Rundschau Sozialistischer Bewegung, in diesem Band Seite 559 f.), nährt sich der deutsche Fascismus, der mit großer sozialer Revolution nichts zu tun hat, lediglich von dem Gezänk zwischen den deutschen Ländern, vor allem von dem Gegensatz zwischen dem Norden und dem Süden, und verneint alle lebenskräftigen Triebe im deutschen Volkstaat. Trotzdem nehmen alle diese lokalen Bewegungen innerhalb eines Teils der europäischen Kulturstaaten (Deutschland, Ungarn, Spanien, Bulgarien) die Zielrichtung nach dem römischen Kapitol und Mussolini, und diese Gemeinsamkeit verdeutlicht sich in Form einer großen reaktionären Welle, die den im Weltkrieg ausgesaugten Wirtschaftsboden des Kontinents überflutet. Das Jahr 1923 ist von der fascistischen Partei nicht unbenutzt gelassen worden. Sie hat durch ihre Parteiangehörigen Besitz von den Staatsstellen ergreifen lassen. Der Nationalismus, der sich aus der bürgerlichen Intelligenz des Landes rekrutiert, verleiht dem Fascismus sein Gepräge. Dann suchte er auch die klerikalen Elemente zu umfassen. Diese Ausdehnung war jedoch von einer schweren Krise innerhalb der fascistischen Partei begleitet. Schon lange hatte es in den regierenden Zirkeln der Provinz gegärt. Überall etablierten sich Winkeltyrannen, die sich in ihrer Stadt oder Provinz Rechte anmaßten, die doch nur der Zentralregierung in Rom zukamen. Das Ziel dieser Gegenströmung gegen den Diktator war: ihm zu bedeuten, daß die von ihm geplante Rückkehr zum normalen staatlichen Leben den fascistischen Unterführern nicht paßte. Die Empörung kam zunächst darin zum Ausdruck, daß der fascistische Zentralrat, die Giunta, einen persönlichen Freund Mussolinis, Massimo Rocco, aus der Partei austieß, weil er in einer Reihe von Artikeln betont hatte, der Fascismus müsse aufhören den Staat als sein Monopol zu betrachten. Die Antwort Mussolinis war, daß er der Giunta befahl zurückzutreten und die Bildung eines neuen Zentralrats verfügte,

den er selbst ernannte. Die neue Giunta erklärte die Ausstoßung Roccas für ungültig und paßte sich schleunigst der Parteirevision Mussolinis an. Mussolini fühlte, daß durch die Rechtsbeugungen seiner Satrapen der Staat aufs schwerste erschüttert werde. Daher seine Tendenz die Parteibefugnisse einzuschränken und die Parteigewalt immer mehr in seine Hände zu bringen, wo sie mit der Regierungsgewalt zusammenfällt.

Rußland Eine russische Innenpolitik im Sinn der europäischen Kulturstaaten gibt es zurzeit in Rußland nicht, da unter dem Druck des bolschewistischen Gewaltregimes ein staatliches Leben nicht gedeihen kann. Über Verfassungs- und Wahlkämpfe ist demnach wenig zu berichten, höchstens über bolschewistische Wahlmethoden: Die Aufstellung der Kandidaten für die dem Namen nach noch existierenden Sowjets erfolgt in offener Stimmabgabe. In der Betriebsversammlung, die von einem bolschewistischen Wahlkommissar geleitet wird, während sämtliche Vorgesetzte ("rote" Fabrikdirektoren) nebst einigen Tschekabeamten am Vorstandstisch Platz nehmen, wird meist einfach die Frage gestellt, wer für die Menschewiki, wer für die Bolschewiki stimmen wolle. Wer nicht pariert, fliegt aus dem Betrieb. Wenn diese Wahlmethode nicht zum Ziel führt, wird den Arbeitern des widerpenstigen Betriebs angedroht, daß dem Betrieb kein Brennholz oder den Arbeitern keine Textilwaren, kein Salz usw. geliefert würden, falls sie nicht "richtig" abstimmen. Als letztes und bestes Mittel die Arbeiter gefügig zu machen gelten Verhaftungen. Sind bei den Wahlen trotzdem noch einige Menschewiki gewählt, dann beginnt der 2. Akt der Tragikomödie. In einer der ersten Sitzungen des neugewählten Rates wird von den Kommunisten ein Antrag auf Ausschluß der menschewistischen Fraktion eingebracht und angenommen. Eine allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber jeder Politik ist die Folge dieser Praxis. So schreibt Rafael Abramowitsch in seinem Buch *Die Zukunft Sowjetrußlands* / Jena, Thüringer Verlagsanstalt/: »Die Arbeitermassen werden indifferent, passiv, weil sie durch die Entwicklung der Dinge getäuscht worden sind und jegliches Interesse nicht nur an den Sowjets sondern überhaupt am politischen Leben verloren haben. Sie versinken immer tiefer im Sumpf des alltäglichen

Kampfes um Brot, Kleidung und Heizmaterialien.« Staatsrechtliche Probleme sind also im bolschewistischen Rußland lediglich im Verband der Sowjetrepubliken zu lösen. In Wirklichkeit repräsentiert das eigentliche sogenannte Sowjetrußland nur einen recht geringen Teil des ehemaligen Zarenreichs. Daneben standen, theoretisch vollkommen selbständig und nur durch Bündnisverträge mit ihm verbunden, die Ukrainische Republik, Weißrußland und die transkaukasischen Republiken (siehe hierzu die Rundschau Nationale Bewegung, in diesem Band Seite 489). Allerdings strebt die bolschewistische Regierung eine Konsolidierung und Zentralisierung an. Diesem Zweck dient die neue Verfassung, die das Zentralexekutivkomitee des sogenannten Bundes der sozialistischen Sowjetrepubliken am 6. Juli dieses Jahres angenommen hat. Aber äußere Zusammenfassungen müssen wirkungslos bleiben, wo der Lebensnerv eines Volkes, seine Produktionskraft, nicht funktioniert.

Kurze Chronik Die Universität Heidelberg hat die folgenden beiden *Preisaufgaben* gestellt: 1. »Macht und Freiheit als Ziele der deutschen nationalen Bewegung von 1848.« 2. »Listenwahlsystem und Führerauslese.« Die Arbeiten müssen bis zum 31. Juli 1924 beim Sekretariat der Universität abgeliefert sein. ◊ In England haben die Parlamentswahlen am 6. Dezember die absolute Majorität der Konservativen, die sie vor einem Jahr errungen hatten, beseitigt. Doch bleiben die Konservativen immer noch die stärkste Partei im House of Commons. Sie haben 261 (bisher 335) Mandate erhalten, die Arbeiterpartei 192 (144), die Liberalen 152 (117); dazu kommen noch 10 Parteilose. Das Wahlergebnis bedeutet also, daß das Zweiparteiensystem (das nach althergebrachter Anschauung die Grundlage des parlamentarischen Regimes bilden soll) in England zurzeit nicht mehr besteht. Die neue Lage, wie die Entwicklung, die zu ihr führte, wird hier ausführlicher dargestellt werden müssen. ◊ Die Wahlen zur Ersten Kammer, die am 27. Juli in Holland, und zwar zum erstenmal nach dem Proportionalwahlsystem, stattfanden, ergaben das folgende Resultat: Den Katholiken fielen 16 Sitze zu (sie hatten bisher deren 21), den Orthodoxen 8 (14), der Christlichhistorischen Partei 7 (7), der Sozialdemokratie 11 (3), der Freiheitspartei 5 (1), den Freisinnigen Demokraten 3 (4).

Staatssozialismus / Julius Kaliski

Währung Als im August die erste Regierung Stresemann als Kabinett der Großen Koalition in Deutschland gebildet wurde, fand sie eine außerordentlich kritische Lage der deutschen Währung vor. Der Ruhrkampf mit seiner Ausschaltung großer Teile der produktiven Wirtschaft Deutschlands und seiner verantwortungslosen Finanzierung durch Inflation hatte das verhängnisvolle Instrument der Reichsfinanzverwaltung, die Notenpresse, nahezu zum Totlaufen gebracht. Das heißt, es war der Augenblick in greifbare Nähe gerückt, in dem eine Deckung des Geldbedarfs durch den Neudruck von Marknoten überhaupt nicht mehr möglich sein würde; bereits war die Tatsache zu verzeichnen, daß die Mark auf gewissen wichtigen Gebieten der Versorgung, besonders in der Landwirtschaft, wegen des rapiden Tempos ihrer Entwertung nicht mehr angenommen wurde, also die notwendige Bewegung der Waren, besonders der Ernte, infolge des Verfalls der Währung ins Stocken geraten mußte. In dieser Situation begann die Regierung Stresemann ihre Währungspolitik, wie es in Deutschland üblich ist, mit einer Plakatierung: Sie versprach zunächst einmal dem Volk in kürzester Zeit ein wertbeständiges Geld zu schaffen, und erst danach begann man darüber zu beraten, ob und wie das Versprechen erfüllt werden könne. Am Anfang dieser Beratung stand ein von dem Abgeordneten Helfferich ausgearbeiteter Plan zur Schaffung eines auf Roggen lautenden Geldes, dessen Ausgabe durch eine besondere, in erster Linie von der Landwirtschaft, daneben aber auch von den Spitzenverbänden der Unternehmer in Industrie und Handel, beherrschte Roggenrentenbank erfolgen sollte. Die Zusage eines wertbeständigen Geldes hinderte die Regierung, den vernünftigen Weg zu beschreiten, nämlich durch eine energische Finanzpolitik im Verein mit einer aufbauenden Wirtschaftspolitik die Notenpresse stillzulegen und die Mark allmählich zu stabilisieren. Und da in den Beratungen der Sachverständigen beim Helfferichschen Plan nur die Ablehnung an den Roggenwert beanstandet wurde, kam schließlich das Projekt der Rentenbank heraus, das die Unterschrift des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Rudolf Hilferding trug, obwohl es mit dessen Standpunkt in der Währungsfrage kaum vereinbar war.

Die Rentenbank wurde auf folgender Grundlage errichtet: Von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes und des Handels einschließlich des Transport- und des Bankgewerbes (Vertreter ist hier immer gleichbedeutend mit Unternehmerverbänden) wird eine Währungsbank errichtet, deren Kapital von 3200 Millionen Rentenmark zur einen Hälfte von der Landwirtschaft, zur andern von Industrie, Handel und Gewerbe aufgebracht wird. Die Währungsbank ist in der Verwaltung und Geschäftsführung selbständig; nur die Wahl des Präsidenten der Bankverwaltung unterliegt der Genehmigung des Reichspräsidenten. Durch Gesetz erwirbt die Währungsbank an allen landwirtschaftlichen Grundstücken eine auf Goldmark lautende Grundschuld in der Höhe von 4 % des Wehrbeitragsverhältnisses von 1913. Die industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe werden in ihrer Gesamtheit zugunsten der Währungsbank mit dem gleichen Betrag in Goldmark belastet wie die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Grundstücke. An dem Kapital der Währungsbank sind die Eigentümer der belasteten Grundstücke und Unternehmungen in dem Verhältnis der von ihnen eingebrachten Schulden beteiligt. Die Währungsbank stellt in der Art einer Hypothekenbank auf Grund der für sie begründeten Grundschulden Rentenbriefe aus, die auf Goldmark lauten und mit 5 % jährlich zu verzinsen sind. Diese Rentenbriefe wiederum bilden die Deckung für Banknoten, Rentenmarkscheine, die die Währungsbank ausgibt, und die sie jederzeit dergestalt in Rentenbriefe einzulösen verpflichtet ist, daß auf 500 Rentenmark ein Rentenbrief über 500 Goldmark gewährt wird. Die Währungsbank muß während der nächsten 2 Jahre dem Reich auf Rentenmark lautende Kredite von insgesamt 1200 Millionen Rentenmark gewähren. Von diesen 1200 Millionen Rentenmark sind 300 Millionen als zinsloses Darlehen zur Verfügung zu stellen, zum Zweck der Einlösung von bei der Reichsbank diskontierten Marktschatzanweisungen des Reichs. Die Währungsbank muß ferner über die Reichsbank und die Privatnotenbanken zur Kreditversorgung der Privatwirtschaft Kredite bis zum Betrag von 1200 Millionen Rentenmark hergeben.

Zwischen dem Erlaß dieses Rentenbankgesetzes Mitte Oktober und der Möglichkeit seiner praktischen Verwirklichung Mitte November lag eine Frist, die nach

der völligen Diskreditierung der Papiermark durch alle diese Beratungen zu neuen Übergangsmaßnahmen drängte. Das Rentenbankgesetz schrieb zwar vor, daß Schatzanweisungen des Reichs von der Reichsbank von dem Augenblick an nicht mehr diskontiert werden dürften, in dem die Ausgabe der Rentenmarkscheine beginne. Da aber in den dazwischen liegenden Wochen die Papiermark noch beliebig (praktisch um weit mehr als 100 Trillionen) vermehrt werden konnte, mußte ihr Kurs rapide weitersinken, und man schaltete kleine Goldanleihestücke des Reichs als "wertbeständige" Hilfszahlungsmittel in den Verkehr ein. Die Ausgabe dieser Goldanleihestücke respektive der auf ihr begründeten Notgelder nahm einen recht erheblichen Umfang an. Hin und her schwankten in dieser Übergangszeit die Ansichten über die Frage, ob ein festes Einlösungsverhältnis für die Papiermark geschaffen werden sollte. Zunächst war an ein solches gegenüber der Rentenmark gedacht, sodann schlug der Bankierverband die spätere Einlösung der Papiermark zu einem festen Kurs in eine Goldanleihe des Reichs vor; man sprach auch von einer Konversionskasse. Verwirklicht wurde keines dieser Umtauschprojekte, sondern es begann nur bei der Ausgabe der Rentenmark das reguläre Absaugen der Papiermark durch den Verkauf der Rentenmark zum Tageskurs, das dann Anfang Dezember zur Folge hatte, daß der Verkehr plötzlich wieder eine starke Vorliebe für die nun nicht mehr vermehrbare Papiermark zeigte, während er der Rentenmark, in der man den Inflations-träger sah, stellenweise mit Mißtrauen begegnete. Um die Dinge vollends zu komplizieren, wurde gleichzeitig durch eine Änderung des Bankgesetzes die Ausgabe von Goldnoten durch die Reichsbank, die durch Devisen oder durch auf Goldmark lautende Wechsel voll gedeckt sein sollten, vorbereitet. Daneben aber spielen noch regionale Versuche der Lösung der Währungsfrage in der Übergangszeit, unter denen besonders die Errichtung einer Hamburger Goldnotenbank und das Projekt der Rheinischen Goldnotenbank zu erwähnen sind, eine Rolle. Da in diesem Durcheinander die behördlichen Maßnahmen vielfach einander widersprachen und kreuzten, wurde, zuerst vom Bankierverband, der Wunsch ausgesprochen eine Zentralstelle des Reichs für die Vereinheitlichung der Währungspolitik zu schaffen. Dem wurde dadurch entsprochen, daß die Regie-

rung den Direktor der Darmstädter und Nationalbank Hjalmar Schacht zum Reichswährungskommissar ernannte. Dieser vertrat aber, vor und nach seiner Ernennung, einen von der Rentenbankregelung stark abweichenden Plan der Währungsanierung; er hatte ein Projekt einer reinen Goldnotenbank ausgearbeitet, die Noten ausgeben sollte, die zu einem Drittel durch Gold oder Devisen und im übrigen durch auf Goldmark lautende Handelswechsel zu decken wären. Diese Goldnotenbank, für die Schacht ausländische Kapitalbeteiligung in Aussicht stellen zu können glaubte, hätte also ähnliche Aufgaben, wie sie nach der jetzt getroffenen gesetzlichen Regelung der Goldabteilung der Reichsbank zugewiesen werden. Mitten in die Übergangszeit fiel der Tod des Reichsbankpräsidenten Havenstein, der nun auch die Frage seiner Nachfolge aktuell machte; als Kandidaten wurden in erster Linie Helfferich und Schacht genannt. Wenn die vorstehende Übersicht über das, was in der deutschen Währungspolitik in den letzten Monaten geschehen ist, nicht gerade eine klare Linie erkennen läßt, so spiegelt sie damit die Wirklichkeit ganz richtig wider. Diese ganze Übergangszeit stand denn auch im praktischen Verkehr im Zeichen der größten Unsicherheiten der Geldbewertung. Zunächst trat ein rapider Sturz der Mark ein, der durch die Festsetzung eines Berliner Zwangskurses für Devisen nicht gehemmt und sogar nur wenig verschleiert werden konnte. In dieser Periode hatten die wertbeständigen Zahlungsmittel (Goldanleihe und Rentenmark) noch Seltenheitswert, und sie wurden im Verkehr höher bewertet, in der Art, daß auf Goldmarkpreise ein Rabatt bei Zahlung in diesen Zahlungsmitteln gewährt oder ein Aufschlag bei der Zahlung in Papiermark erhoben wurde. Anfang Dezember fing nun, wie oben erwähnt, die Papiermark an zu "steigen", und das Aufgeld für die wertbeständigen Zahlungsmittel verschwand. Wie sich diese natürlich zu immer neuen Spekulationen anregenden Wertverschiebungen weiter entwickeln werden, braucht an dieser Stelle nicht erörtert zu werden. Zusammenfassend läßt sich etwa folgendes sagen: Mit der Rentenbank ist eine geldtheoretisch sehr unzulängliche Zwischenlösung gewählt worden, deren politische Bedeutung darin liegt, daß eine Vertretung der privaten Wirtschaft einen starken Einfluß auf das Gebiet der Reichsfinanzen erhalten hat. Des wei-

tern ist festzustellen, daß hinter all den währungstechnischen Kunststücken das Haupterfordernis der Währungs-gesundung; die (faktische, nicht nur rechnerische) Bilanzierung des Reichsetats, zurückgetreten ist, während sie nach wie vor das Zentralproblem bleibt, von dessen Lösung auch das Schicksal aller sogenannten Zwischenlösungen auf dem Währungsgebiet abhängig bleibt. Die Inflation (gleichviel, in welcher Form) kann nur aufhören, wenn die Wirtschaft des Reichs, der Länder und der Kommunen wieder auf eine saubere Grundlage gestellt, und wenn darüber hinaus die Gesamtwirtschaft wieder ausschließ-lich unter dem Gesichtswinkel der Pro-duktion und nicht mehr, wie in den letz-ten Jahren, unter dem der (Valuta-) Konjunktur betrieben wird. Dazu gehört also nicht nur der (selbstverständliche) Abbau des übermäßig angeschwollenen Behördenapparats, sondern vor allen Dingen auch der Abbau des großen Appa-rats der privaten Wirtschaft, der heute im innern Betrieb den hunderterlei Um-rechnungsarbeiten, der Spekulation in Devisen, Effekten und Waren und aller-hand anderen unproduktiven Nebenarbei-ten gift. Alle noch so klug ausgearbei-teten Finanzprojekte sind reine Zeitver-gewand, solange nicht diese beiden Postulate erkannt und befolgt werden:

1. Die Währung muß von der Finanzie-rung der Staatsverwaltung vollständig losgelöst werden; diese hat vielmehr ganz in sich (durch wirkliche Einnahmen und Reduktion der Ausgaben) auf das wirtschaftliche Optimum zu erfolgen.
2. Das Gesamtprodukt der Volkswirt-schaft muß mit Anspannung aller Kräfte so stark erhöht werden, daß die Periode der Geldentwertung nicht durch eine Periode einer sich dauernd steigernden Teuerung abgelöst wird.

Verwaltung Während sich die Staats-verwaltung zu einem Koloss ausgewachsen hat, sind ihre alten Funktionen zum Teil verkümmert, ohne daß sie bisher vermocht hätte sich auf die Lösung der neu entstehenden Aufgaben einzustellen. Bei diesem Zu-stand ist der möglichst rasche Beamten-abbau zur Herbeiführung wesentlicher Ersparnisse unabsehbare Pflicht. Das soll nicht etwa bedeuten (was immer, un-absichtlich oder geflissentlich, damit ver-mengt wird), daß den Beamten niedri-gere Gehälter zu geben seien, sondern daß die Anzahl der Beamten verringert werde. Geschichte das, dann kann und soll

der einzelne Beamte genügend hoch be-soldet werden; das wäre das Äquivalent dafür, daß er dann wirklich seine ganze Kraft der Verwaltung widmet, viel und intensiv arbeitet, woran er jetzt durch die unrationelle Größe des Beamtenkör-pers gehindert wird. Der Beamtenabbau ist also vor allem auch Voraussetzung der Neugestaltung unserer staatlichen Verwaltungen, weil die Einschränkung des Beamtenwesens bis auf das allernot-wendigste Maß die Grundlage eines ernsthaften Aufbaus der Verwaltung bil-det. Der aufgedunsene Behördenkörper macht schlechthin jede Anpassung der Verwaltung an die Erfordernisse des Tages unmöglich; ihnen steht die neue Bureaucratie nicht weniger verständnis-los gegenüber als es die alte je getan hat. Die Idee der Selbstverwaltung ist in der Hauptsache phrasenhaftes Zitat geblieben; sie teilt das Schicksal der Steinschen Reform in den preußischen Gemeinden seit einem Jahrhundert. Einen fruchtbaren Ansatz zur Selbstver-waltung bieten die Steuereinziehungen innerhalb der privaten Unternehmungen durch Gehaltsabzüge, aber bezeichnen-derweise ist auch diese Übertragung von Steuereinziehungsarbeiten an die Arbeit-geber ohne jede Änderung des behörd-lichen Apparats geblieben. Bei einer beseelten Durchführung des hier ange-wandten Prinzips dürfte die Steuerbe-hörde nur zu einem Verrechnungsorgan werden, während alle sonst erforder-lichen Maßnahmen einschließlich der Kontrolle in den Händen der Selbstver-waltungskörper liegen müssen. Natürlich würde das eine Zusammenfassung der einzelnen Gewerbe- und Wirtschafts-zweige zu Gemeinschaften bedingen, wie sie nach dem Programm der Sozialisti-schen Monatshefte, das hier seit Jahr und Tag entwickelt worden ist, gefordert werden. Diese Wirtschaftskörper wären in erster Reihe Mittelpunkte des Pro-duktionsaufbaus unter gleichzeitiger Übernahme von Aufgaben aus den ver-schiedensten Gebieten der staatlichen Verwaltung. So aufgebaute Institutionen würden auch dem Letzten erkennbare Arbeitsziele haben, ungeheure Aufwen-dungen überflüssig machen, daher im besten Sinn produktiv wirken und auch der eigenen Arbeit einen eminenten An-stoß zur Steigerung der Produktivität innerhalb der einzelnen Wirtschafts-zweige geben. Wenn man die Überfülle unproduktiver Arbeiten durch Säuberung der Produktion und der Geldwirtschaft auch aus den Privatbetrieben ausschal-

tete, blieben ohnedies so viel Kräfte frei, daß den Unternehmungen dadurch keine erheblichen Mehrkosten entstünden, daß ihnen bei straffer Produktionsführung selbst eine umfangreiche Tätigkeit im Dienst der staatlichen Verwaltung zugewiesen würde. In jedem Fall aber wären etwa eintretende Mehrkosten gegenüber den Kosten bedeutungslos, die durch den staatlichen Verwaltungsmechanismus der Gesamtwirtschaft auferlegt werden. Das Geheimnis der Erfolge einer wahren Selbstverwaltung liegt eben darin, daß ein Volk, das die sich aus den täglich zu führenden Geschäften ergebenden Verwaltungsfunktionen übernimmt, imstande ist sein Geschick zu bestimmen, also sich selbst zu regieren. Was gegenüber dem behördlichen Mechanismus gilt, gilt auch für andere Organisationen, zum Beispiel die Krankenkassen, die wohl oder übel den Privatbetrieben einen Teil ihrer Tätigkeit übertragen mußten. Das zeigt, daß die beamteten Organe versagt haben; diese sahen sich aber deshalb keineswegs veranlaßt selbst abzudanken sondern dehnten sich vielmehr mit der Verringerung ihrer Leistungen quantitativ bis zur Unerträglichkeit aus.

Wasserwirtschaft

Die *Internationale Donau-Kommission* trat am 16. Juni in Preßburg zu einer Plenarversammlung zusammen, die sich mit Fragen des Transits, der Schifffahrts- und Polizeiordnung befaßte. Außer den Delegierten der Donaustaaten nahmen Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens teil. Die Beschlüsse dieser Konferenz, über die Berichte nicht veröffentlicht worden sind, tragen den Charakter offizieller Übereinkommen. Für den 30. November wurde eine neue Tagung anberaumt; über ihren Verlauf ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden. In der französischen Kammer haben Abgeordnete verschiedener Parteirichtungen eine besondere Gruppe gebildet, um den Bau eines Kanals zwischen dem Schwarzen Meer und dem Atlantischen Ozean zu betreiben; ein Projekt, dem vom Standpunkt der Politik eines kontinental-europäischen Zusammenschlusses erhebliche Bedeutung beizumessen ist. Die Arbeiten zur Ausnutzung der Wasserkraft in Bayern sind rüstig fortgeschritten. Das Walchenseewerk geht seiner Vollendung entgegen. Auch der Ausbau der mittlern Isar ist so weit gefördert, daß nach den vorliegenden Schätzungen nahezu 70 % der Gesamtleistung ausgeführt ist. Das Bayernwerk wird in

kurzer Frist mit allen seinen Bauten fertig sein. Die Beschaffung der Baugelder in einer Zeit täglicher Markentwertung wurde dadurch möglich, daß die Geldanlage wertbeständig gemacht, und die Kredite selbst bis zur Ausnutzung der Werke wertbeständig gesichert wurden. Das erste große Kraftwerk im Main, bei Viereth, geht gleichfalls seiner Vollendung entgegen. Am Lech entstehen neue Kraftwerke, und für die Ausnutzung der Illerwasserkraft ist ein Projekt geschaffen, das der metallurgischen Produktion dienen wird. Zur Ausnutzung der Kraft der untern Isar hat sich ebenfalls eine Gesellschaft gebildet. Der Kreis Unterfranken ist daran in einer Kraftkombination Saale und Sinn auszunutzen, und die unterfränkische Regierung will einige von der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft bereits projektierte Mainstufen sofort als Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bauen.

Kurze Chronik Wie alle staatlichen Betriebe Bayerns sollen jetzt

nach einer Vorlage an den bayrischen Landtag auch die staatlichen bayrischen Salinenbetriebe in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. \diamond In Sachsen wird ebenfalls beabsichtigt die staatlichen Kohlen- und Elektrizitätswerke in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln; sie wird den Namen Aktiengesellschaft Sächsische Werke tragen. Die anderen Staatswerke wie Hütten-, Blaufarbenwerk, Porzellanmanufaktur und Kalkwerk sollen in staatlicher Verwaltung bleiben. \diamond Bei den Verhandlungen der österreichischen Regierung mit den Vertretern der Staatsangestelltenorganisationen Österreichs erklärte der Bundeskanzler Seipel, daß die Regierung lieber zurücktreten wolle als dem Staatsschatz eine Belastung aufzubürden, die er nicht tragen könne. \diamond In Japan will man sämtliche Staatsbudgets stark verkürzen, um die notwendigen Gelder für den Wiederaufbau des Landes nach den Zerstörungen des Erdbebens freizumachen. So will man das Marinebudget für 1923 um 39 Millionen (veranschlagt waren 278 Millionen), das gleiche Budget für 1924 um 41 Millionen (veranschlagt 1929 Millionen) Yen vermindern. \diamond Die spanische Regierung hat für die Ausführung öffentlicher Arbeiten in Marokko $5\frac{1}{2}$ Millionen Pesetas bewilligt; es sollen im Lauf der nächsten 6 Jahre die Landstraßen und Eisenbahnen dort ausgebaut, Landbearbeitung und Viehzucht gehoben werden.

Sozialistische Bewegung / Wally Zepler

Deutschland: Innerhalb der deutschen Parteimeinungskämpfe Sozialdemokratie machen sich in den letzten Jahren immer deutlicher die Zeichen eines innern Umwandlungsprozesses bemerkbar, der sich vorerst freilich mehr in Form einer heftigen Unzufriedenheit großer Teile der Arbeiterklasse mit der offiziellen Parteipolitik sowie einer Ziellosigkeit und Unsicherheit in der Parteiführung auswirkt. Seit der plötzlichen, mehr durch die Zwangsgewalt der politischen Verhältnisse als durch bewußte innere Entwicklung verursachten Schwenkung der Sozialdemokratie zur Führung der Staatsgeschäfte und später zum Koalitionsministerialismus ist dieser politische Verfall offensichtlich zu verfolgen. Der Grund dazu war eben schon in dem Augenblick gelegt, als die geistig längst stagnierende Partei sich vor neue gewaltige Aufgaben gestellt sah, die sie aus ihren überalterten Theorien heraus niemals lösen konnte. Auf der einen Seite stand der in einem Pseudomarxismus erstarrte radikale Flügel, auf der andern ein völlig richtungsloser Anpassungsfetischismus, beides aber rein parteimäßig orientiert, ohne sachlich-politische Zielsetzung. Eben aus diesem Mangel an politischer Substanz schlugen alle von den sozialistischen Parteien bisher versuchten politischen Kombinationen fehl: die rein sozialdemokratischen respektive sozialdemokratisch-kommunistischen Ministerien in Sachsen und Thüringen wie die Koalitionsministerien im Reich. (Nur das preußische Koalitionskabinett hat sich gehalten; und zwar deshalb, weil in Preußen von dem sozialdemokratischen Innenministerium wirklich sachliche Arbeit geleistet wird.) Der Fehler wurde nicht in der Sache, in dem Mangel an einem bestimmten politischen Willen oder auch nur konkreten politischen Anschauungen auf jedem Einzelgebiet gesucht, vielmehr in der Form der politischen Betätigung (Zusammengehen mit den Bürgerlichen, den Kommunisten oder Alleinstehen der Sozialdemokratie, aktive Mitarbeit oder reine Opposition). Freilich hatten auch die früheren Todfeinde jeder Koalitionsregierung, die Unabhängigen, ihren prinzipiellen Widerspruch gegen die Mitarbeit in der Regierung endlich aufgegeben; sobald sich aber in den Vorgängen dieses Herbstes, dem schroffen Auftreten der Reichswehr in dem sozialistisch regierten Sachsen, der Verhängung des Belagerungszustan-

des und dem passiven Geschehenlassen der Umtriebe in Bayern unter einer Reichsregierung, der an hervorragenden Stellen 3 Sozialisten angehörten, die vollkommene Machtlosigkeit der Partei offenbarte, wandten sich die Radikalen von neuem anklagend gegen das System. So wurden jene Vorgänge zum Anlaß der heftigen Mißstimmungsausbrüche, die jetzt überall in der Partei aufflammten und manche bereits einen endgültigen Zerfall der sozialistischen Bewegung in Deutschland fürchten lassen. Besonders war es die Zustimmung der Partei zu den beiden Ermächtigungsgesetzen, die überall auf heftigen Widerstand stieß. Man sah darin eine Preisgabe des parlamentarischen und damit des Einflusses der Partei überhaupt. Schon bei der Abstimmung über das erste Ermächtigungsgesetz für das Kabinett Stresemann, bei der Abstimmungszwang von der Fraktion beschlossen worden war, wahrte die Minderheit ihre Überzeugung, indem sie ihr in einer öffentlichen Erklärung Ausdruck gab. In einer außerordentlichen Sitzung des Zentralvorstands des Bezirksverbands *Brandenburg* am 14. Oktober in Berlin sprach man zwar in der Endresolution der Fraktion die Billigung für ihre Haltung aus, aber auch dort schon hatte sich scharfe Opposition geltend gemacht. Auf der Schlußtagung des Berliner Bezirksparteitags am 21. Oktober dokumentierte sich das Mißtrauen eines großen Teils der Mitgliedschaft besonders in der Rede des Genossen Otto Meier, der verschiedene Mißbilligungsanträge gegen den Vorwärts begründete. Meier griff, und in diesem Punkt mit Recht, scharf die Haltung des Vorwärts im Ruhrkonflikt an. Der Ruhrkrieg habe »eine verfluchte Ähnlichkeit mit dem Weltkrieg« gehabt, auch er sei »bis zum Weißbluten« fortgesetzt worden, und der Vorwärts habe in »bandwurmartigen Artikeln« immer wieder auf die englische Hilfe verwiesen, die nie gekommen sei. Stampfers eingehende Verteidigung konnte die Annahme einer Resolution nicht hindern, in der eine andersgerichtete Redaktionsführung und die Ernennung eines andern Redakteurs für den Vorwärts verlangt wurde. Eine Bezirkskonferenz der *thüringischen* Partei, am 31. Oktober in Weimar, verurteilte die Haltung des Parteivorstands zum Belagerungszustand und zum sächsischen Konflikt. Die Große Koalition habe sich als ein für das Proletariat unerträgliches Experiment erwiesen. In Thüringen müsse die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung erhalten blei-

ben (die damals noch bestand, aber sehr bald darauf ebenfalls in die Brüche ging).

Nach dem zweiten Regierungskonflikt im Reich, dem Zusammenbruch des Ministeriums Stresemann, manifestierte sich die politische Ratlosigkeit, die in unserer Partei wie in allen anderen Parteien herrschte, in noch zahlreicheren Mißfallens- und Mißtrauenskundgebungen. In Dresden trat am 1. Dezember der sächsische Landesparteitag zusammen. Als Vertreterin der Fraktionsminderheit sprach Tony Sender in doktrinärer Weise gegen jede Koalitionspolitik. Es sei in einem stark industriellen Land wie in Deutschland Hauptaufgabe der Sozialdemokratie sich von allem bürgerlichen Einfluß freizumachen. Trotz einem Korreferat Krätzig's nahm man nach sehr lebhafter Diskussion gegen nur 20 Stimmen bei 199 Stimmberechtigten ein Mißtrauensvotum gegen die Reichstagsfraktion an. Auch auf einer Landeskonferenz der thüringischen Sozialdemokratie, in Weimar am 2. Dezember, die nach dem Konflikt mit den Kommunisten in der thüringischen Regierung 'als einzigen Ausweg die Auflösung des Landtags empfahl, brach in der Diskussion die Unzufriedenheit mit der politischen Führung der Gesamtpartei immer wieder durch; hier glaubte man in der Möglichkeit einer spätern Zusammenarbeit mit den Kommunisten den Ausweg zu sehen: als ob nicht gerade diese sogenannten Kommunisten durch ihre völlige Unselbständigkeit und geistige Sterilität jede politische Aktivität unmöglich machten. Am 10. Dezember nahmen dann die Berliner Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre Stellung zu der gegenwärtigen politischen Situation. Crispian, der sich außerordentlich scharf gegen die Zustimmung zu dem neuen, seiner Meinung nach in seiner Wirkung noch verhängnisvollern Ermächtigungsgesetz aussprach und der Partei die österreichischen und englischen Sozialisten als Muster vorhielt, weil sie eine eigene Politik getrieben hätten, erntete stürmischen Beifall. Er habe schon während der Cuno-Krise vorgeschlagen es zu machen, wie es jetzt die englische Labour Party mache: zu fordern, daß eine sozialistische Regierung gebildet werde, die mit einem sozialistischen Programm vor den Reichstag trete und im Fall eines Mißtrauensvotums den Reichstag auflöse. Hildenbrand verteidigte demgegenüber die Politik der Partei. Bei Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes wäre der Reichstag aufgelöst worden. Heute aber, wo

die Deutschnationalen die Wahlen verlangten, hätten wir keine Veranlassung sie heraufzubeschwören. Auch hier war die Diskussion sehr gereizt; die Parteigänger des Vorstandes beschworen die Genossen das gegenseitige Mißtrauen nicht zu verschärfen; man solle sich hüten einer neuen Spaltung die Wege zu bereiten. Die Endresolution verurteilte trotzdem die Zustimmung zu dem neuen Ermächtigungsgesetz, stellte eine Reihe von Richtlinien für die Politik der Partei auf und verlangte von der Reichstagsfraktion eine »klare und sichere selbständige Arbeiterpolitik«. Die gesamte Stimmung auf dieser Berliner Funktionärskonferenz war derart, daß bürgerliche Blätter schon glauben eine Spaltung der Partei voraussagen zu können. Charakteristisch ist vor allem die Angst vor etwaigen Neuwahlen, eine Angst, die man in den glücklichen Zeiten des Aufstiegs der deutschen Sozialdemokratie niemals gekannt hat. Im ganzen ist es also immer der Radikalismus alten Stils, der gegen die offizielle Parteipraxis Opposition macht. Gegen die (allerdings nun ganz leere) Gegenwart der Partei hat sich vorläufig nur die Vergangenheit erhoben, noch nicht die Zukunft. Die alte Angst vor dem Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien läßt kein Neuland erkennen. Und doch tut man gut daran in dieser ganzen Entwicklung nicht nur die Symptome einer Zersetzung zu sehen sondern auch ein langsames, noch nicht erkennbares Neuwenden zu fühlen, den Beginn einer tiefgreifenden theoretisch geistigen Umbildung des Sozialismus, der in der Praxis dieser 5 Jahre versagt hat, der aber gerade darum seine Zukunft nicht preisgibt.

Kurze Chronik Aus dem Wunsch nach innerer Gesundung der Arbeiterbewegung gingen die *Einigungsverhandlungen* hervor, die an verschiedenen Orten zwischen den Parteigruppen unter einander wie zwischen Gewerkschaften und Partei gepflogen wurden. So eine Konferenz in Hamburg am 8. Oktober zwischen Vertretern der 3 politischen sozialistischen Parteien, dem Ortsausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Vollzugsrat der Betriebsräte. Am 17. Oktober fanden auch in Berlin Einigungsverhandlungen solcher Art statt. (Jede formale Einigung, selbst wenn sie eine Weile bestünde, bliebe sinn- und damit machtlos, solange nicht eine bestimmte politische Zielsetzung damit verbunden ist. Schablonenhafte Eini-

gungsbestrebnungen alter Art, bei denen die Partei Selbstzweck ist, können die ersehnte Gesundung niemals herbeiführen.) ◊ Am 15. November trat in Wien der Parteitag der Sozialdemokratie *Deutsch Österreichs* zusammen. Es nahmen an ihm 388 Delegierte teil. Die Begrüßungsrede hielt Karl Kautsky, der wieder nach seiner österreichischen Heimat verzogen ist. Bei insgesamt 6 Millionen Einwohnern in Österreich besitzen die Gewerkschaften 1 050 000 Mitglieder, die Partei 500 000; die Arbeiterzeitung hat eine Leserschaft von 102 000. Die Nationalratswahl am 19. Oktober brachte der österreichischen Sozialdemokratie 1 300 000 Stimmen (gegen 1 072 709 im Jahr 1920). ◊ Die *englischen* Parlamentswahlen am 6. Dezember brachten der Labour Party einen großen Erfolg, der die von MacDonald auf der letzten Konferenz der Partei vorausgesagte rasche Aufwärtsentwicklung bestätigte. Sie erhielt etwa 4 ½ Millionen Stimmen, gewann 48 Mandate, verfügt also jetzt über 192. Unter den mit großer Mehrheit gewählten Sozialisten befinden sich neben MacDonald Smillie, Morel, Webb, Hodges, Snowden, Lansbury, Wallhead und Margaret Bondfield.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Georg Chaym

Massenpsychologie Bisher hat die zünftige Psychologie die Aufgabe, die ihr Willy Hellpach schon 1903 in seinem Werk *Die Grenzwissenschaften der Psychologie* stellte: »sozialpsychische Erscheinungen zu beschreiben und dann zu zerlegen«, noch kaum in Angriff genommen; sie überließ sie den Soziologen. Selbst Wundt hat in seiner *Völkerpsychologie* nicht die Mechanismen der psychischen Vorgänge in der Völkergeschichte untersucht sondern sich in der Hauptsache auf die Beschreibung der »Geisteserzeugnisse« in der *Völkerpsychologie* beschränkt und seinem Werk damit in erster Linie historischen Charakter gegeben. Dagegen lieferte die Psychoanalyse, deren Zentralbegriff, die »Verdrängung«, die Verkettung des einzelnen in die Sittengesetzlichkeit der Gemeinschaft voraussetzt, bereits viele Beiträge zur Sozial- und Völkerpsychologie im engern Sinn. So Sigmund Freuds Totem und Tabu /Wien, Hugo Heller & Co./; dann zahlreiche Beiträge in der *Imago*, Zeitschrift für Anwendung der Psychoanalyse auf die Geisteswissenschaften /Wien, Internationaler Psycho-

analytischer Verlag/ (zum Beispiel *Die Bedeutung des Salzes in Sitte und Brauch der Völker* von Ernest Jones, *Über das Volksepos* von Otto Rank und andere). Ein Versuch diese Gedankenzusammenhänge systematisch zu erfassen liegt jetzt in der Schrift von Aurel Kolnai *Psychoanalyse und Soziologie* /Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ vor. Die Anwendung der Psychoanalyse auf die Soziologie geht im Grunde recht schematisch vor sich: die in der Individualanalyse, zumeist an neurotischem Material gewonnenen Ergebnisse oder vielmehr von der psychoanalytischen Theorie postulierten Mechanismen werden auf soziale Wirkungszusammenhänge übertragen. Allerdings, das gibt Kolnai zu, »der Parallelismus der individuellen und der sozialen Seele hat seine Schranken«. Dieser Parallelismus besteht nur für die einfacheren kollektiven Ideen wie etwa die Symbolisierungen des Inzests, der grundlegenden sexuellen Partialtriebe, der Ambivalenz (das heißt der sich in dem selben Individuum aktivierenden gegensätzlichen GefühlsEinstellung zu der selben Person). Es habe sich weiter gezeigt, daß diese kollektiven Ideen wie in der Individual- so auch in der Massenseele nur auf einer primitivern Stufe vorherrschen, daß die Wurzel der primitiven gesellschaftlichen Homogenität und Solidarität in der Sexualität liegt, daß der Mythos dem Traum des Individuums und die Religion der Zwangsneurose analog sind. Auch in dem Verhältnis des Individuums zur Gesellschaft werden, hauptsächlich für das Sexualeben, Analogieen und Identitäten aufgezeigt; so sei nur erwähnt, daß die Psychoanalyse die Wurzel aller Sozialreform in der libidinös fundierten »Auflehnung gegen die väterliche Autorität« sieht. Ein charakteristisches Beispiel für die Anwendung der Psychoanalyse auf die Soziologie ist die Schrift *Sigmund Freuds Massenpsychologie und Ichanalyse* /Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/. Freud unterstellt die von fast allen Bearbeitern der Massenpsychologie vertretene These als zutreffend, daß die Affektivität des einzelnen innerhalb einer Masse außerordentlich gesteigert, seine intellektuelle Leistung merklich eingeschränkt ist. Oder, wie *Gustave Le Bon*, der Klassiker dieses Fachs (seine *Psychologie der Massen*, von Rudolf Eisler übersetzt, erschien in 3. Auflage bei Alfred Kröner in Leipzig), es ausdrückt: »Die Hauptmerkmale des in der Masse befindlichen Indivi-

daums sind Schwund der bewußten Persönlichkeit, Vorherrschaft der unbewußten Persönlichkeit, Orientierung der Gefühle und Gedanken in der selben Richtung durch Suggestion und Ansteckung, Tendenz zur unverzüglichen Verwirklichung der suggerierten Ideen.« Für Le Bon sind also die in der Masse wirkenden psychologischen Mechanismen Suggestion und Ansteckung sowie das "Prestige" des Führers oder auch einer Idee. Andere, wie McDougall, sehen die wirksamen Faktoren in dem gemeinsamen Interesse an einem Objekt und in einer direkten Induktion des Affekts. Freud will tiefer zurückgehen und benutzt einzelne in der Analyse der Einzelseele gebräuchlichen Kategorien. Zuerst die Libido; darunter versteht er »die als quantitative Größe betrachtete, wenn auch derzeit nicht meßbare, Energie solcher Triebe, welche mit alldem zu tun haben, was man als *Liebe* zusammenfassen kann«. Sodann die Identifizierung, ein Mechanismus der »Gefühlsbindung«, der »Objektbesetzung«; und zwar ist sie nach der Meinung der Psychoanalytiker die im seelischen Individualleben zuerst auftretende Äußerung der Gefühlsbindung an ein Objekt, mit dem eben das Subjekt sich identifiziert. In einer Neurose kann eine Objektwahl sich in eine Identifizierung zurückverwandeln, »regredieren«. Ferner spielt das »Ichideal« eine Rolle, eine aus dem Ich differenzierte Instanz, der die Funktionen der Selbstbeobachtung, des moralischen Gewissens, der Traumzensur und der Haupteinfluß bei der Verdrängung zugeschrieben werden. Bei der Identifizierung tritt das Objekt an die Stelle des Ichs. In anderen Fällen, bei der Hypnose der Verliebtheit, tritt das Objekt an die Stelle des Ichideals. Mit Hilfe dieser Begriffe ergibt sich als Formel für die libidinöse Konstitution einer primären Masse, das heißt einer solchen, die einen Führer hat und nicht durch starke Organisation die Eigenschaften eines Individuums erwerben konnte, »eine Anzahl von Individuen, die ein und das selbe Objekt an die Stelle ihres Ichideals gesetzt und sich infolgedessen in ihrem Ich mit einander identifiziert haben«. Damit wäre vielleicht der Zusammenhalt der Masse, aber nicht das Zurückfallen ihrer seelischen Tätigkeiten auf eine frühere primitive Stufe erklärt. Hier hilft die Hypothese von der »Urhorde«, die Annahme, »daß die Urform der menschlichen Gesellschaft die von einem starken männlichen Individuum unumschränkt beherrschte Horde war«.

In der Masse sieht Freud ein Wiederleben der Urhorde. Für das kollektive Seelenleben vermag die Psychoanalyse nicht wie für das individuelle therapeutische Erfolge als Stütze für ihre Konstruktionen ins Feld zu führen; hier empfindet man deshalb höchstens die Befriedigung, die ein gut durchkonstruierter Bau gewährt.

Klarer als die subtilen Distinktionen Freuds ist Le Bons Darstellung der Auswirkungen der »Massenseele«, mit der sich die Führer der politischen Linken bekannt machen sollten (die Rechte scheint sie besser zu kennen); nur bedürfte die pessimistische Massenpsychologie Le Bons optimistischer Ergänzung.

Gruppenarbeit Mit die wertvollsten Erscheinungen auf dem Gebiet der Sozialpsychologie sind die ersten beiden Veröffentlichungen der Sozialpsychologischen Forschungen des Instituts für Sozialpsychologie an der Technischen Hochschule Karlsruhe, herausgegeben von *Willy Hellpach* /Berlin, Julius Springer/. Der 1. Band behandelt die Gruppenfabrikation, der 2. die Werkstattaussiedelung, Untersuchungen über den Lebensraum des Industriearbeiters. In der Großfabrik werden aus betriebstechnischen Gründen meistens gleichartige Maschinen zusammengestellt. Bei der Gruppenfabrikation werden nach Art der kleinen mechanischen Werkstätte Fabrikationsgruppen gebildet, die sich aus allen Arten von Werkzeugmaschinen zusammensetzen. Hellpach fragt nun: »Ist die Fabrik eine menschlich zweckdienliche, überhaupt menschlich wirkungsvolle Erscheinungsform des gewerblichen Lebensraums? Wie wirkte und wirkt sie auf die beseelten Menschen ein, die in ihr vereinigt und beschäftigt werden?« Die in den modernen Fabriksälen vereinigten Massen bleiben atomisiert; zwischen ihnen besteht keine Arbeitsbeziehung, es fehlt ihnen auch jede sinnliche Anteilsbeziehung zum Arbeitsergebnis. So schrumpft die Arbeit des Fabrikarbeiters zu einer reinen Lohnangelegenheit ein. Wie wirkt die Gruppenfabrikation? Der Ingenieur *Richard Lang* richtete sie (freilich aus betriebstechnischen, nicht aus psychologischen Gründen) in einer Motorenfabrik zu Untertürkheim ein. Ihr Begründer sieht ihre Hauptwirkung darin, daß »die engere Umgrenzung des Arbeitsgebietes innerhalb einer Gruppe jedem daran Beteiligten die Möglichkeit gibt dasselbe zu überblicken und geistig zu verarbeiten,

also zu vermeiden, daß er infolge mangelnden Überblicks die geistige Fühlungnahme mit seiner Arbeit verliert. Hellpach stimmt dem nicht zu, aber er hält die Gruppenfabrikation für pädagogisch wertvoll und sagt: »Die Fabriklehre wird im gruppenerzeugerischen Prinzip ausgebaut und durchgeführt werden müssen.« Im 2. Band, der die sehr lesenswerte Autobiographie des Drehers Eugen May enthält, wird ein anderer Vorschlag zur Betriebsgliederung gemacht, durch den bestimmte sozialpsychologische Wirkungen ausgelöst werden sollen. Man will den Arbeitsplatz aus der Fabrik, ja aus dem Fabrikort hinausverlegen. Der Verfasser, *Eugen Rosenstock*, schlägt folgendes vor: Eine Anzahl (höchstens 10) tüchtige Arbeiter bilden mit einer Aktiengesellschaft eine Arbeitsverbindung, in der die Aktiengesellschaft als Genosse vertreten ist. Sie stellt die notwendigen Mittel, Maschinen, Betriebsstoffe zur Verfügung; die Verbindung arbeitet selbständig auf eigene Rechnung, sie ist verpflichtet in erster Linie Aufträge der Aktiengesellschaft auszuführen. Dieser Aussiedlungsbetrieb verbände nach Ansicht des Verfassers die Vorzüge des Großunternehmens (in der Schulung), der Landindustrie (in der Raumfrage) und der Genossenschaft (in der Persönlichkeitsfrage) und entspräche den Bedürfnissen des Arbeiters nach einer vernünftigen Arbeitsweise, einem menschlichen Leben und einem gesetzmäßigen Berufsnachrücken. In diesem Vorschlag steckt etwas vom Geist Lassalles. Auf anderen Wegen versucht der Leiter des Psychotechnischen Versuchsfeldes an der Technischen Hochschule Berlin *Walter Moede* diese Probleme zu meistern. In seiner Experimentellen Massenpsychologie, Beiträge zur Experimentalpsychologie der Gruppe /Leipzig, S. Hirzel/ schildert er die Versuche, in denen er die Abhängigkeiten seelischer Prozesse von den Bedingungen isolierter oder gemeinschaftlicher Arbeit bestimmte. Die Experimente fanden in der Hauptsache in Schülerklassen statt; es handelt sich also nicht um psychologische Massen im Sinn Le Bons sondern nur um »Gruppen«; der Unterrichtende merkt sehr deutlich, wann die Klasse aus der Gruppe zur Masse wird. Das Ganze ist also keine Massenpsychologie. Eine allgemeine Erscheinung glaubt Moede konstatieren zu können: Die Leistungen der in isolierter Arbeit Besseren senkten sich bei der Gruppenarbeit, während umgekehrt die der Schlechteren stiegen.

Aufklärungsschriften

Georg Lindek will in seiner kleinen Schrift Wahrheit und Wollen als Selbstschutz der Jugend bei geschlechtlicher Anfechtung /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/ *sexualpädagogisch* wirken. Die Schrift ist für die Jugendlichen selbst bestimmt; sie will durch sachliche Darstellung der »Menschwerdung« geschlechtliche Reinheit in ihnen wecken und sie zum Bewußtsein der Verantwortlichkeit erziehen, indem sie ihnen vor Augen führt, welche Folgen für sie und ihre Nachkommenschaft aus einer Schwäche gegenüber den geschlechtlichen Versuchsungen resultieren. Aber dieses Bewußtsein erwächst in wirksamer Weise doch nur in tätigem Leben innerhalb der Gemeinschaft. Denn auch die sexuellen Probleme sind schließlich in die wirtschaftlichen Zusammenhänge verflochten. Auch Woldemar Fehrmann führt in seiner Schrift über die geistige Geschlechtlichkeit /Dresden, Emil Pahl/ auf das sexuelle Problem die Frage des Aufstiegs oder Verfalls der Volkheit zurück. Er sucht eine Lösung darin, daß sich die Erkenntnis der durchgängigen psychischen Verschiedenheit der Geschlechter durchsetzt. Diese Verschiedenheit finde ihre Synthese in einer Ergänzung der polaren Gegensätzlichkeiten (im Abstrakten) und gewährleiste im konkreten individuellen Leben ein für den einzelnen wie für die Zukunft der Gesamtheit förderliches Eheleben. Die Schrift ist in keinem Punkt neu, auch nicht in der Schlußbehauptung, »daß das männlichste Volk dieser Erde, das deutsche, die Schmach erlebt von seinen Weibern dem Verfall entgegengeführt zu werden«, die aber durch die Wiederholung noch nicht richtiger wird.

Ein prächtiges Geschenk für Bräute, Mütter und Pflegerinnen ist das Buch Mutter und Kind von Walther Kaupe und Hermann Küster /Bonn, A. Marcus & E. Weber/, das in klarer und liebenswürdiger Weise alles für die *Mutterschaft* Wichtige darstellt.

Kurze Chronik In einer Sitzung der Pariser Société française de philosophie hielt Vera Strasser aus Zürich, auf Einladung dieser Gesellschaft, einen Vortrag über die Methoden, die sie in ihrem Buch *Psychologie der Zusammenhänge und Beziehungen* angewandt hat, und deren Ergebnisse. Xavier Léon, der Herausgeber der Revue de Métaphysique et de Morale, begrüßte den Gast. Charles Andler hielt die Einleitungsrede. Er hob hervor, daß es er-

freulich sei jetzt, da die Freudsche Hypothese und seine Psychoanalyse in Frankreich in Mode komme, andersartige Ansichten zu hören; Vera Strassers Werk sei eine Synthese zwischen der Psychologie Nietzsches und der Bergsons. Der Vortrag der Referentin gipfelte in folgender Zusammenfassung: Die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sonstigen menschlichen Alltagsabhängigkeiten bringen eine unendliche Zahl von Unfreiheiten mit sich, denen der Mensch unterliegt, in denen er sein Leben aufgehen läßt, denen er sich ergibt, und um deren willen er jede freie Orientierung verläßt. Lediglich das Erkennen, Bewerten, Berücksichtigen aller Zusammenhänge befreit den einzelnen, bringt die vollkommene Kultur mit sich. Nur wenn die Philosophie uns von Verabsolutierungen, von einseitigen, wissenschaftlichen, staatlichen, politischen usw. Betrachtungen befreit, entbindet sie unsere Kräfte, schafft jedem und allem seinen größten Funktionsreichtum: die Freiheit. ◊ An die Stelle des gegen den Willen der Fakultät nach Jena auf den Lehrstuhl für Psychologie berufenen Professors Wilhelm Peters wurde der außerordentliche Professor an der Universität Bonn *Otto Selz* ordentlicher Professor für Pädagogik und Psychologie an der Handelshochschule in Mannheim. Selz veröffentlichte über die Gesetze des geordneten Denkverlaufs und Zur Psychologie des produktiven Denkens und des Irrtums, beide Arbeiten bei Friedrich Cohen in Bonn.

Literatur

Am 4. Oktober waren es 20 Jahre, daß der damals 23jährige *Otto Weininger* im Sterbehaus Beethovens in Wien freiwillig sein Leben auslöschte. 2 Jahre darauf versuchte Emil Lucka in seinem Buch *Otto Weininger* /Berlin, Schuster & Loeffler/ Weiningers in überstürzter Produktivität herausgesprudelte Gedanken zu systematisieren. Sein Buch, ein Freundschaftsdenkmal, erschien nun in 3. bis 6. Auflage; es gibt ein klares Bild der Weiningerschen Ideen, ohne das Temperament Weiningers ahnen zu lassen. Es zeigt, daß das Bleibende immer nur das Ethos ist. ◊ *Otto Lipmann* gab ein *Handbuch* psychologischer Hilfsmittel der psychiatrischen Diagnostik heraus /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/, das für den Psychiater unentbehrlich, für den Lehrer, auch den nicht testgläubigen, höchst anregend ist. Max Isserlin sagt in der Einleitung Grundsätzliches über die besonders durch

Jaspers vertretene "Einführungsanalyse" wie über die "objektive Psychologie", die die Ausdrucksformen psychischer Geschehnisse zu den in der Elementaranalyse der innern Wahrnehmung erkannten Faktoren in Beziehung setzt. ◊ Eine notwendige Ergänzung zu dem eben genannten Handbuch bildet *Otto Lipmanns* Schrift *Abzählende Methoden* und ihre Verwendung in der psychologischen Statistik /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/. Die alte Psychophysik hatte die mathematisch-statistische Berechnungsweise aus den exakten Naturwissenschaften übernommen und dabei auch die theoretisch fehlerhafte Anschauung, daß die "Streuung" der Fehler, das heißt der Abweichungen vom wahren Wert, einem relativ einfachen Gesetz unterliege. Die neuere Psychologie hat eingesehen, daß bei ihren Experimenten die in der Physik und Astronomie anzunehmende Konstanz der Versuchsbedingungen nicht vorhanden ist; sie wendet deshalb jetzt ein Abzählverfahren an, das die Herstellung einer Häufigkeits- und Rangordnungskurve ermöglicht. Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit auch, daß *Lipmanns* sehr instruktive kleine Schrift *Wirtschaftspsychologie* und *psychologische Berufsberatung* in neuer, völlig umgearbeiteter Auflage erschienen ist /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/. ◊ In ihrer Schrift *Neubegründung der Psychologie* von Mann und Weib /Karlsruhe, G. Braun/ fordert *Mathilde Vaering*, daß nur dort Vergleiche zwischen den Geschlechtern gezogen werden dürfen, wo beide in gleicher politisch-rechtlicher Lage stehen. Sie kommt dann auf ihre alten (und heute schon veralteten) Vorstellungen von der Entwicklung der Geschlechtseigentümlichkeiten durch die geschichtlich wechselnde Gestaltung der Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau zurück. ◊ Unter dem Titel *Sexualreform und Sexualwissenschaft* erschienen, von Arthur Weil herausgegeben, die auf der 1. Internationalen Tagung für Sexualreform auf sexualwissenschaftlicher Grundlage (siehe diese Rundschau, 1922 I Seite 605 ff.) gehaltenen Vorträge /Stuttgart, Julius Püttmann/. Sexualforscher, Juristen und Pädagogen werden in dem Band wertvolles Material finden. ◊ Beiträge zum Problem der Sexualverbrechen gibt eine kleine Schrift, in der *Georg Philipp Pfeiffer* die Kriminalfälle aus Vergangenheit und Gegenwart sammelt: *Liebe und Verbrechen* /Leipzig, Max Ferling/.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Staat Die/ Arbeiten des Wiener Marxisten Max Adler erhalten durch die Energie, mit der er die Gedankengänge des Marxismus in ihrem innern Konnex zu erfassen, die Beziehungen des Marx'schen Denkens zu gewissen Grundanschauungen der deutschen Philosophie und Hand in Hand damit die spezifische Wesensart soziologischer Erkenntnis und Methodik zu beleuchten sucht, besondere Prägung und Interesse. Der letzte Band der von ihm und Rudolf Hilferding herausgegebenen Marxstudien /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/, in denen vor Jahren sein Aufsatz Kausalität und Teleologie im Streit um die Wissenschaft erschien (ein Versuch auf Basis erkenntnistheoretischer Zergliederung den Nachweis zu führen, daß erst die Marx'sche ökonomische Geschichtsauffassung eine kausalgesetzliche Fundierung der Soziologie in sicherer »Beiordnung zu den Naturwissenschaften« ermögliche), bringt aus seiner Feder eine weitausgesponnene, gegen den bekannten Wiener Rechtslehrer Kelsen polemisierende Abhandlung, betitelt Marx' Staatsauffassung. Heinrich Cunows Buch über die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ und Karl Kautskys Schrift Die proletarische Revolution und ihr Programm /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ haben dabei nicht mehr berücksichtigt werden können, weil das Manuskript bereits vorher abgeschlossen war.

Die vorwiegende Bezugnahme auf Kelsen, dessen wissenschaftliche Bedeutung in anderer Hinsicht und dessen Bemühen um Objektivität Adler bei aller Schärfe der Polemik rühmend anerkennt (er nennt ihn »einen der schärfsten und geistvollsten Bearbeiter rechtslogischer Probleme«), erklärt sich daraus, daß Kelsens gegen den Marxismus gerichtete Kritik die Schranken rein juristischer Betrachtungsweise besonders markant hervortreten läßt und so einen Anknüpfungspunkt bietet, um im polemischen Gegensatz dazu Art und Wesen der ganz anders orientierten soziologisch-marxistischen Denkart auszuführen. Alle Widersprüche, die Kelsen dem Marxismus nachweisen wolle, charakterisieren nach Adler in Wahrheit nur die formelhafte Enge juristischer Begriffswelt, der zur Erfassung konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse und ihrer geschichtlichen Bewegung die Organe fehlen; sie lösen sich, wenn man, statt, wie Kelsen tut,

mit einzelnen herausgegriffenen Marxzitate zu operieren, in den lebendigen Kern der Marx'schen Denkart eindringt, nach Adler ohne weiteres auf. Diese Kelsenschen Einwürfe sind übrigens größtenteils alte Bekannte, auf die von sozialistischer Seite bereits des öftern geantwortet worden ist. Nach Kelsen läuft zum Beispiel die Marx'sche Auffassung, daß die Chancen des Sozialismus nicht in der Evidenz eines sittlichen Ideals sondern in Triebkräften und Tendenzen der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung begründet seien, darauf hinaus, daß der Wille des Proletariats, sein Streben und Planen als Realisierungsfaktor überhaupt nicht in Betracht kommt. Als ob nicht gerade umgekehrt, wenn eine solche Notwendigkeit der Entwicklung zum Sozialismus hin besteht, das Streben und Planen, das dem Proletariat zugleich durch seine Lage innerhalb der gegebenen ökonomischen Struktur vorgeschrieben, in dem Wesen jener auf den Sozialismus hindrängenden "Notwendigkeit" mitenthalten ist, also ein in eben dem Begriff dieser Notwendigkeit bereits mitgedachtes Moment bezeichnete. Sicher, führt die Adlersche Entgegnung aus, ist »die richtige Zielsetzung an sich etwas anderes als die kausal notwendige«. Aber auch die richtige Zielsetzung wirkt nur und kann nur in dem sozialen Prozeß etwas wirken, sofern sie in ihm zugleich kausal bedingt ist und mit dieser ihrer kausalen Bedingtheit zugleich die Kraft erhält selbst weiterhin in ihm kausal zu wirken. »Die soziale Kausalität verläuft ja eben nur durch das Bewußtsein . . . durch die wertende, Ziele setzende und verwerfende, Zwecke als richtig oder unrichtig bezeichnende Richtungsbestimmtheit des Wollens.« Entgegen der Kelsenschen Auffassung, der der Staat ganz allgemein als eine bloße Rechts- und Zwangsordnung der Gesellschaft gilt, ohne die diese Gesellschaft überhaupt nicht existieren könnte, die also in keiner Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung abgestreift und überwunden werden kann, hebt Adler hervor: jener von Kelsen behauptete Widerspruch, auf den das Marx-Engels'sche Wort von einem dereinstigen »Absterben des Staats« in einer sozialistischen Gesellschaft hinauslaufen soll, verschwinde, wenn man den Sinn bedenkt, in dem Marx von seinem soziologisch-sozialistischen Standpunkt aus vom Staat spricht. Für Marx kennzeichnet sich das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, das nach Hegel letzthin auf

dem Gegensatz einer tendenziell in der menschlichen Gattungsverunft angelegten allgemeinen Rechtsordnung und dem Spiel partikularer Bedürfnisse und Eigeninteressen beruht, im Gegenteil dadurch, daß auch die mit dem Anspruch auf eine alle verpflichtende Geltung auftretenden staatlichen Rechtssatzungen ihre entscheidenden Direktiven, zum großen Teil jedenfalls, von rein partikularen Sonderinteressen innerhalb der Gesellschaft, nämlich denen der jeweils herrschenden Klassen, erhalten. Die jeweilige Rechtsordnung ist eine auf die Existenz- und Forterhaltungsbedingungen, auf die fort-dauernde Herrschaft dieser herrschenden Klassen zugeschnittene, aber sie umgibt sich mit dem Schein einer aus dem Gemeininteresse der Gesellschaft geborenen, von allen ihren Gliedern notwendig anzuerkennenden Ordnung. Geht man aber von einer solchen Auffassung des Staats und seiner Rechtsordnung aus und sieht hierin, in dieser Beziehung der Rechtsordnung auf die Eigen- und Ausbeutungsinteressen der herrschenden Klassen, das entscheidende Wesensmerkmal des Staats, dann ist die erst so paradox klingende Behauptung von seinem allmählichen Absterben in einer sozialistisch umgeformten Gesellschaft eigentlich nur eine Tautologie. Denn wenn der Staat mit seiner Rechtsordnung von vornherein als Instrument der Klassenherrschaft aufgefaßt wird, versteht sich ja von selbst, daß er mit einer eventuellen Aufhebung der Klassengegensätze im Rahmen der Gesellschaft selber seinen Boden verlieren muß.

Aber freilich (das müßte Adler denen, die sich, wie Kelsen, polemisch gegen diese Wendung kehren, unumwunden zugeben) ist diese, wenngleich sie so im Marxschen Gedankenkreis keinen Selbstwiderspruch bedeutet, darum nicht weniger anfechtbar und in hohem Maß willkürlich. Sie ruft durch ihre willkürliche Abweichung vom Sprachgebrauch, für den sich aus guten Gründen der Begriff des Staats keineswegs mit dem Merkmal: staatlich organisierte Klassenherrschaft zu sein, erschöpft, ganz unnötig und unbegründet den Schein eines sich überschlagenden Radikalismus hervor. Ohne bindende, mit Zwangsgewalt ausgestattete Zusammenfassung der Gesellschaft unter einer gesetzgebenden und verwaltenden und darüber hinaus nach den verschiedensten Seiten hin entwickelten Zentralgewalt, wie sie der allgemeine Sprachgebrauch als Staat bezeichnet, ist weder ein Übergang zum Sozialismus noch seine Forterhaltung auch nur denk-

bar. Und fast unvermeidlich haftet jenem in paradoxer Weise zugespitzten Schlagwort vom Absterben des Staats der Schein an, als sollten derlei Selbstverständlichkeiten bestritten werden. Paul Kampffmeyer und Karl Renner haben auf den tendenziell ständig wachsenden Umfang, in dem gerade auch der fortschreitende Aufstieg der Arbeiterklasse dem Staat stets neue Aufgaben zuweist, eindringlich hingewiesen.

Demokratie und Diktatur Einen großen Raum in der Adlerschen Arbeit nehmen die Auseinandersetzungen über politische und soziale Demokratie ein, in denen Adler auf die Rousseausche Idee des Gemeinwillens zurückgreift. Der demokratische Grundsatz, daß die Majorität der Bürger zu entscheiden habe, begründet sich bei Rousseau auf der Annahme, daß das Gemeininteresse aller Gesellschaftsglieder auf diesem Weg am ehesten sich durchsetzen werde. Aber er unterstellt dabei ganz bewußt eine weitgehende Gleichheit der ökonomischen Lebenslage der verschiedenen Bürger. Nur bei einer solchen sozialen Gleichheit, einem Zustand, der die Zerklüftung der Gesellschaft durch den Streit gegensätzlich interessierter Klassen ausschließt, wird das Gemeininteresse einen Stützpunkt finden, der es zum Willen der Majorität macht. Die noch wenig differenzierten Verhältnisse in den bürgerlichen Kantonen der schweizerischen Heimat Rousseaus geben den Hintergrund seiner demokratischen Ideal-konstruktion. Wo wie in den großen modernen Kulturstaaten die Demokratie sich auf der Basis tiefgreifender Klassengegensätze erhebt, fehlt die elementarste Voraussetzung für ein Gleichgerichtetsein und eine mögliche Zusammenstimmung der Einzelinteressen und damit für die Bildung eines Gemeinwillens selbst. Die Gesetze werden wohl in den offiziell gewählten Parlamenten von der Mehrheit beschlossen, aber diese bilden und gruppieren sich unter dem Antrieb und der Leitung partikularer Klasseninteressen; die Idee eines in der Zusammenstimmung aller Einzelinteressen verankerten Gemeinwillens verflüchtigt sich da zu einer reinen Fiktion. Die Widersprüche, die Kelsen und andere in den Äußerungen Marx' und Engels' über Demokratie und Klassendiktatur haben entdecken wollen, lösen sich nach Adler in einfacher Weise, sobald man zwischen der »politischen« Demokratie, wie sie als eine mit Klassengegensatz und Klassenausbeutung durch-

aus vereinbare Staatsform in der geschichtlichen Entwicklung auftritt, und dem Rousseauschen Ideal einer »sozialen« Demokratie unterscheidet. Erst in dieser sind Bedingungen gegeben, unter denen die Realisierung eines Gemeinwillens möglich ist. Gewiß wird auch da der Streit der Meinungen über die Zweckmäßigkeit gesetzgeberischer und Verwaltungsmaßnahmen nicht zur Ruhe kommen, aber es fehlt da der vergiftende Stachel, den das Bewußtsein des Klagengegensatzes solchem Streit gibt. Die Überstimmten mögen noch so fest davon überzeugt sein, daß ihre unterlegene Meinung die richtige war, sie können sich darum keinesfalls als "Unterdrückte" fühlen; sie werden ihre Arbeit darauf wenden im Wettkampf der Meinungen für ihre Ansicht die größere Stimmenzahl zu werben und werden von dem nach ihrer Ansicht noch schlecht unterrichteten Gemeinwillen an den besser zu unterrichtenden appellieren. Indes, der Gegensatz, in dem die Formen der politischen Demokratie und der plutokratischen Struktur der heutigen ökonomischen Gesellschaftsordnung auseinanderklaffen, besagt natürlich nicht das mindeste gegen die Bedeutung, die die politische Demokratie für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse besitzen kann. So schneidend sich auch Marx' und Engels' Kritik oft gegen die Ideologien eines demokratischen Wunderglaubens gewandt haben, die Idee, daß eine Eroberung der politischen Macht der Arbeiterschaft überhaupt erst im Rahmen einer demokratischen Verfassung möglich sei, daß die bürgerliche Republik die politische Entwicklungsform für die Herausbildung einer sozialistischen Gesellschaft repräsentiere, kehrt als eins der Grundelemente in ihrer Auffassung immer wieder.

Dem widersprechen, meint Adler, die Wendungen, die sich bei Marx und Engels über die »Diktatur« der Arbeiterklasse finden, und die von den Bolschewisten zum Zweck einer marxistischen Drapierung ihrer Politik eifrigst ausgenutzt wurden, keineswegs. Fußend auf jener Unterscheidung zwischen sozialer und politischer Demokratie, behauptet er vielmehr, daß diese zweite Art Demokratie, weil selber eine Form der Klassenherrschaft, »ohne Diktatur überhaupt nie möglich war noch möglich sein wird«, und daß darum der Übergang zum Sozialismus auch gar nicht etwas anderes als die »Ablösung der bürgerlichen durch die proletarische Diktatur« sein könne. Eine These, die bei der Unbestimmtheit

des Worts Diktatur die allerverschiedensten Deutungen zuläßt und an dem eigentlich entscheidenden Punkt vorbeigeht. Sie geht daran vorbei, daß die Gewalt gewiß ein revolutionäres Mittel zum Sturz bestehender Gewaltherrschaft einer mehr oder weniger absolutistischen Regierung sein kann, daß sie indes, wenn sie nicht selbst wieder in ein unheilliches, dem Absolutismus verwandtes Bevormundungssystem umschlagen soll, die weitere Entwicklung dem freien Ringen der gesellschaftlichen Kräfte im Rahmen der demokratischen Formen überlassen muß. Wo eine solche Bahn geschaffen ist, die es dem Mehrheitswillen ermöglicht auf gesetzlich demokratischem Weg die Einrichtungen des sozialen Lebens fortschreitend umzugestalten, da hat der Sozialismus auf Grund seiner Überzeugung, daß der Druck der Verhältnisse das Wollen und Denken der Mehrheit notwendig in sozialistische Bahnen lenken werde, gar keine andere Wahl als diesen Prozeß propagandistisch zu fördern und zu unterstützen. Wobei natürlich auch Zwangsmaßregeln, aber demokratisch gesetzlich sanktionierte, nicht ausgeschlossen sind. Von hinten herum durch diktatorische Aufoktroierung, die sich über die Bedingungen eines derartigen, im demokratischen Rahmen sich vollziehenden Entwicklungsprozesses einfach hinwegsetzen zu können meint, ist gewiß nichts Dauerndes zu erreichen.

In der Entschiedenheit, mit der Adler sonst immer auf den evolutionistischen Grundzug des Marxismus hinweist, steht der Respekt, mit dem er, wenn auch nicht die politische Praxis, so doch die "Theorie" des Bolschewismus behandelt, in augenfälligem Gegensatz. (Wie wenig die von Lenin und anderen zusammengetragenen Diktaturzitate aus Marx und Engels eine Übereinstimmung mit dem russischen Gewaltglauben bedeuten, geht bereits aus den bekannten Äußerungen der beiden über die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung des Sozialismus in freien demokratischen Staaten hervor.) Weitere Ausführungen handeln von den bürokratischen Gefahren der politischen Demokratie, dem »Zerbrechen der Staatsmaschine« und dem Verhältnis von Anarchismus und Marxismus.

Marxismus: Adlers Tendenz in den Fortbildung Marxschen Theorien nicht nur tiefgreifend geniale Konzeptionen sondern bereits ein fest in sich geschlossenes unanfechtbares System zu sehen markiert sich hier unter

andern auch in seinem Urteil über Bernstein und den Revisionismus. Während im Ernst wohl heute von niemand mehr bezweifelt wird, daß der Revisionismus mit seiner kritischen Kampagne gegen gewisse überlebte Vorstellungsweisen und Schlagworte des kommunistischen Manifests den Sieg davongetragen hat (schon die bloße Vergleichung des Görlitzer mit dem Erfurter Programm beweist das), spricht er, unter völliger Ignorierung dieses doch ganz offenkundigen Tatbestands, von »ältesten Irrtümern des Revisionismus bei Bernstein, dessen neueste Schrift Der Sozialismus einst und jetzt »sich dadurch auszeichnet das, was Bernstein den Sozialismus von jetzt nennt, durch größere Abrückung von Marx gegenüber dem Sozialismus von einst zu charakterisieren«. Als ob eine solche größere Abrückung eine Liebhaberei Bernsteins und nicht vielmehr ein notwendiger Vorgang in der Entwicklung der Verhältnisse und des Parteilebens selber wäre. Eine Fortbildung des Marxismus, der doch Adler dienen will, wird ohne eine gleichzeitige Umbildung des Marxismus in entscheidenden Punkten nicht möglich sein. Das sollte auch von Adler ohne weiteres zugestanden werden. Um so mehr, als doch gerade er die Fragen nach Wesen und Methode der Soziologie mit solchem Eifer in den Vordergrund rückt. Nicht auf dem Sondergebiet der ökonomischen Theorie sondern in der allgemeinen soziologischen Grundauffassung Marxens beruht, so versichert Adler immer wieder, Marxens wissenschaftliche Hauptleistung. Was ihn indes nicht hindert von der Unanfechtbarkeit der Marxschen Wert- und Mehrwerttheorie aufs festeste überzeugt zu sein. Hier aber gerade, bei diesen speziellen ökonomisch theoretischen Problemen, hatte eine den Marxismus theoretisch unter Gesichtspunkten soziologischer Methode betrachtende Kritik in erster Reihe einzusetzen. Das, was die theoretische Nationalökonomie, das heißt die Untersuchung des modernen volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses, in dem die Produktion für den sich ständig erneuernden Bedarf aller Gesellschaftsglieder unter einer staatlich geschützten spezifisch bürgerlichen Eigentums- und Rechtsordnung von vornherein durchgängig und allgemein als Produktion für den Austausch erfolgt, von allen sonstigen Zweigen der Soziologie in methodologischer Hinsicht prinzipiell unterscheidet, ist der Umstand, daß dieser volkswirtschaftliche Gesamt-

prozeß im Gegensatz zu allen früheren ökonomischen und sonstigen soziologischen Ordnungen eine Form hat, die, über Aufgaben bloßer historischer Beschreibung hinausweisend, sich nur durch methodisch fortschreitende Zergliederung in ihrem innern gesetzmäßig notwendigen Gesamtzusammenhang theoretisch erfassen und begreifen läßt.

In der Tiefe, mit der Marx diesen Gedanken erfaßt hat, und in der Art, wie er ihn in originell umformender Anknüpfung an die Arbeitswertideen der klassischen bürgerlichen Ökonomie zu einem logisch gegliederten, weit in verborgene Zusammenhänge des Prozesses hineinleuchtenden System entwickelt, überragt er unvergleichlich alle anderen Ökonomen. Indes, eine widerspruchsfreie Lösung der von ihm selbst gestellten Aufgabe ist ihm nicht gelungen. Die Basis des imposant gewaltigen Baus: jene These eines innern Warenwerts, der ohne Wissen und Willen der menschlichen Agenten, gleichsam nach einem Naturgesetz, den Warenaustausch regelt, ist, näher zugehört, nicht aus der wirklichen Analyse des Prozesses selbst herausgeholt sondern eine bloße Hypothese, die, wie sich im 3. Band des Kapitals bei der Behandlung der Durchschnittsprofite zeigt, zu ganz elementaren Phänomenen dieses volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses in unlösbarem Widerspruch steht. Jener Begriff eines innern, aber dabei zugleich von sich aus die Austauschsätze regulierenden Werts erweist sich im ökonomischen System Marxens, dieses unbarmherzigen Bekämpfers aller Ideologie, als ein selbst ideologisches, nicht aus Zergliederung der Wirklichkeit gewonnenes sondern in die Wirklichkeit vom Denken hineingetragenes Moment. Dies zugegeben, und alle Adlersche Dialektik kann an diesem Tatbestand nichts ändern, ist damit aber auch zugleich die Richtung angegeben, in der sich, jedenfalls zunächst einmal, eine methodologische Untersuchung bewegen muß, die an Probleme des Marxismus anknüpft. Es wird, unter Zugrundelegung des so sehr viel enger begrenzten und daher so viel leichter übersehbaren Problemkreises der theoretischen Nationalökonomie, zunächst zu untersuchen sein, wie sich, unter Ausschaltung jenes nur hypostasierten Arbeitswerts, am Faden solcher Bestimmungen, die in dem betreffenden volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß mit durchgängiger Austauschproduktion als zweifellos gewisse, existenznotwendige Bedingungen seiner Selbsterhaltung nach-

weisbar sind, sein näher zu bestimmen der Artcharakter und so die Austauschregulierung in ihm begreifen und erfassen läßt. Es wird da unter anderm zu zeigen sein, wie, ganz unabhängig von dem fragwürdigen Apparat der Wert- und Mehrwerttheorie, die Mehrarbeit in dem Gesamtprozeß als unabtrennbar notwendiges Korrelat des Kapitalgewinns erweisbar ist.

Gesellschaftliche Entwicklung Jene zentrale Stellung, in die Marx die Ökonomie rückt, seine ökonomische Geschichtsauffassung, die immer mit dem Einwand bekämpft worden ist, daß die verschiedenen Sphären des Prozesses des gesellschaftlichen Lebens doch samt und sonders im Verhältnis wechselseitiger Bedingtheit zu einander stehen, und daß es daher nicht angehe, wie Marx es tue, eine dieser Sphären, die ökonomische, als das alles andere Bestimmende und Bedingende zu erklären, erhält, wenn man von hier aus, von der methodisch systematisch durchgeführten Untersuchung des modernen volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses ausgeht, einen neuen Stützpunkt, der in der Art und Weise seines methodischen Begründetseins gegen solche Einwände von vornherein gesichert ist. Eine soziologische Betrachtungsweise, die den sich ständig forterhaltenden und sich entwickelnden Gesamtzusammenhang des gesellschaftlichen Lebensprozesses in Stämmen, späterhin in Staaten begreifen und erfassen will, wird von vornherein von der Reflexion auf gewisse allgemeinste, dem Prozeß des gesellschaftlichen Lebens durch die menschliche Natur selber vorgeschriebenen notwendigen Bestimmungen ihren Ausgang zu nehmen haben. Davon daß dieser, wie immer sonst gestaltet, jedenfalls zugleich immer ein Produzieren von Gesellschaftsgliedern für ihren Bedarf, ferner irgendeine Art von Regelung der Fortpflanzung, endlich im friedlichen und kriegerischen Kontakt mit anderen Gesellschaften herausgebildete politische Machtverhältnisse und Funktionen irgendwelcher Art einschließt. Momente, die sich in der Ausgestaltung jeder einzelnen Gesellschaft und auf jeder Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung selbst aufs mannigfachste mit einander verschlingen: derart, daß in der konkreten Existenz einer einzelnen geschichtlich so und so bestimmten Gesellschaft keines dieser Momente sich abgetrennt und isoliert erfassen läßt. So auch die ökonomische wirtschaftliche Ordnung nicht. Jeder Versuch das Wirt-

schaftsleben eines bestimmten Stammes respektive eines bestimmten Staates, sei es im allgemeinsten Umriß, zu beschreiben stößt dabei immer zugleich auf so und so entwickelte Geschlechts- und Fortpflanzungs- wie auf politische Verhältnisse, die, durch die ökonomischen Verhältnisse mitbedingt, sich zugleich als eine mitbedingende Voraussetzung dieser ökonomischen Verhältnisse selber darstellen. Anders als nach einem solchen deskriptiven, durch kausal historische Untersuchungen ergänzten Verfahren läßt sich, scheint es, ein Ausblick auf den Prozeß des gesellschaftlichen Lebens und dessen sich ständig forterhaltenden Gesamtzusammenhang überhaupt nicht gewinnen; eine eigentlich methodisch fortschreitende Untersuchung, und damit eine Theorie des Prozesses des gesellschaftlichen Lebens, scheint damit ausgeschlossen. Das in den Vordergrund rücken speziell der ökonomischen Entwicklung, die Gruppierung der sozialen Deskription und der kausal genetischen historischen Forschung um diese mag für das historische Verständnis besonders fruchtbar sein und ist es ganz gewiß; aber die Ökonomie bietet, solange sie bei vorwiegender Naturalwirtschaft noch nicht die Form eines alle Gesellschaftsglieder umfassenden volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses angenommen hat, noch nicht (oder wenigstens noch nicht in entwickelter Gestalt) einen in sich verbundenen Komplex spezifischer Probleme, deren Lösung eine besondere Methode und Theorie ermöglicht und verlangt. Eine Theorie, die mit der Erkenntnis der Form und des sich ständig forterhaltenden Gesamtzusammenhangs dieses näher zu bestimmenden volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses unmittelbar zugleich einen grundlegenden Einblick in die näher zu bestimmende Form und den Gesamtzusammenhang dieses Prozesses des gesellschaftlichen Lebens selbst erschließt und auf diesem Weg überhaupt erst zu einem Begriff des Prozesses des gesellschaftlichen Lebens auf seiner höchsten bisher erreichten Entwicklungsstufe führt. Wie viele, nicht auf rein ökonomische Momente reduzierbare Faktoren an der Herausbildung der modernen ökonomisch so charakterisierten Gesellschaft beteiligt gewesen sein mögen, und so gewiß in dieser Entwicklungsperiode wie in jeder frühern Epoche die Antriebe des Handelns nur zum Teil aus ökonomischen Erwägungen erklärbar sind, an dem für diesen gesellschaftlichen Lebensprozeß der modernen Staaten und Gesellschaften

charakteristischen Grundverhältnis, daß dieser erst auf Grundlage und im Rahmen des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses zusammenfassend übersehen und verstanden werden kann, wird dadurch nichts geändert. Indem hier die Ökonomie die Form eines alle Gesellschaftsglieder in sich einbeziehenden volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses annimmt, wird sie durch diese ihre nähere Formbestimmtheit zum Gegenstand einer Theorie, die so zugleich den Prozeß des gesellschaftlichen Lebens selber und die Wechselbedingtheit seiner Momente unter einem leitenden Gesichtspunkt klarlegt. Die Verselbständigung, die die Ökonomie erhält, indem sie die Form eines alle Gesellschaftsglieder in sich einbeziehenden Gesamtprozesses annimmt, weist ihr auch für das Verständnis jenes Prozesses des gesellschaftlichen Lebens selbst, von dem sie ein Moment ist, eine besondere Rolle zu. Bau und Leben des sozialen Körpers, wie die moderne Gesellschaft ihn zeigt, läßt sich in seinem innern Gesamtzusammenhang (und dies bestätigt das Recht, mit dem Marx die zentrale Bedeutung der Ökonomie für den soziologischen Entwicklungsgedanken hervorkehrt) nur auf dem Weg über die Zergliederung der innern Formbestimmtheit dieses volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses in einheitlicher Überschau erfassen.

Totenliste

Am 11. November, 2 Wochen nach seinem 70. Geburtstag, ist der Heidelberger Kulturhistoriker und Nationalökonom *Eberhard Gothein* in Dahlem, wo er sich gerade aufhielt, der Grippe erlegen. Er war ein älterer Bruder des bekannten freisinnigen Parlamentariers. Er erhielt im Jahr 1885 die Professur für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule in Karlsruhe. Im Jahr 1890 wurde er Ordinarius der Staatswissenschaften in Bonn, im Jahr 1904 in Heidelberg, dort als Nachfolger Max Webers. Seine Arbeiten erstrecken sich auf sehr verschiedene Gebiete. Unter anderem hat er über den christlich-sozialen Staat der Jesuiten in Paraguay /1883/, über die Kulturentwicklung Süditaliens /1886/, über die Aufgaben der Kulturgeschichte /1889/, über die Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalds /1891/, über die Geschichte der Rheinschiffahrt im 19. Jahrhundert /1905/ gearbeitet. Zu dem jetzt in 2. Auflage herausgebrachten Grundriß der Sozialökonomik /Tübingen, J. C. B. Mohr/ hat er eine sehr eingehende und instruktive Studie über den Bergbau beige-steuert. Über sein eigentliches Arbeits-

gebiet hinaus hat er sich auch noch lebhaft mit allgemeinen Dingen der Kultur und Kunst beschäftigt. Ihm schwebte ständig das Ideal der universellen, humanistischen Bildung vor, und er hat seiner Anschauung in einem Vortrag über das Ideal der klassischen Bildung im Wandel der Neuzeit im Verein der Freunde des humanistischen Gymnasiums in schöner Weise Ausdruck verliehen.

Kurze Chronik Dem außerordentlichen Professor an der Erlanger Universität *Eduard Lukas* ist

das Ordinariat für politische Ökonomie an der Grazer Universität übertragen worden. ◊ Der Professor *Hans Teschemacher* in Münster folgt einem Ruf auf den Lehrstuhl der Staatswissenschaften in Königsberg als Nachfolger O. Gerlachs. ◊ Der außerordentliche Professor der Nationalökonomie an der Universität Rostock *Max Muß* übernimmt das Ordinariat an der Technischen Hochschule in Darmstadt. ◊ Dem Diplomkaufmann *Fritz Runkel* in Bensberg ist ein Lehrauftrag für Fragen des Nachrichtenwesens in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln erteilt worden. Er hat Vorlesungen über Organisation des Zeitungsbetriebs, Handelsnachrichtendienst, Aufbau und Anwendung des Telegrammcodes angekündigt. ◊ Der Amtsrichter *Karl Heyland* habilitierte sich für Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht an der Universität Gießen; an der Technischen Hochschule in Darmstadt Ernst Rosenstock für Soziologie und Sozialgeschichte.

Literatur

In 4 kleinen Heftchen von je 100 Seiten ist *Michael Beers* *Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe* /Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/ zu Ende geführt. Insbesondere die das Altertum und das Mittelalter behandelnden Partien, auf eindringenden Studien beruhend, bieten reiche Anregung und Belehrung. ◊ *Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie*, die nach dem Friedensschluß nunmehr neu zusammengetreten ist, erörterte auf ihrem letzten Verbandstag in Jena das Wesen der Revolution. Die Referate von Ferdinand Tönnies, Leopold von Wiese und Moritz Hartmann wie die Ausführungen der Diskussionsredner sind in dem Bericht /Tübingen, J. C. B. Mohr/ der Raumersparnis halber in kurzen, von den Sprechern selbst verfaßten Resumees wiedergegeben. Vielleicht bietet sich Gelegenheit auf die Debatten später näher einzugehen.

KUNST

Bühnenkunst / Nora Zepler

Herzog † Emilie Herzog ist im September in Aarburg in der Schweiz gestorben. Sie ist 63 Jahre alt geworden. Sie gehörte dem Berliner Opernhaus im letzten Jahrzehnt des alten und im ersten des neuen Jahrhunderts an, und sie war eine der größten Sängerinnen und darstellerischen Individualitäten, die die deutsche Oper überhaupt hatte. Sie war von Fach Koloratursängerin. Aber die Schlagkraft ihrer echten Sopranstimme von außerordentlicher Schönheit und Kraft, die Wucht ihrer Gestaltung verlieh allem, was sie schuf, einen großen Inhalt; leidenschaftlich, blutdurchtränkt und von gesanglicher Glut. Wenn sie sang, wuchs ihre kleine Figur zu bezwingender Größe. Sie war eine der ganz wenigen (und sicher die einzige ihrer und der nachfolgenden Zeit), bei denen aus der Koloratur ein dramatisch leidenschaftliches Geschehen erwuchs. Wie durchfuhr alle, die es jemals hörten, bei ihrer Königin der Nacht, wirklich dem »stolzen Weib«, durch die elementare Gewalt des Hasses und des Machtwillens blendend, der herausgeschleuderte Fluch. Keine nach ihr hat die Königin der Nacht wieder gestalten können; wir müssen heute mit Papageno sagen: »Wer könnte sich rühmen sie je gesehen zu haben?« Emilie Herzog war darum die geborene und einzige Mozartsängerin. Sie sang freilich nicht den Mozart, wie man ihn sich früher vorstellte: den olympisch heitern oder rokokozierlichen. Sie, die Belkantinistin, bei der jede melodische Figur vollendet wurde, strebte unbewußt nach dem Fühlen dieses Menschen von letzter Größe, der gerade darum in seine Zeit sich einfügte, um dann in weiteren Zeiten immer weiter zu wachsen und uns alle weiterzuziehen. In der Reihe der Mozartgestalten, die Emilie Herzog verkörpert hat: Constanze, Fiordiligi, Cherubin (später Susanne), Zerline (später Elvira), Königin der Nacht, ist nicht eine einzige, die in so umfassender Weise später wieder kam. Die Arie der Martern aller Arten erschütterte bis ins Tiefste. Ihr Cherubin war der richtige werdende Jüngling, zugleich das Schüchternste und Verhaltenste und das Tollste und Ausgelassenste, was man sich denken konnte. Ihre Zerline war ein Bauernmädchen, von dem es ohne weiteres klar war, daß es auch einen Don Juan nach seinen 1003 spanischen Geliebten

sofort inflammieren mußte. Und in der Arie der Elvira mit dem herrlichen einleitenden Rezitativ (beides wird in der neuen Don Juan-Aufführung der Staatsoper jetzt ausgelassen!) sang die unbedingte Hingabe der Frau, die durch Liebe selbstlos wird. Es gab nichts, was dem Gestaltungswillen dieser Künstlerin versagt war. Sie trat in der deutschen, italienischen und französischen Oper der verschiedensten Epochen auf, und überall, wo sie kam, war Leben. Ihre wirbelnde Laune, ihr sprühender Geist, ihr in tausend Farben strahlendes Temperament machte ihre Frau Fluth unwiderstehlich. Aber vor allem zeigte sich ihre Größe darin, daß sie ganz Neues schuf, wo noch keine Vorbilder existierten, und so schuf, daß diese Gestalten dann für die Folge dastanden und immer wieder nachgeahmt, aber nie erreicht wurden. Sie war die erste Nedda in Leoncavallos Pagliacci, in jener unvergleichlichen Aufführung, die in der selben, weil vollendeten Besetzung Jahre hindurch immer wiederholt wurde: Sylva, Herzog, Bulß, Philipp, Fränkel (von ihnen lebt und wirkt heute noch, über 70 Jahre alt, der ewig junge Philipp); je weiter wir heute uns von Emilie Herzog entfernen, um so mehr verblaßt diese Gestalt, die doch einmal so ergriff. Sie war ebenso die Margiana im Barbier von Bagdad, ganz getaucht in Liebe und orientalisches Märchen. Die Musikalität Emilie Herzogs, ihre eminente Technik offenbarte die Sängerin früherer, strenger Schule, die an sich selbst die höchsten Anforderungen stellte. Es ist charakteristisch für die Stumpfheit unserer Tage im Geistigen, daß ihr Tod kaum irgendwo einen nennenswerten Eindruck machte.

Verdi: Falstaff Die *Berliner Staatsoper* hat sich endlich, nach jahrelangem Zögern, ihrer Pflicht entsonnen ihren köstlichsten Besitz, Verdis Falstaff, herauszubringen. (Sollte er wirklich, ein trauriges Zeichen für die Aufnehmenden, nach 4 Aufführungen wieder vom Spielplan verschwunden sein?) Über das Werk selbst braucht hier nichts mehr gesagt zu werden. Ganz erschlossen wird es wohl erst in späteren Zeiten werden. Jetzt sei nur wiederholt, was Max Marschalk vor fast 23 Jahren hier in seinem Verdiaufsatz (in den Sozialistischen Monatsheften 1901 I Seite 199 f.) schrieb: »In seinem Falstaff hat Verdi ein Werk von monumentaler Größe geschaffen, von vorbildlicher

Struktur, das kommende Generationen vielleicht einmal als strahlende Leuchte den rechten Pfad ins Neuland weisen wird. Was den Falstaff so vorzugsweise auszeichnet, ist die unbändige Jugendfrische und der nirgends nachlassende, packende Humor, der in allen Schattierungen auftritt, sich hier fein und geistreich, dort derb und ausgelassen gibt. Überall steckt er: in der possenhaften Karikierung von Klängen, die man an geweihtem Ort zu hören gewohnt ist, wie zum Beispiel im Amen der beiden Spaßvögel Bardolph und Pistol, die den Doktor Cajus zur Tür hinaus komplimentieren, in bizarrer oder komisch-ungelenker Melodieführung, wie bei den Worten der famosen Mrs. Quickly »Meine Ehrfurcht!« und »Das arme Herzchen!« oder bei dem Hornruf, der den 3. Akt einleitet. Unerwartete Harmonien und grelle dynamische Kontraste verfehlen natürlich auch selten ihre Wirkungen, besonders aber ist es die dem Orchester innewohnende tonmalerische Charakterisierungsfähigkeit, die sich Verdi mit glücklichstem Gelingen zunutze gemacht hat. »Was ist Ehre? Ein Wort, ein Hauch nur, der versäuselt,« singt Sir John. Da erhebt sich, von 3 luftigen Flöten ausgeführt, ein lustiges Säuselmotiv, das im Ansteigen verfliegt. Oder: Mr. Ford schlägt an einen mit Goldstücken gefüllten Sack, den er dem Falstaff offeriert, wobei das Orchester ein solch ergötzliches Getöse vollführt, daß man glauben könnte, es sei ein großer Geldsack. Der kostbare Anfangsmonolog des 3. Aktes birgt eine Reihe solcher Scherzeffekte. Da hört man den Glühwein durch Falstaffs Kehle rinnen, und bei den Worten »Freue dich, liebes Herz, vergiß all deinen Schmerz, schlag einen Triller!« hebt ein Trillern der Bläser schüchtern an und wächst sich aus zu einem unsagbar grotesken Wiehern. Von der Vielseitigkeit seines Könnens gibt Verdi vollgültige Beweise in Falstaff, der nicht nur den Humoristen zeigt sondern auch den Lyriker in Szenen voll zartester Anmut und den Dramatiker großen Stils in den leidenschaftlichen Tönen des eifersüchtigen Ford.« Das alles sind nicht viel mehr als Andeutungen der unerschöpflichen Begnadung dieses Werkes, von dem man überwältigt wird, obwohl Meyrowitz' Leitung, sorgfältig und liebevoll, zwar das lyrisch Weiche, nicht aber die Weltweite dieser immer neue Wunder uns schenkenden Partitur zum Ausdruck brachte. <Wie wäre das Werk unter Stiedrys

Händen erklingen! Daß man ihm den Führerposten genommen hat, auf den ihn innere Berufung gestellt hatte, ist eine Sünde, die sich an unserer Staatsoper immer schwerer rächen wird.) Immerhin ist man dem feinfühligem Dirigenten Dank dafür schuldig, daß er das musikalische Gerüst des Werks gliederte, und daß man überhaupt einmal den Falstaff hören oder doch ahnen konnte. Eine vollendete Aufführung konnte freilich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zustande kommen. An die hinreißende Scalaaufführung unter Mascaroni mit Blanchart, Zilli, Pini-Corsi, Guerrini und an die ebenso vollendete deutsche Aufführung unter Muck mit Betz, Leisinger, Goetze, Lieban und Philipp darf man heute nicht denken. Von den Solisten war in den Geist der Oper nur Margarethe Ober ganz eingedrungen, deren prächtig gesungene Quickly Geist und Humor besaß. Friedrich Schorrs Falstaff ergriff in der Weltverachtung des Monologs im 3. Akt; die delikate Grandezza und wuchtige Breite einer Natur, die den gewohnten Begriffen einer »mittelmäßigen Menschheit« weit überlegen ist, besitzt er nicht. Und dazu fehlte ganz und gar die Alice. Warum ist sie nicht von Barbara Kemp gesungen worden, die geistig und musikalisch allein dieser Figur das Format hätte geben können? Das Liebespaar Anna-Fenton versagte in der Verkörperung leider ganz, denn beide brachten an Stelle von strömendem verhaltenen Gefühl opernhafte Geschmetter. Sehr lustig, bunt und ausgelassen war die große Freitreppe im Fordschen Haus, auf der sich das kopflose Hin und Her abspielte.

Bizet: Carmen Der Ruhrkrieg hat etwas wirklich gemacht, was nicht einmal im Weltkrieg möglich war: nämlich, daß Carmen als das Werk eines "feindlichen Ausländers" von den deutschen Opernbühnen verschwinden mußte. Glücklicherweise hat man auch in diesem Punkt schließlich eingesehen, daß man nicht Krieg führt, indem man sich selber schädigt, und daß man nicht den "Feind" trifft, wenn man sich selbst des reichsten Besitzes eines internationalen Menschheitswerks beraubt. Also wurde im Oktober schließlich die Carmen wieder aufgenommen. Und nun stürzten sich in Berlin auch gleich nach so langer Entbehrung 3 Bühnen auf das Werk. In der *Staatsoper* wird es jetzt von dem neuen Generalmusikdirektor Erich Klei-

ber dirigiert. Was einem scharf bohrenden Verstand, einem brennenden Willen etwas zu machen, was noch nicht da war, erreichbar ist, alles das gelingt ihm; daher hört man in der Overture endlich das richtige, getragene Tempo, daher kommen hier und da packende Einzelheiten. Aber alles besteht aus nebeneinandergesetzten Teilen, es quillt kein tragender Unterstrom des Klanges, es kommt nicht das Unnennbare, was aus den Urgründen der Seele, aus dem Dämmer des Unbewußten fließt, in das hinein die Inspiration leuchtet. Kleiber ist nicht von unmittelbarem Gefühl geleitet. So fürchtet er offenbar "Sentimentalität", wo reine Empfindung uns ergreifen muß; vermutlich aus dieser Angst heraus ließ er das Vorspiel zum 3. Akt verderben. Selbst der Klang des Staatsopernorchesters, dieses herrlichen Instruments, büßte da an schwebender, traumhafter Schönheit ein. (Ein größerer Gegensatz als der zwischen Kleiber und Stiedry, dem immer völlig von der Intuition Getragenen, daher stets das Ganze Gebenden, läßt sich nicht denken.) Über die Carmenaufführung der Staatsoper ist hier schon ausführlich gesprochen worden (siehe diese Rundschau, 1922 II Seite 753 f.). Es muß aber gesagt werden, daß Barbara Kemps Carmen sich noch immer vertieft hat, daß sie noch gewaltiger und erschütternder geworden ist. Sie und die Micaela der Elfriede Marherr sind das absolut Große dieser Aufführung.

Eine Carmen solcher Art müßte in der Carmeneinstudierung der *Großen Volksoper* stehen. Denn diese ist vom wahren Geist Bizets, den die musikalische Leitung des in Berlin neuen Dirigenten Eugen Szenkar überwältigend und ganz neu wiedergab. Er ließ die Musik aus ihren dunkelsten Tiefen langsam und schwer heraufklingen, mit dem Unsagbaren, Unentrinnbaren, alles Ergreifenden des Schicksals beladen, in feierlicher Größe. (Grund genug für die Freunde des Althergebrachten diese Leistung abzulehnen.) Diese Gestaltung des Werkes ist die Tat eines nachschaffenden Schöpfers. Auch der reine Orchesterklang in der Volksoper hat unter dem neuen Führer bereits erheblich gewonnen. Die Volksoper ist dauernd im Aufstieg.

Im *Deutschen Opernhaus*, wo Leo Blech in der kurzen Zeit seiner musikalischen Leitung an dem Orchester bereits ein Wunder der Erneuerung vollbracht hat, zeigte die Carmenvorstellung die unter

seiner Führung gewohnte Präzision und Schwungkraft, alle die Vorzüge, die hier bei seiner Neueinstudierung dieses Werkes in der Staatsoper gerühmt wurden.

Hauptmann In manchen Literatenkreisen hat man Gerhart Hauptmann längst für erledigt erklärt. Mit ziemlichem Geschrei waren an seiner Stelle Neue auf die Bühne getreten. Wo sind sie jetzt? Man entsinnt sich, nach wenigen Jahren, manchmal Monaten, kaum der Namen. Und der 60jährige Gerhart Hauptmann erscheint nun mit einemmal wieder jünger als jene angeblich Jüngsten. In der Tat ist dieser größte unter den deutschen Dichtern unserer Zeit auch der einzige, der wirklich lebt. Weil in ihm der Quell des wahrhaft Menschlichen ist, der zwar nicht immer fließt, der aber niemals versiegen kann. So sehen wir jetzt auf den Berliner Bühnen einen ganz ungewollten Wettstreit um Aufführungen Hauptmannscher Dramen sich entwickeln. Und das geschieht ohne besondere direktoriale Intentionen, gerade aus dem Bedürfnis der darstellenden Künstler selber heraus.

So namentlich in dem neugegründeten *Schauspielertheater*. Mag sich dieses nun halten oder bereits wieder auflösen, es zeigt geistig jedenfalls ein deutliches Streben nach dem Eigentlichen unserer Zeit. Daher machte es sich von selbst, daß es auf Hauptmann zurückkam. Mit seiner Aufführung von Hanneles Himmelfahrt (warum heißt dieses Stück nicht wieder, wie ganz ursprünglich und echt, Hannele Matterns Himmelfahrt?) gab es ein starkes Erlebnis. Unter der Regie Karlheinz Martins wurde Hanneles Traumwelt schön lebendig, man sah die engelweiße Märchenwelt eines armen, einfältigen Kindes, und ebenso lebte die wirkliche Verkommenheit der Armehausphäre, die von Hauptmanns Herzen doch auch als ein Teil jener überwirklichen Liebeswelt umfaßt wird. In der engen dunkeln Kammer wurde alles Vision: der schweigende Seraph des Todes mit den großen schwarzen Schwingen, dann die entsetzenerregende Erscheinung des Maurers Mattern, Hannele - Schneewittchens rührende Zartheit im gläsernen Sarg, vor allem aber die schattenhafte Menge der schwarzen dörflichen Leidtragenden mit ihrem gespenstisch rhythmischen Auf- und Abtrotten wie auf hartgefrorener Kirchhoferde, mit ihrem symmetrischen Arme Weisen und dumpfen Murmeln und Flüstern bis zum

anklagenden Schrei "Mörder!". Nur die miserabel deklamierenden, schülermäßig aufgestellten 3 Engel rissen den Zuhörer heraus. Aus Ernst Reschkes schlichtem Lehrer Gottwald trat erst der Heiland in erbarmender Güte hervor, dem Maurer Mattern entgegen, den Heinrich George erschütternd spielte. Auch aus Lotte Steins frech verdorbener Hetschrie der Jammer der Kreatur, Elisabeth Bergners Hannele war nicht das arme gepeinigte Kind, hatte über starke Momente in den irren Glücksphantasieen des Fiebers. Die Elgaaufführung unter Heinz Hilperts Regie war getragen von der Darstellung der Elga durch Elisabeth Bergner und des Starschenski durch Heinrich George. Bergners Elga ist vollkommen in ihrer Nixenhaftigkeit, ihrem Betörenden, dem seelisch Nichtzufassenden. Eine unglaubliche Härte bricht plötzlich aus kindhaft spielender Zartheit hervor: Dieses Geschöpf ist in Wahrheit gemacht, um die Seele eines liebenden Menschen in ihren Grundfesten zu zerstören. Dazu entspricht diese Elga auch körperlich dem idealen Bild der Gestalt: katzenhaft schmiegsame Eleganz, pikanter Polinnenkopf, grülich irisierende Augen und schmale, schmeichelnde Stimme. Bergners Spiel ist von wunderbarer Leichtigkeit bei feinsten Nuancierung und psychischer Durchdringung. Eine eminente Schauspielerin. Georges Starschenski in seinem Wandel von kindhaft naivem Glücksüberschwang eines ganz und gar vertrauensvoll gläubigen, weil selbstverständlich reinen und guten Menschen durch die furchtbaren Foltern des keimenden Argwohns, des Mißtrauens, des schon Wissens und Nichtwissenwollens hindurch bis zur verzweifeln, irren Raserei gehört zu den stärksten Eindrücken darstellerischer Kunst in den letzten Jahren. Fritz Jessner als Verwalter in rauher Treue und Lotte Steins Dortka vervollkommenen das Spiel. Ein in der Stilisierung charakteristisches Szenenbild war das aus bläulich kalt schimmernden Samtvorhängen in fahler Beleuchtung unheimlich hoch aufsteigende Turmgemach. Im *Lessingtheater* spielte Eugen Klöpfer den Michael Kramer. Mit einem Kopf eines Musikers mehr als dem eines Malers. Man meint mitunter, wenn er, die Hand auf dem Rücken, schwer belastet schreitet, Beethoven vor sich zu haben. Ein Vollendeter in jedem Fall, ein ganz und gar Gereinigter, erhoben und geschlossen, ein Mann voll der tiefsten und schwersten Erfülltheiten und Er-

kenntnisse des Menschen. Und von letzter Schlichtheit, mit einer lautlosen Güte. Er ist wesentlich. Neben ihm verblaßte das Andere. Nur Paul Bildts harmbeladener, demütig resignierender Lachmann hatte in seinem einfachen Ernst die selbe Luftschicht.

Im *Neuen Theater* am Zoologischen Garten finden unter der künstlerischen Oberleitung Heinz Goldbergs von ausgezeichneten Berliner Regisseuren gestaltete Aufführungen statt, die nach Sachlichkeit streben. Es ist da ein ganzer Hauptmannzyklus in Angriff genommen worden. Bis jetzt erschienen in ihm Das Friedensfest, Der Biberpelz, Fuhrmann Henschel, Der arme Heinrich und Hanneles Himmelfahrt. Das Unternehmen hat es sich zur Aufgabe gestellt den heute unbemittelten Schichten das Wesentliche unserer Zeit nahezubringen.

Mittelalterliches Spiel Das von dem Maler Hans Holtorf geleitete, *Maskenwagen* betitelt Wandertheaterchen, das in den Ortschaften von Schleswig-Holstein und der Umgegend Aufführungen veranstaltet und sich vor allem der Wiederbelebung des Mysterienspiels widmet, gastierte auch in Berlin, in der Klosterkirche, mit einem mittelalterlichen Totentanzspiel. Die Lauterkeit des Willens und die inbrünstige Versenkung der Mitwirkenden in ihre Sache empfindet man zwar mit Rührung, aber von dem Spiel selbst bleibt man unberührt. Liegt uns die Primitivität dieses Ausdrucks zu fern, empfinden wir das Naive der holpernden Verse gegenüber der riesenhaften Tatsache des Todes als allzu gering? Vielleicht liegt es doch nur daran, daß die Furchtbarkeit des Todeserlebnisses, das phantastische Grauen des Sterbens von Regie und Darstellung bei weitem nicht begriffen und ausgeschöpft wurden. Man suchte das Hölzerne, die ungeschickte Schwerfälligkeit in Sprache und Bewegung des alten Spiels zu treffen, aber es kam nicht etwas Holzschnittmäßiges, einfach Ur-rissenes heraus, sondern eine Oberflächenzeichnung. Die Wirkung war mehr ärmlich als primitiv. Denn es fehlte dahinter das Charakteristische des Lebens. Die schreitenden, springenden, tänzelnden Bewegungen, die uns als grimassierende und willenlose Puppen gegenüber der Gewalt der dunklen Mächte erscheinen lassen müssen, waren angelernt und aufgesetzt anstatt durchblutet, die Sprache war hilflos tonarm anstatt schweres Gestammel der beladenen Seele. So

fehlten Holtorf selber (warum geht er übrigens in schwarzem Kostüm und nicht als das beinerne Gerippe mit der Sense und dem Stundenglas?) und seinen jungen, begeisterten Darstellern Dämonie und Irrealität. Welch wundervolle Aufgabe für einen Regisseur den Zug des Todes zu gestalten, mit allen Verrenkungen und Verzerrungen der Furcht der Kreatur, mit der letzten Entblößung der Herzen! Hier wiederholte sich nur stets der gleiche Auftritt in ermüdender Monotonie. Einen Augenblick lang, während des Hereinziehens der Mittänzer in dem Todesreigen durch den schmalen, kahlen Gang der düstern Kirche, war die Kraft der Vision vorhanden.

Märchenfilm Der Regisseur Ludwig Berger hat uns zu Weihnachten einen Märchenfilm *Der verlorene Schuh* beschert, der das Märchen vom Aschenputtel erzählt. Dieser Film, von der Kritik mit stürmischer Begeisterung aufgenommen, hat allerdings überaus reizvolle Einzelheiten, die zu dem Besten gehören, was das Kino bisher überhaupt geschaffen hat. So wenn das Bäumchen über Aschenputtel Gold und Silber schüttelt, ein einziges Glimmern und Glänzen, während die geisterhafte Staatskarosse traumspukhaft angefahren kommt; oder wenn eine Schar grotesker Höflinge, mit Pechfackeln bewaffnet, wie irrsinnig hinter einem als Aschenputtel verkleideten affenähnlichen Zauberdienstler herjagt, dessen pudelnärrisches Hin- und Herhüpfen alle an der Nase herumführt. (Diesen affenhaften Knecht spielte Georg John mit einer geradezu verblüffenden Mischung von Naturalismus und bizarrer Phantasie. Ein menschlicher Orang-Utan.) Und bezwingend komisch, einfach zum Tötlichen, wenn ein dümmlich feiner Hofkavalier, von der guten Fee in ein Einmacheglas gesperrt, winzig klein, wie ein Laubfrosch verzweifelt darin herumturnt. Die Fülle der Einfälle aus der Grimmschen Märchenwelt, die Schönheit und Laune vieler Bilder, besonders der grotesken, ist packend; dabei haben sie ebenso Präzision wie raunend Verschwimmendes. (Sehr häufig allerdings entsteht auch Unklarheit.) Und prachtvoll geradezu sind einzelne schauspielerische Leistungen: außer der bereits genannten Johns die Figuren der beiden alten Prinzessinnen, zweier Erscheinungen aus E. T. A. Hoffmanns und Büchners Welt. Vor allem aber die Märchenpatin der Frieda Richard, die Geheimnis, Humor, Güte,

bebenden Nerv und Zauberhaftigkeit in jedem Zug, in jeder Bewegung hat, unerschöpflichen Einfallsreichtum besitzt und ganz von einem Strom getragen ist, wahrhaft von der unwirklichen Atmosphäre des Märchens umflossen, eine Wirklichkeit höherer Art. Diese Leistung dieser großen Künstlerin allein ist ein bleibender Eindruck. Aber was sie hat, die Märchenhülle, gerade das vermisst man, trotz allen Einzelheiten, in dem Film als Gesamtem. Schon daß man ihn in das historische Rokokokostüm gesteckt hat, sprengt die Atmosphäre. Denn das Märchen wird greifbar, deutlich, historisch einzurangieren; es spielt vor genau so und so viel Jahrzehnten, anstatt nie und immer, wie es sein muß: so daß vorher nichts war, und nachher nichts ist, denn "es war einmal". Manchmal glaubt man ganz einfach in dem Film Fridericus Rex oder einem ähnlichen zu sein. Und wie insgesamt die Traumhaftigkeit ausbleibt, so ist auch das Geschehen selbst, besonders zu Beginn, lauwarm, eine gleichgültige, durchaus reale Familienangelegenheit. Um so mehr als Lucie Höfliches Stiefmutter weit mehr aus dem Weibsteufelbezirk als aus Grimms Reich stammt: ein zänkischer Charakter an Stelle der schlechthin bösen Märchenfigur; ihrer Darstellung fehlen Humor und Phantasie. Auch das Aschenputtel selbst hatte nicht den rührenden und seltsamen Zauber des nichts als Herz Seins; es war nur ein hübsches, blondes, nettes Mädel (den einfachern und innigern Ausdruck Mädchen kann man hier nicht anwenden). So fühlt dieser Film wohl das richtige Ziel, zu dem das Kino hin muß, ohne ihm indessen wirklich zuzustreben. ☉

Totenliste Am 6. März starb in Berlin, 77 Jahre alt, *Oskar Keßler*, der bis fast zu seinem 70.

Jahr dem Berliner Königlichen Schauspielhaus als Bonvivant und später als Vaterspieler angehörte. Liebenswürdige Eleganz zeichnete ihn aus.

In Kopenhagen starb am 26. März Dänemarks größter Schauspieler, *Olaf Poulsen*, 74 Jahre alt. Er galt als ein genialer Vertreter von Charakterrollen und wurde in seinem Land, das er nie verlassen hat, allgemein geliebt.

Im März starb auch, 84 Jahre alt, *Ellen Franz*, die Gattin des Herzogs Georg von Meiningen. Als Liebhaberin und Heldin war sie im Meiningener Theater mit größtem Erfolg tätig gewesen. Jahrzehnte hindurch stand sie ihrem Gatten in sei-

ner Bühnenreformatoren Arbeit als eifrige und bedeutende Mitarbeiterin zur Seite, und sie verstand es als Lehrerin wie als Regisseurin Talente heranzubilden. Auch Kainz dachte dankbar an sein intensives Studium mit ihr zurück.

Der Wiener Komiker des westjüdischen Jargons (nicht zu verwechseln mit der jüdischen Sprache, der Sprache der Ostjuden) *Heinrich Eisenbach* starb 52jährig im April. Er war ein Darsteller von genialer Karikierungsgabe und außerordentlichem Temperament, der hauptsächlich Börsentypen verkörperte. Eisenbachs Art war die des Improvisators, seine Extempores waren berühmt.

Am 26. Juni starb in Dresden *Karl Scheidemantel*, einer der berühmtesten Baritonisten und Operndarsteller. Er war von 1886 bis 1911 Mitglied der *Dresdener Hofoper*. Sein Sachs, sein *Klingsor* und *Kurvenal*, die er auch in *Bayreuth* sang, und sein *Amfortas* gehörten zu seinen bedeutendsten Leistungen. Von 1911 ab war *Scheidemantel*, ein Schüler *Stockhausens*, als gesuchter Gesangspädagoge in seiner Heimatstadt *Weimar* tätig. Er hat auch eine Schrift über Stimmführung veröffentlicht. Übrigens erhielt er 1914 den Preis des Deutschen Bühnenvereins für die beste neue *Don Juan*-Übersetzung, der man indessen nur sehr bedingt zustimmen kann.

Anfang August starb in New York *Louis Calvert*, einer der berühmtesten amerikanischen Darsteller klassischer wie moderner Charakterrollen, der ganz besonders auch als Komiker hervorragte. Der *Falstaff* war eine seiner Glanzrollen. *Ibsen* und *Shaw* wurden durch ihn in Amerika eingebürgert.

Am 15. November ist plötzlich *Guido Herzfeld* von der Berliner Volksbühne im Alter von 50 Jahren einem Herzschlag erlegen. Was aus *Herzfelds* Gestalten am markantesten hervorleuchtete, war Güte. Güte des Herzens in einer Bescheidenheit, einem innern Sichzurückziehen, das ihn stets in Keuschheit einhüllte. *Herzfeld* gab den *Dulder*, der von sich kein Aufhebens macht, er hatte den Heroismus der Kleinen (die im Grunde am größten sind). Der Bürger aus jedem Bezirk; das war deshalb sein darstellerisches Gebiet, und da erhüllte er das Innerste der Seele. Er sah seine Menschen kosmisch und gab ihnen Duldung des Verstehens. Das konnte er, weil er, im Kleinbürgerlichen, das Gegenteil eines Spießbürgers war. Denn er ermangelte durchaus nicht einer starken Phantasie. Sein Zwerg aus Immer-

manns *Merlin* war von greller Unheimlichkeit und zerstörender Kraft. Am 4. Dezember starb in Berlin im Alter von fast 60 Jahren der Schauspieler *Walter Schmidt-Häßler*, der am frühern Berliner und am Neuen Theater wirkte. Er war kein Schauspieler von besonderer Intuition, aber außerordentlich verwendungsfähig und von großem künstlerischen Ernst erfüllt. Auffallend war seine Ähnlichkeit mit *Friedrich dem Großen*, den er daher dargestellt hat.

Kurze Chronik In der Berliner Hochschule für Musik wurde eine von *Franz Ludwig Hörth* und *Emil Pirchan* eingerichtete *Normalbühne* eröffnet, auf der die Schüleraufführungen des Instituts von jetzt an stattfinden werden. ◊ Zum Nachfolger *Leo Blech*s auf dem Posten des Generalmusikdirektors der *Berliner Staatsoper* wurde *Erich Kleiber* aus *Mannheim* gewählt. *Fritz Stiedry* wurde durch die mit dieser Berufung verbundenen merkwürdigen Umstände veranlaßt von seinem Posten zu scheiden. Die Staatsoper und, wie zu fürchten steht, *Berlin* überhaupt, verliert durch *Stiedrys* Abgang einen der wenigen jetzt lebenden Dirigenten von universeller Bedeutung. ◊ Ein *Niederländischer Bühnenmonat* wurde im Februar im Haag veranstaltet. Mit einer Ausstellung von Kostüm-, Szenen- und Theaterarchitekturentwürfen vereinten sich Theaterveranstaltungen der besten holländischen Ensembles, Tanzaufführungen und Dramenvorlesungen moderner Autoren. ◊ Das, an Stelle des vor Jahresfrist abgebrannten, als Provisorium aus einer Reitbahn neu erbaute *Friedrichstheater* in *Dessau* wurde im Februar mit den Meistersingern eröffnet. ◊ Seit diesem Herbst besitzt *London* im Forumtheater ein großes populäres Institut zur Pflege alter und neuer Werke. Einer der Direktoren ist der russische Regisseur *Jewskij*, der in *Moskau* von 1914 bis 1919 ein Theater leitete, das einer phantastischen Richtung diente. ◊ Der Sänger und frühere Schauspieler *Waldemar Staegemann*, bisher Regisseur an der *Dresdener Staatsoper*, wurde zum Intendanten des *Kieler Stadttheaters* gewählt. ◊ Das Nationaltheater in *Kristiania* hat *Björn Björnson* zum Direktor gewählt. Dieser war schon früher an dem Institut als Regisseur und Darsteller tätig. ◊ Ein *Carusodenkmal* in 4facher Lebensgröße auf hohem Sockel, von *Filippo Cifariello*, wurde in *Neapel* enthüllt. Es ist für *New York* bestimmt.

KULTUR

Landwirtschaft / Fritz Baade

Düngerwirtschaft Eins der wichtigsten Probleme der deutschen Landwirtschaft ist seit dem Krieg unstreitig die Frage der Phosphorsäuredüngung. Vor dem Krieg, 1913, verbrauchte die deutsche Landwirtschaft 200 bis 217 000 Tonnen Stickstoff, 650 000 Tonnen Phosphorsäure, 530 000 Tonnen Kali. Die mit den Ernten dem Boden entzogenen Mengen an Stickstoff, Phosphorsäure und Kali verhalten sich etwa wie 2 : 1 : 3. Es würden also auf 1000 Kilogramm Stickstoff 500 Kilogramm Phosphorsäure und 1500 Kilogramm Kali entfallen. Da die Düngemittel in der Praxis ganz verschieden stark ausgenutzt werden, nämlich der Stickstoff etwa zu 60 %, die Phosphorsäure zu 10 %, das Kali zu 30 %, so müßten dem Boden in Form von künstlichen Düngemitteln stets je 1670 Kilogramm Stickstoff, 5000 Kilogramm Phosphorsäure und 5000 Kilogramm Kali zur Verfügung gestellt werden. Der tatsächliche Verbrauch von 1913 entspricht also in der Relation der einzelnen Nährstoffe annähernd dem theoretisch erforderlichen Verhältnis. Anders steht es mit den absoluten Mengen. Der Stickstoffverbrauch von 200- bis 217 000 Tonnen Stickstoff verteilte sich auf eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von etwa 35 Millionen Hektar, so daß (nach Otto Gerlachs 1916 veröffentlichter Arbeit Deutschlands Bedarf an stickstoffhaltigen Düngemitteln) auf den Hektar nur etwa 6 Kilogramm Stickstoff entfallen. Dagegen beträgt der Stickstoffverbrauch auf rationell bewirtschafteten Gütern 16,5 bis 46 Kilogramm pro Hektar. Würde also, was das Ziel einer energischen Produktionssteigerungspolitik sein müßte, auf der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche durchschnittlich ebensoviel Stickstoff verbraucht wie in den besonders rationell geleiteten Betrieben, so ergäbe dies einen Verbrauch von mindestens 536 000 Tonnen Stickstoff. Errechnet man nun, auf Grund dieses theoretischen Stickstoffsolls, das theoretische Phosphorsäure- und Kalisoll, so bekäme man einen Gesamtsollverbrauch an Kunstdünger von 536 000 Tonnen Stickstoff, 1 605 000 Tonnen Phosphorsäure und 1 605 000 Tonnen Kali. Diese Mengen würden allerdings beim Kali die gesamte Weltproduktion übersteigen, die 1913 nur etwa 1 200 000 Tonnen Kali betrug. Diese Produktion hätte aber bei genügender Nachfrage ohne weiteres in

dem erforderlichen Maß gesteigert werden können. Bei Phosphorsäure handelt es sich etwa um die Hälfte der Weltproduktion von 1912, die ebenfalls noch stark entwicklungsfähig war. Von dieser Seite aus hätte also ein solches Produktionsprogramm keinerlei ernsthafte Hindernisse zu erwarten gehabt. Das Problem war lediglich die große Masse der rückständigen Landwirte zu der gleichen Kunstdüngerverwendung zu veranlassen wie sie in jedem neuzeitlich geleiteten Betrieb selbstverständlich ist. Die dadurch mögliche Produktionssteigerung hätte ausgereicht, um unsern Nahrungsmittelbedarf im eigenen Land zu decken. In diesen Zustand hinein kam der Krieg, der nicht nur die Möglichkeiten einer Weiterentwicklung abschnitt sondern auch das bis 1913 erreichte Ausmaß der künstlichen Düngung in Frage stellte.

Von dem tatsächlichen Verbrauch des Jahres 1913 war nur das Kali im Inland erzeugt worden, von dem Stickstoff war etwa die Hälfte in Form von Chilesalpeter eingeführt worden. Die Phosphorsäuredüngemittel wurden zwar im Inland hergestellt, gingen aber, das Superphosphat völlig, das Thomasmehl etwa zur Hälfte, auf ausländische Rohstoffe zurück. Durch den Verlust Elsaß-Lothringens ging uns dann noch fast der gesamte Rest an inländischen phosphorsäurehaltigen Eisenerzen verloren, so daß, seit dem Ende des Krieges, die Phosphorsäuredüngemittel nahezu restlos aus ausländischen Rohstoffen hergestellt werden müssen.

Der Ausfall an Stickstoff war nur während des Krieges fühlbar. Die Notwendigkeit uns bei der Munitionsherstellung von dem ausländischen Salpeter unabhängig zu machen führte bekanntlich dazu, daß die, schon vor dem Krieg bekannten, Verfahren zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft mit großer Beschleunigung vervollkommenet und Anlagen von ganz außerordentlicher Leistungsfähigkeit geschaffen wurden. Es war also vorauszusehen, daß nach dem Krieg nicht nur der frühere Bedarf der Landwirtschaft, sondern auch die für ein Programm der Produktionssteigerung benötigten Mengen zur Verfügung stehen würden. Man rechnete damals (einschließlich des, als Nebenprodukt der Kokerei gewonnenen, schwefelsauren Ammoniaks) auf eine Nachkriegsproduktion von 400 000 Tonnen Stickstoff jährlich. Diese Zahl ist dann in Wirklichkeit allerdings teils wegen Kohlenmangels teils wegen unzureichender Nachfrage der

Landwirtschaft nicht erreicht worden. Immerhin stieg der Stickstoffverbrauch im Jahr 1921-1922 auf 300 000 Tonnen, also auf 150 % des Vorkriegsverbrauchs. Auch der Kaliverbrauch stieg, und zwar auf 775 000 Tonnen Kali, gegen 530 000 Tonnen 1913; er erreichte jedoch nicht das dem tatsächlichen Stickstoffverbrauch von 300 000 Tonnen theoretisch entsprechende Optimum, denn dies wären 900 000 Tonnen Kali gewesen. Die Kalidüngung ist also, trotz des besonders günstigen Kalipreises, gegenüber der Stickstoffdüngung vernachlässigt worden.

Das große Problem blieb im Krieg und nach dem Krieg die Phosphorsäuredüngung. Während des Krieges waren wir infolge der Blockade unausweichbar auf die eigene Thomasmehlproduktion beschränkt, für die uns allerdings auch die Erze aus dem Becken von Longwy-Briey zur Verfügung standen. Nach dem Krieg traten an die Stelle der absoluten Unmöglichkeit des Imports die Valutaschwierigkeiten. Es muß allerdings gleich hier schon bemerkt werden, daß diese Schwierigkeiten in der Diskussion über das Phosphorsäureproblem zweifellos überschätzt worden sind. Privatwirtschaftlich, vom Standpunkt des einzelnen Landwirts aus, stellt sich die Behinderung des Bezugs von Auslandsphosphaten in der Verschiebung der Preisrelation zwischen landwirtschaftlichen Produkten und phosphorsäurehaltigen Düngemitteln dar. Diese Relation war aber, wie ich bereits in meinem Aufsatz Die Lage der deutschen Landwirtschaft nach dem Krieg (in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 657 ff.) nachgewiesen habe, durchaus nicht ungünstig. Die Menge des Superphosphats, das man für einen Zentner Roggen erhielt, war im Jahr 1922 sogar meist etwas höher als vor dem Krieg.

Auch die volkswirtschaftliche Seite des Problems ist meist schief dargestellt worden. Es ist zweifellos eine Übertreibung, wenn Friedrich Aereboe in seiner bekannten Schrift Neue Düngerewirtschaft ohne Auslandsphosphate (Berlin, Paul Parey) schreibt: »Die Einfuhr dieser Phosphorsäuremengen (900 000 Tonnen Rohphosphate) ist uns bei unseren Valutaverhältnissen dauernd ebensowenig möglich wie die Einfuhr von 1½ Millionen Tonnen Brotgetreide.« Dem gegenüber ist zu bemerken, daß die Einfuhr dieser 900 000 Tonnen Rohphosphate uns vor dem Krieg 46 478 000 Mark kosteten. Diese Summe von 46½ Mil-

lionen Goldmark ist zwar keine Bagatelle, sie muß aber im Zusammenhang mit anderen Posten unserer volkswirtschaftlichen Bilanz betrachtet werden. Rechnet man sie in Brotgetreide um, so sind es etwa 230 000 Tonnen Weizen, also etwa nur der achte Teil der von Aereboe gleichzeitig genannten Brotgetreidemenge. Völlig verschwindend wird aber dieser Betrag, wenn man ihn etwa mit den Posten unseres Staatshaushalts vergleicht. Das Defizit unseres Staatshaushalts betrug in der 3. Oktoberdekade 1923 400 Millionen Goldmark, die Einfuhr der Rohphosphate kostete uns also 1913 wenig mehr als jetzt das Defizit eines Tages, beide Summen in Goldmark gerechnet. Immerhin, während des Krieges war der Mangel an Phosphorsäure absolut, und auch nach dem Aufhören der Blockade wurde dieser Mangel als absolut empfunden, wozu zweifellos die Gewohnheit nicht in Preisrelationen zu rechnen sondern jeden in Papiermark angeschwollenen Preis einfach als "hoch" zu betrachten viel beigetragen hat.

Das erste, was die Landwirtschaftswissenschaft zur Phosphorsäurefrage feststellte, war, daß wir vor dem Krieg mit der Phosphorsäuredüngung häufig des Guten zu viel getan hätten. Phosphorsäure als der billigste Dünger sei damals im Überfluß verwandt worden; da die zur Pflanzenernährung geeigneten Phosphorsäureverbindungen zum Glück die Eigenschaft besäßen sich jahrelang im Boden zu erhalten, so habe unser Ackerboden eine Vorratsdüngung an Phosphorsäure erhalten. Mag diese Feststellung auch in mancher Beziehung übertrieben und vor allem in ihrer Verallgemeinerung auf sämtliche Böden unrichtig sein, so war sie doch sicher bis zu einem gewissen Grad zutreffend und wurde durch die praktischen Erfahrungen der Kriegsjahre bewiesen. Denn andernfalls hätte bei der plötzlichen starken Einschränkung der Phosphorsäuredüngung der Rückgang der Ernten viel größer und katastrophaler sein müssen. Über die weiteren Theorien und Versuche zur Phosphorsäureersparnis siehe diese Rundschau, 1922 I Seite 556 f. Weit aus das größte Aufsehen, auch über den Kreis der Fachwissenschaft und der praktischen Landwirte hinaus, erregte aber die eben erwähnte Schrift Aereboes. In ihr versucht Aereboe die Forschungsergebnisse der Agrikulturchemiker (vor allem der damaligen Privatdozentin, jetzigen Professors in Hohenheim Margarete von Wrangell) mit der

ihm eigenen umfassenden betriebswissenschaftlichen Anschauung und Organisationsgabe zu einem ganz neuen Düngungssystem zu verbinden. Die leitenden Grundideen sind dabei folgende:

1. Wirtschaftlicher Gesichtspunkt: Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist Phosphorsäure "teuer", Stickstoff "billig" geworden. Da alle Überlegungen und Maßnahmen der Betriebsleitung von den Preisrelationen der Produkte zu den Produktionsmitteln und der Produktionsmittel unter einander ausgehen müssen, muß diese Preisverschiebung naturgemäß auch auf die ganze Betriebsführung von Grund auf umgestaltend wirken.
2. Technischer Gesichtspunkt: Die meisten Ackerböden enthalten von Natur aus Phosphorsäureverbindungen in überreichlichen, auf Jahrhunderte hinaus ausreichenden Mengen. Diese Phosphorsäureverbindungen kamen bisher für die Pflanzenernährung nicht in Betracht, weil sie unlöslich sind. Es besteht aber die Möglichkeit sie löslich und damit für die Pflanzen aufnehmbar zu machen. Mittel hierzu geben uns vor allem die Schmetterlingsblütler (Lupinen, Erbsen, Wicken, Klee, Luzerne) an die Hand.
3. Synthese vom Standpunkt der Betriebslehre: Die Eigenschaft der Schmetterlingsblütler die sonst unlöslichen Phosphorsäureverbindungen im Boden löslich zu machen ist bisher praktisch unbenutzt geblieben. Statt dessen hat man einseitig Wert auf eine andere Eigenschaft der Schmetterlingsblütler gelegt, nämlich auf die den Luftstickstoff mit Hilfe der Knöllchenbakterien für ihre Ernährung nutzbar zu machen. Welche dieser beiden Eigenschaften der Schmetterlingsblütler jeweils in den Vordergrund gestellt werden soll, hängt von der Preisrelation zwischen künstlichem Stickstoffdünger und künstlichem Phosphorsäuredünger ab. Ist Stickstoff teuer und Phosphorsäure billig, dann ist es richtig die Lebenstätigkeit der Schmetterlingsblütler durch reichliche Gaben leichtlöslicher Phosphorsäure anzuregen und sie dadurch zu erhöhter Ausnutzung des Luftstickstoffs fähig zu machen. Ist dagegen Stickstoff billig und Phosphorsäure teuer, so ist der umgekehrte Weg richtig: Die Schmetterlingsblütler müssen durch Entziehung der Phosphorsäuredüngung gezwungen werden die Bodenphosphate aufzuschließen, wozu sie, nach Aereboe, durch reichliche Stickstoffgaben in erhöhtem Maß befähigt werden. Bei den anderen Nutzpflanzen, besonders den Halmfrüchten, die eine geringere Fähigkeit haben kalkhaltige

Bodenphosphate aufzuschließen, befördert man diese Aufschließung durch die Auswahl der Stickstoffdüngemittel. Es gibt Düngemittel, die physiologisch alkalisch wirken, wie Chile- und Natronsalpeter, und solche, die physiologisch sauer wirken, wie schwefelsaures Ammoniak. Die bei der Verwendung solcher Düngemittel freiwerdenden Säuren befördern die Aufschließung der Bodenphosphate. Dieser Vorgang ist zu vergleichen mit der Herstellung von Superphosphat, wo ebenfalls die unlösliche Phosphorsäure im phosphorsauren Kalk durch Zusatz von Schwefelsäure löslich und für die Pflanzen aufnehmbar gemacht wird. Im Ackerboden geht dieser Prozeß um so besser vor sich, je weniger er durch die Anwesenheit von kohlenisaurem Kalk gestört wird. Bei Halmfrüchten ist daher, um die Phosphorsäuredüngung zu ersparen, die Anwendung alkalisch wirkender Stickstoffdüngemittel zu unterlassen, statt dessen sind sauer wirkende Stickstoffdüngemittel und die ebenfalls sauer wirkenden Kalisalze reichlich zu verwenden. Ebenfalls zu unterlassen ist die direkte Kalkung bei Halmfrüchten; diese ist nur den Schmetterlingsblütlern zu geben. Das Wichtigste an dem Aereboeschen Düngungssystem sind aber nicht diese einzelnen Beobachtungen und Rezepte, sondern deren Verbindung zu einem Betriebssystem, das in seiner glänzenden Zusammenfassung all dieser Elemente geradezu verblüfft und auf den ersten Blick als eine geniale Anpassung an die neuen Bedingungen unserer Düngemittelversorgung erscheint. Es wird folgender Kreislauf angestrebt: Die Schmetterlingsblütler erhalten statt der gewohnten Kali-Phosphat-Düngung eine starke Stickstoffdüngung. Dadurch wird, nach Aereboe, deren Ertrag sehr gesteigert. Gleichzeitig wird der Anbau der Schmetterlingsblütler, vor allem der Futtergewächse, Luzerne und Rotklee, auf schweren Böden, Lupinen und Serradella auf leichten Böden stark vermehrt. Dadurch und durch die Stickstoffdüngung wächst die Futtermasse des Betriebs. Diese gestattet eine vermehrte Viehhaltung, und es ergibt sich eine vermehrte Produktion von nährstoffreichem Stalldünger. Auf diesem Weg wird die durch die Schmetterlingsblütler aufgeschlossene Bodenphosphorsäure dem Acker in leichtlöslicher Form wieder zugeführt. Mit jedem Umlauf dieser Art vermehrt sich die im Betrieb umlaufende leichtlösliche Phosphorsäuremenge auf Kosten der unlöslichen Bodenphosphate.

Gegenüber diesem Zuwachs an Pflanzennährstoffen ist der Verlust durch die geringfügigen in den verkauften Produkten enthaltenen Phosphorsäuremengen verschwindend klein.

Diese Aereboeschen Gedankengänge, die zudem in einer glänzenden Form vorge tragen sind, fanden zunächst viel Zustimmung. Bald meldeten sich jedoch allerhand kritische Einwände, und wenn man jetzt den Zeitraum von etwa 1½ Jahren überblickt, so muß man sagen, daß die Kritik immer stärker geworden ist, die Zustimmung dagegen abgenommen hat.

Der erste Einwand, der laut wurde, war, daß die einseitige Anwendung physiologisch saurer Düngemittel, die Verstärkung der sauren Bodenreaktion also, auch recht unerwünschte Wirkungen haben kann. Diesen Wirkungen sucht man sonst durch Kalkung zu begegnen; gerade die Kalkung aber soll ja, nach Aereboe, bei den Halmfrüchten wenigstens vermieden werden. Damit hängt der andere Einwand zusammen: daß wir nämlich viele Böden haben, die bereits in dem von Aereboe gewünschten Sinne sauer sind. Auf diesen Böden hat also die durch saure Bodenreaktion mögliche Aufschließung der Phosphate bereits stattgefunden; eine weitere Verstärkung der Aufschließung und eine Ersparnis an Phosphorsäure wäre hier also nicht mehr zu erwarten. Wichtiger noch ist, daß die ertragsteigernde Wirkung der Stickstoffdüngung an Stelle der Phosphorsäuredüngung bei Klee und Luzerne von vielen Seiten bestritten wurde. Wenn sie auch von anderer Seite wieder bestätigt wurde, so ergab doch die Praxis eine höchst unsichere, wechselvolle Wirkung.

Die eingehendste Kritik aber erfuhr das Aereboesche System durch Paul Wagner/Darmstadt/, der im Juli 1922 7 zusammenhängende Artikel über das Problem der Phosphorsäuredüngung erscheinen ließ. Gestützt auf ein außerordentlich umfangreiches Material und auf Erfahrungen aus zum Teil vieljährigen Feldversuchen, bringt Wagner hier den Nachweis, daß wir keinen Anlaß haben von dem bisherigen Verfahren der Phosphorsäuredüngung abzugehen. In den Mittelpunkt seiner Untersuchung stellt Wagner die Überlegung, die in der ganzen Erörterung des Phosphorsäureproblems wohl das wichtigste Ergebnis ist: daß es nämlich irgendwelche für alle Böden und alle Betriebe gültigen Düngungsrezepte und Düngungssysteme nicht geben kann. Es ist vielmehr gerade bei

der Phosphorsäuredüngung nötig das Düngungsbedürfnis jedes einzelnen Bodens und jedes Betriebs auf das sorgfältigste durch Ernte-, Boden- und Düngenganalysen, vor allem aber durch fortgesetzte vergleichende Düngungsversuche festzustellen. Die durchaus verschiedenen Wirkungen der Phosphorsäuredüngung sind dadurch zu erklären, daß unsere Ackerböden, je nach ihrer natürlichen Zusammensetzung und ihrem Kulturzustand, alle Abstufungen zwischen völliger Phosphorsäuresättigung und größtem Phosphorsäurehunger aufweisen. Die einzige Sparmaßnahme, zu der uns die durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse bedingte Knappheit der Phosphorsäure veranlassen kann, ist die sorgfältige Untersuchung aller Böden auf ihre Phosphorbedürftigkeit. Nur dort, wo durch vergleichende Düngungsversuche sich keine Wirksamkeit, respektive Rentabilität der Phosphorsäuredüngung ergibt, kann sie ein paar Jahre lang gespart werden.

Ganz besonders groß ist, nach Wagner, die Ertragssteigerung, die durch die Kaliphosphatdüngung bei Klee hervorgerufen wird. Auch durch stärkste Stickstoffgaben hat Wagner hier keine ähnliche Ertragssteigerung hervorrufen können. In außerordentlich interessanter und einleuchtender Weise erklärt Wagner die unregelmäßige Wirkung der Stickstoffdüngung bei Schmetterlingsblütlern, vor allen Dingen aber bei Klee und Luzerne. Das Ergebnis schwankt hier zwischen Ertragssteigerung, Wirkungslosigkeit oder gar Ertragsminderung. Wagner erklärt dies so: Die normale Stickstoffversorgung der Schmetterlingsblütler geschieht bekanntlich durch Aufnahme von Luftstickstoff mit Hilfe der Knöllchenbakterien. Nun braucht die junge Pflanze immer erst einige Zeit, bis die Symbiose mit den Knöllchenbakterien in Gang gekommen ist. In dieser Zeit leidet die Pflanze an Stickstoffmangel, wie man zum Beispiel bei Bohnen einige Zeit nach dem Aufgehen an deren gelber Färbung leicht beobachten kann. Durch Beigabe von Kunstdüngerstickstoff wird diese Periode des Stickstoffhungers zunächst hinausgeschoben. Die Pflanze entwickelt sich grün und üppig, bis der Stickstoff im Boden verbraucht ist. Dann beginnt, verspätet, die Hungerperiode, bis schließlich die Umstellung auf Luftstickstoff erfolgt ist. Je nachdem diese verzögerte Hungerperiode nun in eine für die Pflanze entscheidende oder weniger entscheidende Zeit fällt, ergibt sich aus der Stickstoffdüngung eine Schädigung

oder ein Gewinn. Die gleiche Beobachtung habe ich bei junger Luzerne gemacht. Ein Feld, das außer Kaliphosphatdüngung auch Stickstoff bekommen hatte, entwickelte sich zunächst üppiger als ein benachbartes gleichaltes Stück, das nur Kaliphosphatdüngung bekommen hatte. Der 1. Schnitt fiel dementsprechend auch besser aus. Bis zum 2. Schnitt hatte die Kaliphosphatparzelle die Kaliphosphatstickstoffparzelle nicht nur eingeholt sondern überholt, so daß nunmehr der Ertrag auf der Stickstoffparzelle geringer war. Auch aus einem andern Grund muß man die günstige Wirkung der Stickstoffdüngung bei Luzerne bezweifeln. Wenn Aereboe in Hohenheim durch Stickstoffdüngung auf Luzernefeldern große Mehrerträge an Heu erhalten hat, so liegt der Gedanke nahe, daß hier eine Vermehrung des Grasses auf Kosten der Luzerne stattgefunden hat. Bei der starken Graswüchsigkeit des Hohenheimer Bodens, die dort, wie der Bearbeiter dieser Rundschau sich selbst überzeugen konnte, ein Haupthindernis des Luzernebaus bildet, wäre ein solches Ergebnis nicht verwunderlich. Dafür spricht auch der Umstand, daß das Luzernefeld, das Aereboe einmal anführt, im nächsten Jahr umgebrochen worden ist.

Mit der Möglichkeit durch reichliche Stickstoffdüngung zu Futterleguminosen im Vergleich zu der Kaliphosphatdüngung einen erheblichen, einwandfreien Mehrertrag zu erzielen, steht und fällt aber das ganze Aereboesche Düngungssystem. Man kann dementsprechend auch wohl sagen, daß dieses System, nach der überwiegenden Meinung der Praktiker und der Theoretiker, nicht eine Lösung des Phosphorsäureproblems bedeutet. Im Gegenteil dürfte sich, bei einer allgemeinen Untersuchung des Phosphorsäuredüngungsbedürfnisses unserer Böden, zweifellos herausstellen, daß eine vermehrte Phosphorsäureverwendung die Produktion noch wesentlich steigern kann. Die ausgedehnteste Steigerungsmöglichkeit für unsere landwirtschaftliche Produktion durch Düngungsmaßnahmen ist, wie schon oben dargelegt, dadurch gegeben, daß die rückständigen Betriebe veranlaßt werden die gleichen Kunstdüngermengen zu verwenden wie die fortgeschrittenen Betriebe. Dies bedeutet aber eine erhebliche Steigerung des gesamten Kunstdüngerverbrauchs, einschließlich des Verbrauchs an Phosphorsäure. Eine vermehrte Einfuhr von Auslandsphosphaten, die die Vorkriegsmenge nicht nur erreicht sondern sogar

übertrifft, ist daher eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion. Sie würde sich sowohl privat- wie volkswirtschaftlich reichlich bezahlt machen, besonders dann, wenn es gelingt diese Phosphorsäuremengen denjenigen Böden zuzuführen, die ihrer am meisten bedürfen.

Die Aereboesche Schrift hat, trotz der hier vorgebrachten Kritik, das große Verdienst die allgemeine Aufmerksamkeit auf die wichtigen Fragen der Kunstdüngerwirtschaft in erhöhtem Maß hinzulenken. Ein anderes wichtiges Verdienst der Aereboeschen Ausführungen ist der stets wiederholte und gar nicht häufig genug zu wiederholende Hinweis auf die Wichtigkeit eines vermehrten und verbesserten Futteranbaus. Es dürfte kaum einen Betrieb geben, dessen Ergiebigkeit auf diesem Weg nicht noch vermehrt werden könnte. Mit diesem Gesichtspunkt wird man sich in dieser Rundschau bei der Betrachtung der Grünlandbewegung ausführlich zu beschäftigen haben.

Rußland Über die Landwirtschaft im bolschewistischen Rußland hat sich neulich der Diplomlandwirt Richard Höltzermann in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse ausgelassen. Leider enthält ein allzu beträchtlicher Teil dieses Aufsatzes statt der sehr notwendigen und allgemein erwünschten Berichterstattung über die tatsächlichen Verhältnisse nur allgemeine Feststellungen über das bolschewistische Regime, die vollständig richtig sind, aber noch nicht weiter führen. Die Bolschewistenherrschaft hat den alten Produktionsapparat zerschlagen, ohne bisher Neues an seine Stelle zu setzen. Nun handelt es sich aber für alle, die an dem notwendigen Wiederaufbau der russischen Landwirtschaft tätig mitwirken möchten, darum, wo und womit man beginnen könnte. Hierüber vermißt man in dem genannten Artikel genauere Angaben. Von höchster Bedeutung wäre es einiges Tatsächliche zu wissen, vor allen Dingen, ob und in welchem Umfang hoch kulturwürdiges Land in Rußland völlig brach liegt und sich, wie Höltzermann schildert, in Distelwälder und Queckenwildnis verwandelt hat. Dabei würde vor allem interessieren zu erfahren, wie weit dies auch für die fruchtbarsten Gegenden, die Gebiete der sogenannten Schwarzerde, zutrifft; ferner, ob die Verödung dieser Länder eine Folge der Dürkkatastrophe

und des Massensterbens oder eine Folge der blindwütigen Zerstörung der großen Güter gewesen ist. Nur dort, wo fruchtbarstes Land in wirklich beträchtlichem Umfang wirtschaftlich und rechtlich herrenlos geworden ist, sei es dadurch, daß ganze Dörfer ausgestorben sind, sei es dadurch, daß die Bauern außerstande waren das Land des zerstörten Großgrundbesitzes in Kultur zu nehmen, ist Raum für Neuanlagen in großem Stil. Nur unter diesen Voraussetzungen ist die Form des landwirtschaftlichen Wiederaufbaus möglich, die man in Deutschland für gewöhnlich im Auge hat: die gewissermaßen amerikanische extensive, aber technisch und maschinell höchst entwickelte Steppenkultivierung. Genauere statistische Erhebungen über den Umfang der Ödländereien, die in Rußland neu entstanden sind, und über ihre Verteilung auf die verschiedenen Bodenarten dürften höchstwahrscheinlich ergeben, daß der prozentuale Anteil der nicht von Bauern okkupierten fruchtbaren Ländereien sehr viel geringer ist als man gewöhnlich annimmt. Quantitativ betrachtet wird sich daher das Problem des Wiederaufbaus der russischen Landwirtschaft höchstwahrscheinlich in erster Linie als ein innerrussisches Problem darstellen. Es wird sich vor allen Dingen darum handeln den russischen Bauern technisch und wirtschaftlich weiterzubilden, ihn an die Verwendung von landwirtschaftlichen Maschinen und Industrieerzeugnissen zu gewöhnen und mit solchen zu versorgen, ihn überhaupt als Produzenten und als Konsumenten in den wirtschaftlichen Kreislauf wieder einzugliedern. Neben diesen innerrussischen Aufgaben und Problemen treten zweifellos die Möglichkeiten des Wiederaufbaus von außen her, zum Beispiel durch deutsches Kapital und deutschen Unternehmungsgeist, zurück. Diese Möglichkeiten sind trotzdem vorhanden; nur muß man sich darüber klar bleiben, daß es sich hier nur um ein Teilproblem der kommenden russischen Agrarreform handelt. Einen beachtenswerten Vorschlag macht Höltzermann, indem er anregt zur Vorbereitung deutscher Landwirte für die Betätigungsmöglichkeiten, die sich ihnen in Rußland bieten könnten, "Russenkurse" abzuhalten. Richtig ist auch, daß sich zur Vorbereitung auf die Tücken eines trockenen Kontinentalklimas das Studium der Schriften von Matenaers empfehlen dürfte. Dazu hätte noch die übrige nord- und südamerikanische Literatur über Dry Farming zu treten. Bei

der Organisation solcher Russenkurse dürfte aber das von Höltzermann vorgeschlagene Zusammenwirken der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, des Bundes der Landwirte und des Verbandes der deutschen Maschinenindustriellen nicht ausreichen, um eine restlos umfassende Vorbereitung deutscher Landwirte für die ihnen bevorstehenden Aufgaben zu erzielen. Es wird vielmehr auf die Mitwirkung russischer Organisationen bei diesen Kursen nicht verzichtet werden können. Die Gründung eines landwirtschaftlichen Großbetriebs in Rußland ist nicht nur eine wirtschaftliche und technische Aufgabe. Es gehört dazu eine eingehende Kenntnis des Volkslebens sowie der rechtlichen Zustände in Rußland. Welcher Art diese Zustände sind, ist für denjenigen, der nie dort war, schwer zu übersehen. Eine Zusammenarbeit mit den hierfür zuständigen Stellen wird daher vonnöten sein. Besonders Nutzen könnte hier eine ständige wissenschaftliche Einrichtung wie das Institut für Kunde Rußlands schaffen, zu dessen Begründung der erste Bearbeiter dieser Rundschau, Arthur Schulz, in weitschauender Weise sein Gut Joneiten und sein sonstiges Vermögen testamentarisch zur Verfügung gestellt hatte (siehe die Rundschau Sozialwissenschaften, 1918 I Seite 563 f.). Unser Wirtschaftszusammenbruch hat solche Pläne nicht zur Ausführung kommen lassen. Es wird sich als notwendig erweisen wieder auf sie zurückzukommen.

Totenliste Am 13. Juli starb in Berlin *Ernst Beckmann*, kurz nach Vollendung seines 70. Lebensjahrs, infolge einer Vergiftung (Lupinose), die er sich bei seinen Forschungen zugezogen hatte. Besonders bekannt wurde während des Krieges das von ihm ausgearbeitete Strohaufschließungsverfahren auf kaltem Weg. In München starb der Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz *Lorenz Hiltner*, in seinem 62. Lebensjahr. Die deutsche Landwirtschaft verlor durch seinen Tod einen Mann, der sich um die wissenschaftliche Begründung und den praktischen Ausbau des Pflanzenschutzes und der Schädlingbekämpfung die größten Verdienste erworben hat. In Stuttgart starb der emeritierte ordentliche Professor der Tierzuchtlehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim *Hermann Sieglin-Fehr*, 74 Jahre alt. Von seinen Arbeiten sind besonders die über Fischzucht bekannt.

Aufklärungs- Am 15. Mai 1923 erschien
schriften wiederum ein Doppelheft
der Illustrierten Landwirt-
schaftlichen Zeitung als Grünlandsonder-
nummer. Ebenso wie in der 1. Grün-
landsondernummer im April 1922 behan-
delt auch hier eine Reihe von Fach-
leuten Einzelfragen aus der *Grünland-*
bewegung, unter welchem Sammelnamen
man heute einen außerordentlich viel-
gestaltigen Komplex von betriebswissen-
schaftlichen, pflanzenzüchterischen und
tierzüchterischen Fragen zusammenfaßt.
Der Umkreis der behandelten Probleme
ist in der neuen Grünlandnummer gegen-
über der vorigen in erfreulicher Weise
dadurch erweitert, daß außer den Ver-
tretern der bayrischen engern Grünland-
bewegung auch solche aus Nord- und
Mitteldeutschland zu Wort kommen. Ein
Aufsatz über Moorweiden sowie ein
solcher über Luzerneanbau sind die Er-
gebnisse dieser Erweiterung.

Kurze Chronik Die argentinische Regierung
plant eine *internationale*
Ausstellung von Maschinen-
anlagen für Milchwirtschaft und Kühl-
anlagen, die am 5. Mai in Buenos Aires
eröffnet werden soll. Nähere Einzelhei-
ten über sie werden jedem Interessenten
von der Berliner argentinischen Gesand-
tschaft mitgeteilt. ◊ Die Berliner Land-
wirtschaftliche Hochschule hat, unter
Mitwirkung der Landwirtschaftskammer,
vom 12. bis zum 14. Dezember einen
Unterrichtskursus für praktische Land-
wirte und Verwaltungsbeamte abgehal-
ten. ◊ Am 15. November ist der älteste
unter den lebenden deutschen Vertre-
tern der Agrikulturchemie, *Joseph Kö-*
nig, 80 Jahre alt geworden. Am 1. Ja-
nuar 1871 wurde er vom Landwirtschaft-
lichen Provinzialverein in Marburg be-
rufen eine landwirtschaftliche Versuchs-
station in Münster einzurichten. Er hat
das getan und diese Anstalt dann 40
Jahre hindurch geleitet; sie ist eine der
größten deutschen Anstalten dieser Art
geworden und hat der Landwirtschaft
Westfalens gar nicht genug zu schätzende
Förderung gegeben. Die wissenschaft-
lichen Publikationen Königs, wie seine
Nährwerttafeln und seine Nahrungs-
mittelchemie, haben unserer Agrarwirt-
schaft große Dienste geleistet.

Literatur Das bekannte Werk *Wal-*
ter Streckers *Die Kultur*
der Wiesen ist in 4. Auf-
lage herausgekommen /Berlin, Paul
Parcy/. Es ist und bleibt das Standard-
werk des Wiesenbaus. Allerdings hätten

in einzelnen Punkten die Fortschritte
und Erfahrungen der letzten Jahre aus-
giebiger herangezogen werden können.
Dies gilt zum Beispiel von der künst-
lichen Trocknung des Grases und der
Futterpflanzen, bei der die Erfahrungen
in den Kriegsjahren doch nicht so voll-
ständig gegen jede Rentabilität dieser
künstlichen Trocknung sprechen. ◊
Die ertragssteigernde Wirkung der
Kieselsäure bei unzureichender Phos-
phorsäuredüngung behandelt *Otto Lem-*
mermann /Leipzig, Verlag Chemie/.
Die sehr umfangreichen und mit großer
Sorgfalt angestellten Versuche scheinen
ganz unzweifelhaft zu beweisen, daß bei
unzureichender Phosphorsäuredüngung
die reichliche Anwendung von Kiesel-
säure, und zwar in Form von kolloi-
daler Kieselsäure, eine erhebliche Er-
tragssteigerung zur Folge hat. Für die
Praxis dürfte dieses Ergebnis vor allen
Dingen insofern von Bedeutung sein, als
bei der Beurteilung des Phosphorsäure-
düngungsbedürfnisses von Böden auch
deren Gehalt an leichtlöslicher Kiesel-
säure berücksichtigt werden muß. Je
größer der Gehalt eines Bodens an
leicht aufnehmbaren Kieselsäureverbin-
dungen ist, desto geringer wird, *ceteris*
paribus, sein Phosphorsäuredüngen-
bedürfnis sein. Außerordentlich sym-
pathisch berührt die zurückhaltende Art,
mit der aus diesen Versuchen Folge-
rungen für die Praxis gezogen werden.
Lemmermann betont nachdrücklich die
Notwendigkeit die Versuche fortzusetzen
und vor allem durch Selbstversuche zu
ergänzen.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Indische Eine der interessantesten
Erzähler Sammlungen ist die der In-
dischen Erzähler, die der
Verlag H. Haessel in Leipzig begonnen
hat, und von der bereits eine Anzahl
Bände vorliegt. Der 1. Band der *Novel-*
len bringt 2 Erzählungen: Prinz Aghata
und Die Abenteuer Ambadas, verdeutscht
von Charlotte Kräuse. Mir scheint es,
als ob im Indischen fast überall 2 Strö-
mungen zu unterscheiden sind, die sich
nie ganz verschmelzen: einmal der ganz
überquellende, gedrängte Reichtum, eine
Phantastik, so blutvoll und körperlich
gefühl, daß selbst die Architektur, die
sonst Räume baut, hier wie die Aufein-
andertürmung von lebendigen Körpern
wirkt, einer immer von einem andern
größern umfaßt; und dann auf der an-
dern Seite eine merkwürdige Weitläufig-

keit in der Gestaltung, Ornamente so übersichtlich um ihr Zentrum gruppiert wie in Griechenland oder Deutschland, ja manche direkt schematisch in ihrer Klarheit. Und dieser weiche, dünne, klare Geist (den ich übrigens auch im Kalidasa finde) ist auch in diesen beiden Erzählungen. Mit der indischen Architektur und Plastik haben sie eigentlich nur die endlosen Ineinanderschachtelungen gemein. Wie in ihren Bauten immer eine verhältnismäßig einfache Form die andere überschneidet, so daß eine ganz komplizierte Außenform entsteht, so ist auch eine Erzählung in die andere hineingeschachtelt, und man verliert oft die führende ganz aus den Augen. Ähnliche Verschachtelungen sollen auch ihrer Logik eigentümlich sein. Ob diese Zweifelt nicht geographisch begründet sein kann? Ob vielleicht Hinterindien durch seine Mischung mit den Malayen erst diese volle Farbe bekommen, und ob diese Beziehungen zwischen dem Germanentum und Indien sich nur auf Vorderindien beziehen mögen? Diese Sammlung kann auch einen weitem Leserkreis anregen über dergleichen Zusammenhänge nachzudenken. Es sei deshalb, und auch um ihres eigenen Wertes willen, nachdrücklich auf sie hingewiesen.

Lisbeth Stern

Zunftbräuche. Das Handwerk ist heute größtenteils von der Industrie aufgesogen. Der Maschinenarbeiter, der zu dem Material, das er verarbeitet, keine rechte Beziehung hat, macht die Schuhe, und der Handwerker ist auf Reparaturen beschränkt. Nur die Bauhandwerker, die Zimmerleute, Maurer und wohl auch Maler, üben noch ihr Gewerbe in dem Sinn aus, den früher alles Handwerk gehabt hat. Bei ihnen ist das Zunftwesen noch ziemlich erhalten. Mit den Zunftgebräuchen der Zimmerleute, ihrem Leben, ihren Liedern beschäftigt sich Eugen Weiß in dem Buch Die Entdeckung des Volks der Zimmerleute /Jena, Eugen Diederichs/. Ihr Leben ist, so wie er es beschreibt, in ihrer Arbeitsweise, ihrer Kleidung, ihrem Verhalten zu einander, ihren Gebräuchen nach einem Kanon geregelt. Der Sinn, der vielleicht in früheren Zeiten in allem gewesen sein mag, ist ganz zum Formelhaften erstarrt. Die Begeisterung, die der Verfasser für alles "Zunftmäßige" aufbringt, überträgt sich nicht auf den Leser. Der Kommentar auf den Gelagen erinnert an Corpskneipe, das Verhalten zu den Lehrlingen an Ka-

serne. Der Hochmut der kastenartig geschlossenen Zunft sticht unvorteilhaft ab gegen das kameradschaftliche Wesen der Fabrikarbeiter, die sich in erster Reihe als Genossen, dann erst als Schlosser oder Mechaniker fühlen. Am erfreulichsten ist, daß sich der Wandertrieb der Zimmergesellen erhalten hat. Weiß erzählt, vor dem Krieg seien die Wandern den ganz weit weg, bis nach Sizilien und Ägypten, gekommen.

Lisbeth Stern

Arbeiterbücher Es gibt wenig Bücher, die nicht von Berufsliteraten stammen und noch weniger von nicht Gebildeten. Das Buch *Peter Schnurs Die Hütte* /Berlin, Malikverlag/ ist ein solches, und man sollte es mit ganzer Aufmerksamkeit lesen, denn man kann da Worte aus einer andern Welt hören. Ob die 10 Erzählungen, die es enthält, künstlerisch sind oder nicht, ist kaum zu sagen, ist hier wohl auch gar nicht wichtig. Viel wichtiger ist, daß das Gesagte gar nicht in eine andere Sphäre geschoben ist als die des Lebens um uns herum. Es ist schlechthin Tatsächliches erzählt. Die Dinge sehen dort hart und fest aus und groß und deutlich in ihrem Kontur. Dabei ist es nicht etwa ein sachlich richtungsloser, tendenzloser Realismus. Im Gegenteil. Alles ist durchsetzt mit sehr schwerem innern Denken. Überall, in jedem Erlebnis, immer die selbe Frage: Warum können die Lebensansprüche des Arbeiters sich nicht erfüllen? Überlegungen, ob das Glücksgefühl im selben Umfang dabei wachse, tun da gar nichts zur Sache: Die Ansprüche sind da, die der Arbeiter jetzt als sein gutes Recht fühlt, und darin scheinen mir Bücher wie dieses so unbedingt wesentlich für unsere Zeit. Das Selbstbewußtsein und die Forderungen, die man stellt, nicht als einzelner, der vielleicht nur neidisch zum andern herüberguckt, sondern als Mensch, als eine Gruppe von Menschen, machen erst die Lebenskraft einer Klasse aus, die ihre Arbeitsleistung gibt und damit die Gegenleistung fordert. Dieses Selbstbewußtsein der organisierten Arbeiterklasse, des Vierten Standes (um bei der Terminologie der Großen französischen Revolution zu bleiben), hat hinter sich aber noch einen Fünften Stand entstehen lassen, der sozial überhaupt noch schläft. Die ihm Angehörigen bilden in dem ganzen Organismus des Staates eine tote Masse, die nur mit einer gewissen Verachtung geduldet wird. Es sind alle die, die schon zufrieden sind, wenn ihre:

Taschen sich füllen, egal, ob durch "Wohltätigkeit" oder durch Zufall, die Berufsbettler und alle die "Schieber" großen und kleinen Stils. Die Frage des Reichtums scheint mir nicht so wichtig, auch in diesem Arbeiterbuch nicht, wie diese Art sozialen Selbstbewußtseins; das nicht "Lohn" für die Arbeit fordert sondern die Erfüllung der Lebensansprüche und Lebensrechte.

Lisbeth Stern

Humor Der Kalender 1924 der *Münchener Fliegenden Blätter* /München, Braun & Schneider/ ist in einigen seiner Zeichner (Storch, Kirchner, Reinecke) immer noch sehr lustig. Der Geist Wilhelm Busch' und Oberländers ist immer noch lebendig. So fern ab von unserer Zeit auch diese Harmlosigkeit ist, sie besteht nun einmal. Dem Simplicissimus, der einst andere und gute Wege, und wirklich als Führer, gewandelt ist, fehlt doch jetzt das richtige Leben, er hat offenbar die wesentlichen Dinge im Krieg nicht mehr erkannt und damit den Anspruch verloren als vox populi zu gelten. So muß es ihm passieren, daß man an der neutralen Komik der Fliegenden wieder Gefallen findet. Die Landschaften freilich und die eleganten Leute sind von einer heute nicht mehr erträglichen Kleinbürgerlichkeit.

Lisbeth Stern

Kinderbücher Die Kasperbücher von *Sling* mit den Zeichnungen von *Walter Trier* (Kasper im Zoo, Kasper am Nordpol, Kasper bei den Menschenfressern, Kasper beim Teufel), die der Verlag Ullstein in Berlin herausbrachte, sind wohl die lebendigste Fortsetzung der Fliegenden, wengleich Trier den Rang von Busch und Oberländer lange nicht erreicht. Seine Tiere und Figuren sind ein wenig im selben Sinn stilisiert wie unser modernes Spielzeug, ein bißchen bauernkunstgewerblich, ein bißchen kindlich, ein bißchen satirisch. Ähnlich liegt es mit den Texten. Die Kinder aber werden sicher beides mit Begeisterung begrüßen.

Der Verlag Walter Gensch in Elberfeld wendet sich an unsere Kleinen mit seiner illustrierten Jugendzeitschrift *Die Märchentante* und einer Reihe von kleinen, hübsch ausschenden Märchenbänden. Die Zeichnungen sind von einer ausführlichen Deutlichkeit, wie sie Kinder lieben. Der kindliche Märchentom ist auch in den Erzählungen angenehm.

Eine sehr gute Auswahl alter und neuer Märchen, mit hübschen, einfachen Bil-

dern, in amüsanten kleinen Heftchen von etwa 50 Seiten gebunden, sind *Konegens Kinderbücher*, die von Helene Scheu-Riesz und Eugenie Hoffmann unter der künstlerischen Leitung G. Wallascheks herausgegeben werden /Wien, Konegens Jugendschriftenverlag/. Unter den unbekannteren fielen die estnischen Märchen besonders auf. Hebels Schatzkästlein überrascht immer wieder noch durch seine ganz komische naive Sachlichkeit, die nüchtern, nachdenklich und heiter zugleich ist.

Lisbeth Stern

Kinderkalender Zum 2. Mal erscheint jetzt das vom *Zentrabildungsausschuß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* herausgegebene Jahrbuch *Kinderland* /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ mit netten Scherenschnitten von Käte Wolf und einer sehr liebevollen Auswahl von Bild und Text. Alles ist gut und fleißig in der Intention. Trotzdem ist da eine merkwürdig spießbürgerliche Atmosphäre. Hätte es mit unserer Einstellung auf die Kinderseele seine Richtigkeit, dann müßte sie auch eine bessere Kinderkunst zustandegebracht haben. Was aber in dieser Richtung neu produziert wird, ist altklug und dürr. Zum Kind gehört die absolute Souveränität und Spontaneität seiner Laune, und die spürt man nirgends. Überall lugen ein paar altkluge Augen heraus, das Resultat einer mit Erfolg absolvierten Gemeindegemeinschaft. Unser nord- und ostdeutsches Temperament ist nun einmal herzlich unkindlich. So gut die modernen Unterrichtstendenzen auch sein mögen, so scheint es mir doch gefährlich sich mit Kindern auf eine Bank setzen zu wollen; man schneidet dabei nicht gut ab, und die Kinder machen es allein besser.

Lisbeth Stern

Oberseeschilderungen Von seiner Sehnsucht nach der Welt getrieben, hatte *Helge Kaarsberg* 3 Jahre hindurch einen Posten in Niederländisch Sumatra inne, mußte dann aber einer sehr schweren Malaria wegen wieder nach Europa zurück. In diesen 3 Jahren hat er aber mit so jungen und so glücklichen Sinnen gelebt, wie nur wenige es können. In allen Schilderungen seines Sumatrabuchs /Berlin, Franz Schneider/ fühlt man die selbe Natürlichkeit und Frische. Er ist nicht etwa künstlerisch eingestellt, auch nicht wissenschaftlich oder kulturhistorisch, nur eben Freude zum Leben hat ihn getrieben. Aber vielleicht gerade darum, daß nirgends eine

Tendenz dahinter steht, die die Dinge in irgendeiner Richtung biegt, haben sie sich ihm einfacher und offener gezeigt; nicht gerade tief, aber ganz jung, natürlich und frisch. Und die Leute dort scheinen ihn auch gern gesehen zu haben. Sie wittern in ihm keinen Beobachter, überall war er mit seinem ganzen Selbst dabei, dazu körperlich kräftig und sicher. Was in seinen Schilderungen besonders lebendig wird, ist das seltsame Durcheinander der verschiedenen Rassen, der Europäer, Chinesen, Malayen und Bataken, und ebenso auch das Durcheinander der Religionen (wobei übrigens das Christentum gar keine Rolle zu spielen scheint). Zum Teil sind es Tagebuchblätter, zum Teil auch zusammenhängende Schilderungen, die sich in erster Reihe um das Verhältnis der Einheimischen zu den Weißen drehen, was wohl das Hauptproblem des ganzen öffentlichen Lebens dort ausmacht. Durchweg heißt der Weiße der Tuan, das ist der Herr, und man glaubt auch zu verstehen, daß sich das nicht nur auf die politische Machtstellung bezieht sondern ganz besonders auf das Machtgefühl der Natur gegenüber. Was dem Eingeborenen so eine schöne, gerade gebaute Chaussee bedeuten mag, auf der man in der selben Zeit mit der selben Kraft doppelt so weit vorwärts kommt, was gar ein Auto, das ohne alle Zeit und Mühe da entlang saust, das fühlt man da, und das alles kann eben nur der Tuan. Daß ihnen durch dieses alles und durch die neuen sich ihnen bietenden Reichtümer die Arbeit unter den Weißen zur wirtschaftlichen Notwendigkeit wird, die besonders die Jungen meist mit Begeisterung ergreifen, ist selbstverständlich. Nur die Alten aus den Batakenstämmen, die Konservativen, scheinen zu überblicken, was sie mit dieser Auslieferung an die weiße Kultur alles verlieren, daß wirtschaftliche Hörigkeit überhaupt bedeutet, daß es mit ihrer Selbständigkeit, ihrer Stammgeschlossenheit, der Kraft ihrer Tradition vorbei ist. Den Schluß des Buches bildet die novellistische Schilderung einer malayischen Hetäre, eines Batakenknaben und seiner Braut. Die Geschichte ist mit dem ganzen jungen Herzblut geschrieben und trägt auch die Mängel an sich, die all solche Erzeugnisse haben. Ein einfacher Bericht über die Begebnisse, die aus dem Leben zu sein scheinen, wäre wohl mehr gewesen.

Ein besonders empfehlenswertes Buch für die Jugend, die glücklicherweise noch immer nach reicher und phantasti-

scher Handlung verlangt, ist im Verlag Rascher & Cie. in Zürich erschienen: *Schiffskameraden* von *Walter Christmas*. Es ist eine lebendig geschriebene Erzählung von 2 Knaben, die auf einer Seereise Schiffbruch erleiden und auf ein Schiff gerettet werden, das Waffen nach Südamerika schmuggelt. Wie sie dort in die Kämpfe der Rebellen mitverwickelt werden und schließlich wieder in die Heimat kommen; das alles ist abenteuerlich genug zu lesen.

Über *Stanley* hört man oft hart urteilen. Nach dem kleinen, für die Jugend gekürzten Aufzug (*Henry M. Stanley* Auf dem Kongo bis zur Mündung /Leipzig, F. A. Brockhaus/) erscheint eine solche Aburteilung aber durchaus unbegründet. Daher ist dieses Jugendbuch sehr zu empfehlen. Bewußt menschenfreundliche Tendenzen liegen *Stanley* gewiß fern; sein Streben geht ganz ausschließlich auf seine geographischen Entdeckungen, und seine Berichte klingen manchmal in dieser Einstellung auf sich selbst ähnlich unseren Kriegsberichten. Aber dafür ist die restlose Energie und Ausdauer, mit der er seinem Ziel nachgeht, geradezu heroisch, und ich kann mir in diesem Sinn kaum ein besseres Buch für junge Menschen denken. Mir ist auch durchaus lieb, was *Stanley* dabei von den Eingeborenen erzählt. Gerade weil er auf sie gar nicht eingestellt ist, wirkt das wenige, was er erzählt, um so glaubwürdiger. Immer wieder berichtet er von der Hingabe, mit der sie sich freuen können, von ihrem Lachen, endlich von dem lärmenden Jubel bei der Annäherung an die Heimat.

Lisbeth Stern

Farbige Reproduktion Die 3 Kollektionen des

Verlags E. A. Seemann in

Leipzig: Die Galerien Eu-

ropas, die *Künstlerrappen* und die *Meister der Farbe*, bringen ganz ausgezeichnete farbige Wiedergaben in chemigraphischer Technik, die nur noch sehr wenig den unangenehmen bräunlichen Unterton der bisherigen farbigen Reproduktion haben. Auch die Einleitungen zeigen Überblick und lebendiges Gefühl. Alle diese Hefte können freilich nur kunsthistorische Bedeutung haben. Zum Studium des Künstlers, zu kunsthistorischen Vergleichen und zur Verbreitung sind sie ausgezeichnet, aber das künstlerisch sehr wesentliche Gefühl für das ursprüngliche Format eines Werks und die davon abhängige Detaillierung in Form und Farbe werden in ihnen arg vergewaltigt.

Lisbeth Stern